

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 27 vom 4. Juli 1980

14. Jahrgang

1 DM

Bielefeld

Mordanschlag der Grauen Wölfe

Bonn plant Maßnahmen gegen türkische demokratische Organisationen

BIELEFELD.— Samstag, den 28. Juni, 14 Uhr: In den Räumen des türkischen Idealistenvereins in Bielefeld ist eine Filmveranstaltung geplant. Der Film: ein Machwerk übelster Art, mit dem das Massaker von Kahramanmaraş verherrlicht werden soll. Veranstalter: die Grauen Wölfe. Drei Stunden vorher erfuhren die türkischen Demokraten davon und mobilisierten etwa 100 Menschen, die vor dem Lokal demonstrierten.

Die türkischen Faschisten versuchten, durch eine von innen herausgeschlagene Scheibe ihres Lokals einen Polizeieinsatz gegen die Demonstranten zu provozieren — angesichts der offensichtlichen Tatsache, daß sie selbst die Scheibe zerstört hatten, mißlang dies. Um 15 Uhr 30 räumte die Polizei den Bürgersteig vor dem Lokal, nachdem türkische Faschisten beim Wegfahren mit Autos versucht hatten, Demonstranten zu überfahren.

Die Demonstranten ziehen sich zurück, zunächst auf die andere Straßenseite, von wo sie Parolen rufen, dann in die Räume des türkischen Arbeiter- und Studentenvereins, wo das weitere Vorgehen debattiert wird.

Um 18 Uhr rücken rund 100 Faschisten gegen die Vereinsräume vor, bewaffnet mit Stangen, Steinen und Messern. Es kommt zu brutalen Angriffen,

in deren Verlauf ein türkischer Jugendlicher durch Messerstiche in den Bauch lebensgefährlich verletzt wird. Erst nach zweimaliger Operation ist er außer Lebensgefahr. Die Polizei trennt die Kämpfenden, macht aber keinerlei Anstalten, die faschistischen Messerstecher zu verfolgen.

Dafür wird anschließend gehandelt: Um 20 Uhr, als im Lokal des Arbeiter- und Studentenvereins über eine Kampagne gegen die türkischen Faschisten diskutiert wird, stürmt ein bürgerkriegsmäßig ausgerüstetes Kommando, eine SEK-Truppe, das Lokal, angeblich auf der Suche nach Waffen. Auch ein darüberliegendes Café wird durchsucht. Die Anwesenden aus der Türkei müssen sich an die Wand stellen, Dolmetschen wird nicht erlaubt, alles getan, um eine gespannte Situation zu schaffen. Zwischen 40 und 50

Personen, vor allem aus dem Café, die keinen Ausweis haben, müssen zur Wache.

Soweit die Ereignisse. Die Berichterstattung in der Presse läuft unter dem Tenor „Türkenkrawalle“. Der Innenminister von NRW droht: „Türkische Randalierer müssen raus“. In Wiesbaden fand am Wochenende eine spezielle Konferenz der Innenminister der Bundesländer statt, die nur dazu diente, Maßnahmen gegen die türkischen Gastarbeiter zu ergreifen.

Obwohl es nicht das erste Mal ist, daß es bei sogenannten „Türkenkrawallen“ eindeutig und für jeden erkennbar die Faschisten, die Grauen Wölfe sind, die mit Messern und Schlagwerkzeugen auf demokratische Türken verschiedenster Richtungen losgehen, wird die immer breiter erhobene Forderung nach dem Verbot der Grauen Wölfe von den Behörden lediglich dazu benutzt, Maßnahmen gegen die türkischen Demokraten zu treffen.

370 Menschen ermordet

Südafrikanischer Überfall auf Angola

Rassistenregime in Bedrängnis

PRETORIA.— Nur eine Woche nach der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Südafrika — nach offiziellen Angaben sollen 35 Demonstranten ermordet worden sein — hat das rassistische Regime ein neues Massaker angerichtet.

Drei Infanterie- und zwei Fallschirmjägerbataillone fielen mordend und sengend in das Nachbarland Angola ein. Bei diesem Überfall wurden 370 Männer, Frauen und Kinder getötet, 255 weitere verletzt. Bei Redaktionsschluß wüteten diese Invasionstruppen noch immer in Angola. Sie zerstörten Fahrzeuge, Brücken und Häuser und verminten Straßen und Felder. Der Ausgangspunkt für die Invasion war das von den südafrikanischen Rassisten besetzte Namibia. Mit dem Überfall — er ist nur der letzte in einer Reihe von ähnlichen Terrorakten — sollen die Menschen in Angola nach faschistischer Ma-

nier wieder einmal dafür „bestraft“ werden, daß sie den für die Befreiung kämpfenden Patrioten Namibias Unterstützung gewähren.

Die wilde terroristische Tätigkeit des Regimes kann nicht seine zunehmenden Schwierigkeiten verdecken. In Namibia entwickelt sich der bewaffnete Kampf, in Südafrika selbst weitet sich die Streikbewegung der schwarzen Arbeiter immer mehr aus. Neben der VW-Filiale hat sie jetzt auch die Werke von Ford, General Motors, Goodyear und SKF erfaßt. Die Arbeiter fordern die Erhöhung ihres Lohns auf zwei Rand (4,46 Mark).



Südafrikanische Invasionstruppen in Angola



Mit Warnstreiks reagierten die Kollegen der Werft AG Weser in Bremen auf die zunehmende Gefährdung ihrer Arbeitsplätze. Allein in den letzten fünf Jahren wurden auf der Werft fast 2 000 Arbeitsplätze abgebaut. Jetzt mehren sich die Hinweise darauf, daß der Krupp-Konzern — Besitzer der AG Weser — die Einstellung des Schiffsneubaus plant und die Werft zu einem reinen Reparaturbetrieb machen will. Dadurch würden dann noch einmal 1 800 Arbeitsplätze vernichtet werden. Gegen solche Pläne setzten sich die Werftarbeiter im Juni zweimal mit Warnstreiks zur Wehr. Unser Bild zeigt eine Protestkundgebung, die von den Kollegen anlässlich des Stapellaufs einer Fregatte der Bundesmarine durchgeführt wurde.

Generalangriff auf die Arbeitsplätze

Weltweite Rezession zeichnet sich ab

DÜSSELDORF.— In den letzten Wochen wurden aus einer Reihe von Konzernen neue massive Angriffe auf die Arbeitsplätze bekannt. Die Zahlen über geplante Massenentlassungen, die im Gespräch sind, summieren sich in die Zehntausende. Noch in diesem Jahr sollen allein in einigen wenigen großen Konzernen der Bundesrepublik und Westberlins zusammengekommen 15 000 bis 20 000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

In den Rüsselsheimer Opelwerken sollen noch in diesem Jahr rund 5 000 Kollegen entlassen werden. AEG will im Jahr 1980 insgesamt 7 000 und längerfristig mindestens 15 000 Arbeitsplätze vernichten. Ford reduziert die Arbeitsplätze in Köln in diesem Jahr um ca. 1 800; Hoesch in Dortmund hat die bisher bekanntgegebene Zahl von 4 200 Arbeitsplätzen, die „eingespart“ werden sollen, inzwischen als „Untergrenze“ bezeichnet; bei Mannesmann wird in den Duisburger Hüttenwerken mit der Vernichtung von 3 000, im Gesamtkonzern mit dem Abbau von 6 000 bis 10 000 Arbeitsplätzen gerechnet.

Während bei Opel in Rüsselsheim und bei Ford in Köln bereits seit längerem Kurzarbeit

verfahren wird, kündigten Konzernvertreter inzwischen auch eine mögliche Kurzarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie an.

Die Massenentlassungen erfolgen im Zuge von Rationalisierungsfeldzügen (wie bei AEG oder in der Stahlindustrie), teils aber auch im Rahmen einer branchenspezifischen Krise (Autoindustrie).

Nach Äußerungen des Chefs der Westdeutschen Landesbank, Johannes Völling, bewegen wir uns momentan auf eine neue schwere weltwirtschaftliche Rezession zu, deren Höhepunkt für die Mitte nächsten Jahres erwartet wird. Das bedeutet, daß dann eine noch weit stärkere Flut von Massenentlassungen zu befürchten ist.

Aus dem Inhalt

Krise in der Autoindustrie

Artikel mit neuen Zahlen und Fakten auf Seite 5

Neuer DGB-Jugendsekretär

Nachdem der alte Jugendsekretär Hawrellik von der DGB-Spitze abgeschossen wurde, setzte Kurt Schwab handstreichartig die Ernennung eines Mannes aus seinem Umkreis durch. Artikel auf Seite 5

Parteitag der Grünen

Wo stehen die Grünen im Vorfeld der Bundestagswahl? Bericht über den Parteitag auf Seite 6

Kampfkation der Journalisten

Für die Bundesrepublik eine Neuheit: Journalisten zeigen sich kampfbereit. Worum es geht, schildert ein Artikel auf Seite 8

Zwei Wirtschaftsgipfel

In Venedig trafen sich die Häupter der westlichen imperialistischen Staaten; in Prag traf sich der RGW. Und bei beiden Gipfeln ging es darum, wie die Folgen der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abgewälzt werden können. Seite 10

IV. Internationales Jugendlager

Interview mit dem RG-Sekretär Jürgen Tobegen, Veranstaltungsplan des Lagers und anderes mehr auf den Seiten 12 und 13.

Hoch die internationale Solidarität!

IV. Internationales JUGENDLAGER

370 Menschen ermordet

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) = KPD

Mit großer Mehrheit haben die Genossinnen und Genossen unserer Partei in entsprechender Abstimmung sich dafür ausgesprochen, den Namen unserer Partei von Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, KPD/ML, durch das Fortlassen der Abkürzung ML in KPD, KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS zurückzubenen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde durch die Mitte Mai 1980 stattgefundene Zentrale Delegiertenkonferenz zum Beschluß erhoben.

Das heißt in der Praxis, daß bei künftigen Wahlen auf dem Wahlzettel als Abkürzung für den Namen unserer Partei die Buchstaben KPD erscheinen, während der Name ausgeschriebenen KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) heißt. Damit haben wir uns erstens den Namen der Partei, als deren legitime Nachfolgerin wir uns betrachten, gesichert und zweitens die Bezeichnung Marxisten-Leninisten vor Mißbrauch geschützt.

Es waren vornehmlich Genossen der alten, inzwischen (1956) verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD, die — im Gegensatz zu den späteren Gründungen der Zirkel GRF, KB, KBW etc. — die Gründung unserer Partei, der KPD/ML, um die Jahreswende 1968/69 vorbereiteten und durchführten. Die Gründung war notwendig geworden:

1. infolge der revisionistischen Entartung der (illegalen) KPD nach dem XX. Parteitag der KPD/ML im Jahre 1956, vor allem aber während der 60er Jahre;
2. durch die ein viertel Jahr zuvor in Absprache mit der westdeutschen Bourgeoisie erfolgte Neugründung der Deutschen Kommunistischen Partei, der DKP, die sich, wie auch die KPD, auf ein revisionistisches Programm stützte und von Anfang an eine revisionistische Praxis entwickelte.

Im Gegensatz zum Verrat der modernen Revisionisten

stützte sich unsere Partei vom Tag ihrer Gründung an auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, derentwegen die KPD 1956 verboten worden war, betonte sie in ihrer Gründungserklärung die Notwendigkeit des „revolutionären“ Übergangs zum Sozialismus, „der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der proletarischen Diktatur“, betrachtete sie sich als die „legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns“.

Durch den revolutionären Akt ihrer Neugründung hatte die Partei — die Lage der Bourgeoisie ausnützend, in die sie sich durch die Zulassung der DKP gebracht hatte — in der Praxis das KPD-Verbot außer Kraft gesetzt. Und es hätte nahegelegen, der Partei den Namen KPD ohne den Zusatz Marxisten-Leninisten, ML, zu geben. Daß dies nicht geschah, hatte folgenden Grund:

1. bestand die KPD unter Führung ihres Vorsitzenden Max Reimann, trotz Zulassung der DKP, wenn auch in stark reduzierter Form, noch eine kurze Zeit illegal weiter, bemühte sich ein Ausschuß um ihre Wiederzulassung;
2. war eben diese Partei revisionistisch entartet, so daß wir uns — der internationalen Praxis folgend — bei unserer Neugründung gezwungen sahen, zwecks Abgrenzung und Kennlichmachung den Zusatz Marxisten-Leninisten, zu benutzen.

Nicht alle Parteien, die die revisionistische Entartung in der kommunistischen Weltbewegung bekämpften, waren gezwungen, den Namen ihrer Partei durch den Zusatz ML zu ändern. Nämlich jene, wie zum Beispiel die Kommunistische Partei Brasiliens und andere, denen es gelungen war, die modernen Revisionisten in ihren Reihen in die Minderheit, zum Rückzug bzw. zur Spaltung zu drängen. Erst recht natürlich nicht die Partei der Arbeit Albaniens, die an der Spitze des Kampfes gegen

den modernen Revisionismus stand.

Die Lage in der Bundesrepublik änderte sich, als die KPD Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre durch die Einstellung ihres Zentralorgans „Freies Volk“, ihres theoretischen Organs „Wissen und Tat“ und durch die Wahl Max Reimanns zum Ehrenvorsitzenden der DKP selbst ihren Anspruch als Partei aufgab. In dieser Zeit hatte sich allerdings schon die kleinbürgerlich-revisionistische Organisation der Studentenfürer Semler und Horlemann, die Gruppe Rote Fahne, den Namen KPD (AO) und später KPD zugelegt, so daß, um eine Namensverwechslung zu vermeiden, für uns die Namensfrage nicht zur Debatte stand.

Als dann zu Anfang dieses Jahres der Prozeß der Selbstauflösung dieser sogenannten KPD voranschritt und schließlich erfolgte, beantragten einige — vor allem Betriebsparteiellen —, die Namensfrage erneut zur Diskussion zu stellen. Es gab keine revisionistische Partei namens KPD mehr, von der es nötig gewesen wäre, sich durch den Zusatz ML abzugrenzen.

Nun kommt es nicht auf den Namen an, um den Charakter einer Partei zu bestimmen. Das gilt sowohl für bürgerliche, als auch für Parteien der Arbeiterklasse. Sicherlich möchten die Gründer einer Partei mit deren Namen etwas ausdrücken, symbolisieren, eine Absicht, eine Richtung zu erkennen geben. Doch ob diese mit den Tatsachen, mit dem, was die Partei tut, wie sie handelt, übereinstimmt, steht auf einem anderen Blatt.

So hat die Christlich Soziale Union, die CSU, geht man von seinen Ursprüngen aus, mit dem Christentum sicherlich soviel zu tun, wie der Teufel mit dem Weihwasser, und die kommunistischen Parteien Italiens oder der Sowjetunion, die KPI und die KPdSU, sind von dem, was Marx, Engels, Lenin und Stalin lehrten, was sie unter Sozialismus, unter Diktatur des Proletariats usw. verstanden, heute weit entfernt.

Andererseits können Parteien, die gar nicht kommunistisch heißen, wie die Partei der Arbeit Albaniens, die PAA, korrekte kommunistische, das heißt marxistisch-leninistische Parteien sein. Der Charakter einer Partei, wessen Interessen sie vertritt, wird einzig und allein aus ihrem Programm und ihrem darauf oder auch nicht darauf beruhendem Handeln ersichtlich. Das ist unbestritten. Doch warum sollen wir auf einen Namen verzichten, der in der deutschen Arbeiterklasse eine ruhmreiche Tradition verkörpert, der auch heute noch vielen Arbeitern als die revolutionäre Alternative zu den sozialdemokratischen und revisionistischen Parteien gilt, zu dem wir uns seit unserer Gründung bekennen?

Warum sollten wir warten, bis wieder irgendeine Gruppe beim Bundeswahlleiter den Namen KPD mit Beschlag belegt und uns so zum

Beispiel bei Wahlen Schwierigkeiten bereitet. Denn Schwierigkeiten gab es. So 1975, als bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen neben der KPD/ML der Name der Gruppe Rote Fahne, nämlich KPD, auf dem Wahlzettel stand. Der Erfolg? Obwohl unsere Partei tatsächlich stärker und verankerter in NRW war als die GRF, wesentlich mehr Wahl-agitation und -propaganda betrieb, wesentlich mehr Schilder stellte und Versammlungen durchführte, wählten mehr Menschen die KPD als die KPD/ML. Ja, es gab nicht wenige Kollegen, die vom Programm, den Zielen unserer Partei angetan spontan erklärten: jetzt wählen wir Euch, die KPD.

Eine Analyse ergab, daß Kollegen, die überhaupt dazu bereit waren, einer revolutionären, einer kommunistischen Partei ihre Stimme zu geben, vor die Wahl gestellt, ihr Kreuz eher bei der KPD machten als bei der KPD/ML, die sie offensichtlich für eine kleinere Abspaltung von der KPD hielten. Hatten sie auch schon den Unterschied zwischen unserer, die revolutionären Traditionen der alten KPD hochhaltenden Partei und der DKP als einer, der herrschenden Klasse sich anbiedernden, den sowjetischen Revisionisten folgenden Partei erkannt, so war und ist ihnen auch heute noch im allgemeinen der Unterschied zwischen unserer Partei und den diversen sich kommunistisch nennenden Zirkeln noch lange nicht klar. Und die Bourgeoisie tut alles, um diesen Unterschied zu verwischen, indem sie alles in den Topf der sogenannten K-Gruppen, Chaoten und Linksextremisten steckt.

Diese Absicht zu durchkreuzen und mehr und mehr das eigene unverwechselbare Profil der Vorhutpartei der Arbeiterklasse herauszuarbeiten, die als einzige in der Bundesrepublik wie auch der DDR konsequent die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes vertritt und ihm den revolutionären Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung, den Weg zum Sozialismus, zum Kommunismus zeigt, muß unsere vordringliche Aufgabe sein. Dabei hilft uns auch die Pflege der Tradition, das Bekenntnis zur revolutionären Vergangenheit der deutschen Arbeiterklasse, wie sie sich im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD manifestiert.

Erweisen wir uns würdig der ruhmreichen, opfervollen Kämpfe unserer Väter und Vorväter, indem wir die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus anwenden auf die Praxis des Klassenkampfes in unserem Land, indem wir unsere Partei, die KPD, zu einer eng mit den Massen verbundenen, einheitlich handelnden, proletarisch disziplinierten Kampftruppe zusammenschweißen, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner zum Sieg in der sozialistischen Revolution zu führen.

Ernst Aust



Duisburg-Neumühl: Die Arbeiter von Mannesmann-Demag protestieren gegen die Stilllegung des Neumühler Demag-Werkes.

Brutaler Rationalisierungsfeldzug bei Mannesmann

Overbeck will modernstes Hüttenwerk der Welt

Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr!

DÜSSELDORF. — Alle reden von der Montanmitbestimmung, aber kaum jemand von den geplanten Massenentlassungen bei Mannesmann. Es geht keineswegs nur um den Rationalisierungseffekt, der durch die Eingliederung der Hüttenwerke in die Röhrenwerke entsteht. Gewaltige Modernisierungs- und Rationalisierungspläne bedrohen bei Mannesmann die Arbeitsplätze Tausender von Kollegen.

Auf der Hütte in Duisburg-Huckingen sind folgende Maßnahmen in Planung bzw. bereits in Angriff genommen: Ende dieses Jahres soll eine neue Kantenflämmaschine im Blaststahlwerk I (BSW I) stehen, durch die vor allem die Handflämmer „überflüssig“ werden. Nach Fertigstellung des neuen Hochofens B und der Stilllegung zweier Kleinhochöfen wird die Hochofenbelegschaft halbiert. Bis 1982 soll eine neue supermoderne Rundstranggußanlage fertiggestellt werden und dann soll das Profilwalzwerk (PWW) statt mit gegenwärtig drei mit nur noch einer Schicht weitergeführt werden. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Totalstilllegung des BSW II geplant, wodurch insgesamt 1400 Kollegen den Arbeitsplatz verlieren. Außerdem wird die Produktion auf der Hütte räumlich stark konzentriert, wodurch sich eine starke Verminderung der Mannesmann-Verkehrsbetriebe ergibt.

Diese Maßnahmen bedeuten zusammengefasst die Vernichtung von rund 3000 Arbeitsplätzen. Wie profitträchtig dieses Rationalisierungskonzept für die Mannesmann-Kapitalisten ist, beschreibt der „Röhrenkicker“, die Betriebszeitung unserer Partei für die Mannesmann-Hüttenwerke folgendermaßen:

„Alle diese Maßnahmen erfordern für Mannesmann nur noch eine einmalige Erweiterungsinvestition von 70 Millionen Mark im BSW I. Demgegenüber steht eine jährliche Kostenersparnis von 100 Millionen Mark. Und das ganze bei der gleichen Jahresproduktion von 3,6 bis 3,8 Millionen Tonnen. Währlich ein bombiges Geschäft, das Aktionärsherzen höher schlagen läßt. Nur —

für 3 000 von uns bedeutet es das „Aus“ auf der Hütte!“

Längerfristig plant Vorstandsvorsitzender Overbeck auf der Mannesmann-Hütte zusätzlich den Neubau einer fast vollautomatischen, d.h. praktisch menschenleeren Kokerei, was weitere Massenentlassungen bedeutet. Overbeck will — um die japanische Konkurrenz zu übertrumpfen — aus dem Huckinger Hüttenwerk das modernste seiner Art auf der ganzen Welt machen. Zusätzlich laufen aber auch im Gesamtkonzern umfassende Rationalisierungsmaßnahmen. Es wird befürchtet, daß im gesamten Konzernbereich etwa 6 000 bis 10 000 Arbeitsplätze auf der Abschußliste stehen.

Der „Röhrenkicker“ weist darauf hin, daß nicht die Frage der Montanmitbestimmung das Hauptproblem für die Arbeiter und Angestellten ist, wie IGM-Bonzen es hindrehen wollen, sondern die drohende Arbeitsplatzvernichtung:

„Und da sollen wir jetzt nur auf die Sicherung der Montanmitbestimmung starren, wo 3 000 von uns weg sollen?! Wo stehen darüber die Artikel in der Zeitung, wo bleibt da der lautstarke Protest und Kampf des IGM-Vorstandes?“

Weiter schreibt der „Röhrenkicker“: „Wir wollen nicht montanmitbestimmt auf der Straße stehen, wir wollen unsere Arbeitsplätze erhalten. Dafür muß der Kampf geführt werden!“ Zur Sicherung der Arbeitsplätze fordert der „Röhrenkicker“:

- die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- die 32-Stunden-Woche für Kontischichtler
- die Einführung der fünften Schicht in Kontibetrieben

Mitteilung an die Partei

Liebe Genossinnen und Genossen, ab dieser Ausgabe erscheint der „Rote Morgen“ mit dem Untertitel „Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands“. Entsprechend wird der Untertitel des theoretischen Organs „Der Weg der Partei“ geändert. Für die schriftliche Agitation und Propaganda (Flugblätter, Betriebszeitungen, Plakate, Kleber etc.) gelten in Zukunft als Abkürzung des Namens der Partei die Buchstaben: KPD oder als Überbzw. Unterschrift „Kommunistische Partei Deutschlands“. Im Text selbst sind sowohl „Kommunistische Partei Deutschlands“ als auch „KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten)“ möglich. Wie überhaupt der Übergang zur neuen Schreibweise nicht abrupt erfolgen sollte. Noch vorhandene Materialien wie Programme, Broschüren etc. werden mit der alten Bezeichnung KPD/ML weitervertrieben. Auf entsprechende Fragen antworten wir, daß sich durch die Namensänderung, durch das Fortlassen des ML, nicht das geringste am Charakter unserer Partei ändert, daß wir uns voll zur Geschichte der KPD/ML als der unserer Partei bekennen.

Sekretariat der KPD

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Angriff auf die Montanmitbestimmung

Statt Kuhhandel konsequenter Kampf!

DUISBURG. — Der Angriff der Mannesmann-Konzernherren auf die Montanmitbestimmung hat in der SPD-Bundestagsfraktion und in den Führungen des DGB und der IG Metall Alarmstimmung ausgelöst. SPD-Fraktionschef Herbert Wehner blies zum „offensiven Kampf“ und ließ einen Gesetzentwurf „zur Sicherung der Montanmitbestimmung“ erarbeiten. Die IGM-Führung zeigte sich „kampfbereit“ wie sonst nie. Sie mobilisierte in den Zentren der Stahlindustrie an Rhein, Ruhr, Saar und Weser zu Warnstreiks und Protestaktionen.

Bundeskanzler Schmidt traf sowohl mit dem Mannesmann-Konzern-Chef Overbeck als auch mit seinem Freund Eugen Loderer zusammen, um damit zu unterstreichen, daß die Regierung der Angelegenheit große Bedeutung beimesse. Auch die Bundestagsfraktion von SPD und FDP gaben sich tatendurstig und befaßten sich mit dem von Herbert Wehner initiierten Gesetzentwurf „zur Sicherung der Montanmitbestimmung“, kaum daß dieser ausgearbeitet war.

Die FDP nutzte die Situation, um wieder ihre „Eigenständigkeit“ gegenüber dem größeren Koalitionspartner zu demonstrieren. Sie plakatierte ihre traditionell mitbestimmungsfreudige Position und wandte sich gegen die Aufrechterhaltung der Montanmitbestimmung. Parteivorsitzender Genscher verstieg sich gar zu der absurden These, das Mitbestimmungsgesetz von 1976 (das der sogenannten „Arbeitnehmerbank“ nicht einmal eine formale Parität zugestehen) sei „fortschrittlicher“ als die Montanmitbestimmung; die Arbeiter hätten dabei einen unmittelbaren Einfluß auf die Wahl der „Arbeitnehmervertreter“ und damit gewährleiste dieses Gesetz ihnen die „Selbstbestimmung“.

Mit solch heuchlerischen Gesängen auf eine angebliche „Selbstbestimmung der Arbeitnehmer“ kann Genscher allerdings nicht vertuschen, daß er und seine Partei sich vorbehaltlos zu einem schrankenlosen „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Kapitalisten bekennen.

Die CDU/CSU hat sich bislang aus der Auseinandersetzung weitgehend herausgehalten. Der Grund dafür liegt sicherlich nicht allein darin, daß die Montanmitbestimmung im April 1951 mit der Unterstützung Adenauers und den Stimmen der Unionsparteien gesetzlich verankert wurde. Die ganze Art und Weise, wie die Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung von seiten der SPD-Führung und der DGB-Bonzen politisch geführt und in gewisser Weise aufgedonnert und hochgespielt wird, muß unter anderem auch als Wahlkampfmanöver gesehen werden.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die SPD-Führung und insbesondere die DGB-Bonzen keine handfesten Interessen an der Aufrechterhaltung der paritätischen Mitbestimmung hätten. Die Montanmitbestimmung mit ihrer formal gesicherten Parität in den Aufsichtsräten sichert den SPD- und DGB-Bonzen schließlich bedeutende wirtschaftliche und politische Einflußmöglichkeiten und Machtstellungen und überdies auch finanzielle Pfründe, die sie nicht missen wollen. Das ist aber nicht der einzige Grund dafür, daß sie die Mitbestimmungsfrage zu einer gesellschaftspolitischen Gretchenfrage aufbauen, die sie in Wirklichkeit gar nicht ist: Als seien Politiker, die für die Montanmitbestimmung eintreten, Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse und kämpfen ge-

gen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung!

So behauptet der IGM-Vorsitzende Loderer, mit der Montanmitbestimmung verteidigten die Gewerkschaften „ein Stück ihrer geschichtlichen Verpflichtung und Zielsetzung“; sie sei ein Schritt zur „umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft“. Als ob die Wirtschaft im Kapitalismus, die doch auf der Ausbeutung der Lohnabhängigen durch die Besitzer der Produktionsmittel beruht, überhaupt demokratisierbar sei!

Herbert Wehner behauptet gar, der Angriff auf die Montanmitbestimmung rühre „an den Nerv der zweiten Republik“; er sei „ein Eingriff bei einem Grundpfeiler des gesellschaftlichen Systems in der Bundesrepublik“. Dahinter steckt die Absicht, den Kampf der Arbeiterklasse gegen schärfere und noch brutale Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden des Kapitals in die Sackgasse des Reformismus und süßlicher Sozialpartnerschaftsfrömmerei abzulenken: Wenn die Kapitalisten in der Krise offenere und despotischere Formen und Methoden der Ausbeutung auf die Tagesordnung setzen, sollen wir dem nur ja keinen konsequenten Klassenkampf entgegensetzen und

bestimmung ohne größere politische und soziale Unruhen überstehen konnten“.

Die Mitbestimmung nützt letztlich nicht der Arbeiterklasse, sondern den Kapitalisten. Das bedeutet keineswegs, daß wir den Angriff auf die Montanmitbestimmung kampflos hinnehmen dürfen. Denn dieser Angriff ist Teil eines Kurses der Monopolherren auf eine verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung mit brutalen Methoden. Er steht im Zusammenhang mit der verstärkten Anwendung des Aussperrungs- terrors, mit dem berüchtigten Tabukatalog und mit neuen radikaleren Rationalisierungsfeldzügen. Die Frage ist nur: Mit welcher Stoßrichtung und mit welchen Forderungen wird dieser Kampf geführt?

Bezeichnend ist, daß nicht nur von den bürgerlichen Medien, sondern auch seitens der IGM-Führung die geplanten gewaltigen Rationalisierungsmaßnahmen und die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze bei Mannesmann und in der ganzen Stahlindustrie als zweitrangiges Problem hingestellt wird. Ein Kuhhandel nach dem Motto „Eine Hand wäscht die andere, laßt ihr uns unsere Aufsichtsratsposten und wir lassen euch eure Rationalisierungsfeldzüge“ ist von Grund auf reaktio-

„Was bringt uns die Mitbestimmung?“

Aus dem Stahlprogramm der KPD für das Ruhrgebiet

„Nun, wir haben aber in der Eisen- und Stahlindustrie doch die so gerühmte Montanmitbestimmung. Mit deren Hilfe können wir doch einiges erreichen oder?“

Spätestens seit der Krise 1974 hat sich für uns Arbeiter und kleinen Angestellten gezeigt, wozu sie eigentlich dient: Entlassungen und Stilllegungen sollen ‚sozial abgefedert‘ werden; abgedeckt durch Mitbestimmung und damit Mitverantwortung für diese Maßnahmen durch die im Aufsichtsrat vertretenen Spitzenangestellten. Sie sind durch das Aktiengesetz auf das Wohl des jeweiligen ‚eigenen Werks‘, das heißt für den höchstmöglichen Profit des eigenen Werks verpflichtet.

Die brutale Aussperrung wurde trotz Mitbestimmung beschlossen, die Löhne sanken trotz Mitbestimmung, die Unfälle blieben, wir müssen nach wie vor für den Profit einiger Weniger schufteten — nur alles sieht etwas sozialer aus. Mit den angeblichen gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitern ist es also da nicht weit her. Unsere Erfahrungen zeigen: Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut!

Das kann natürlich für die derzeitigen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat kein Freibrief sein, für noch weitere Geheimpolitik, für weitere Zustimmung zu Schließungen und Betriebsverlagerungen wie in der Vergangenheit, sondern muß heißen:

• Sofortige umfassende Information der Belegschaften über alle Fragen, die der Aufsichtsrat behandelt, besonders über geplante Betriebsverlagerungen, -einschränkungen, -schließungen! Nein, zu solchen Maßnahmen ohne die gleiche Zahl von neuen Ersatzarbeitsplätzen!“

uns um Gottes Willen nicht gegen den Kapitalismus erheben. Stattdessen sollen wir die sozialpartnerschaftlich verbrämten Formen unserer Ausbeutung und Unterdrückung verteidigen.

Was hat denn die paritätische Mitbestimmung den Kumpels im Steinkohlenbergbau und den Stahlwerkern für einen Nutzen gebracht? Sie hat durch Illusionen über eine angebliche Sozialpartnerschaft den ungeheuren Entlassungs- und Rationalisierungsfeldzügen der Herren von Stahl und Kohle den Weg geebnet! Das gestehen Gewerkschaftsbonzen wie Vetter und Loderer sogar zynisch ein, wenn sie die Kapitalisten beschwören: „Denkt doch daran, daß wir die Massenentlassungen im Bergbau der Sechzigerjahre nur dank der Montanmit-

när und arbeiterfeindlich. Daß eine solche Tendenz in der Kampagne der IGM-Führung angelegt ist, spüren die Stahlarbeiter aber sehr wohl!

Von daher ist es nur zu verständlich, daß die Warnstreiks in den Stahlzentren gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung bei weitem nicht so „machtvoll“ und nicht in dem Maße von spontaner Kampfeslust getragen waren, wie dies sowohl von der bürgerlichen als auch von der DGB-Presse dargestellt worden ist. Dabei können die Stahlarbeiter durchaus kämpfen! Hatten die IGM-Bonzen jetzt Schwierigkeiten, die Kollegen zu mobilisieren, so war es beim Streik für die 35-Stunden-Woche just umgekehrt: Da hatten die Loderer, Janßen und Herb große Mühe, den Streik wieder abzuwürgen.



Kein Vertrauen in die Mitbestimmung haben die meisten Arbeiter und kleinen Angestellten. Unser Foto wurde im Juli 1977 aufgenommen, und zeigt eine Demonstration der Hüttenwerker von Klöckner in Bremen gegen Massenentlassungen.

Die Demokratisierung des Wirtschaftslebens oder wer ist der Herr im Hause?

Eine Betrachtung über den Zweck der Mitbestimmung

Zweifelloos ist der Angriff der Mannesmann-Bosse auf die Montanmitbestimmung Teil einer reaktionären Strategie der Stahlmonopole. Sie nehmen Kurs auf die Verschärfung des Rationalisierungsterrors, auf offenen Lohnabbau; sie greifen mühsam errungene soziale Verbesserungen und gewerkschaftliche Rechte in den Betrieben an. Es ist keine Frage, daß gegen diese Strategie, gegen die verschiedenen Angriffe, die sie einschließt, der gewerkschaftliche Kampf organisiert werden muß. Aber heißt das, daß unsere bisherige Einschätzung der Mitbestimmung umgestoßen werden muß? Ist die Skepsis und Ablehnung, mit der große Teile der Arbeiterschaft den Mitbestimmungsparolen der DGB-Führung begegnen, nicht berechtigt?

Die Antwort auf diese Frage kann nur ein klares Nein sein. „Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut“. Diese Parole, mit der die Stahlwerker der Klöcknerhütte in Bremen vor Jahren gegen Massenentlassungen auf die Straße gegangen sind, behält ihre volle Gültigkeit.

Wie könnte die Arbeiterklasse denn daran interessiert sein, für die Sicherung des kapitalistischen Profits, der aus ihren eigenen Knochen gepreßt und auf Kosten ihrer Arbeitsplätze realisiert wird, eine „Mitverantwortung“ zu übernehmen? Wie kann der Prolet sich für seine eigene Ausbeutung engagieren?

Wir sprechen hier nicht von bestimmten nützlichen Mitbestimmungsrechten des Betriebsrates in innerbetrieblichen Angelegenheiten, etwa von seinem Recht, gegen Rationalisierungsmaßnahmen ein Veto einzulegen. Hier ist die Rede von der Mitbestimmung sogenannter „Arbeitnehmervertreter“ im Aufsichtsrat, also von Mitbestimmung bei der Geschäftspolitik des Unternehmens. Dabei geht es letztlich immer um optimale Gewinne, um den Profit des Kapitalisten.

Auf der Eisen- und Stahlkonferenz der IG Metall vor einigen Monaten nannte der IGM-Chef Loderer die Montanmitbestimmung ein „Faustpfand für eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft“ und einen „Fuß in der Tür der Neuordnung der Wirtschaft“. Aber wie könnte eine Wirtschaft, deren innerstes Gesetz die Ausbeutung der Arbeitermassen durch eine Handvoll Kapitalisten ist, je demokratisch sein? Ein Ding der Unmöglichkeit! Die jahrzehntelangen Erfahrungen der Bergarbeiter und Stahlwerker mit der Montanmitbestimmung widerlegen in der Praxis das Demokratisierungsgeschwätz. Loderer führt seine These im gleichen Referat selbst ad absurdum, wenn er folgendes zur Haltung der Unternehmer sagt:

„Obwohl ihnen die qualifizierte Mitbestimmung wirtschaftlich gar keine Nachteile gebracht hat — ganz im Gegenteil — waren und sind sie gegen eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens.“

In dieser Frage ist bei den Unternehmern der ökonomische Sachverstand längst auf der Strecke geblieben.“

Loderer tut den Unternehmern hier unrecht. Auf der Strecke geblieben ist sein eigener „ökonomischer Sachverstand“. Wenn die Mitbestimmung den Ausbeutern nur wirtschaftliche Vorteile bringt, dann kann sie nicht gleichzeitig auch den Ausgebeuteten zum Nutzen gereichen.

Um eine solche Absurdität zu vertreten, muß man entweder vor dem Meere stehend dessen Existenz ableugnen, muß man den kapitalistischen Charakter „unserer“ Wirtschaft abstreiten. Oder man muß zynisch die Ausbeutung als im eigenen Interesse der Ausgebeuteten bezeichnen. Man muß versuchen, den unverwundlichen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital zu verkleistern.

Selbst im Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms steckt noch mehr Achtung vor der Wahrheit, als in den zitierten Äußerungen des IGM-Chefs, wenn es da in der Präambel heißt:

„Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber.“

In einem hat Loderer völlig recht: wenn er den Unternehmern nachsagt, daß sie gegen eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens waren und sind. Er mußte nur noch hinzufügen, worin eine solche Demokratisierung einzig und allein bestehen könnte: nämlich darin, daß man den Kapitalisten ihre Fabriken nimmt, ihnen ihr

Kapital entreißt, sie enteignet. Also durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, durch die Verwirklichung des sozialistischen Gemeineigentums oder kurz: durch die proletarische Revolution.

Das wollen die Unternehmer in der Tat um keinen Preis! Um das zu verhindern, schrecken sie vor nichts zurück, haben sie sich mit Bundeswehr und Polizei bewaffnete Formationen zur Sicherung ihrer Macht geschaffen.

Zur Niederhaltung der Arbeiterklasse gehört aber auch die Ideologie der Sozialpartnerschaft, deren unentbehrlicher Bestandteil die Mitbestimmungspolitik der DGB-Führung ist. Die Montanmitbestimmung gehört zu den gemeinsamen Anstrengungen der Monopolherren und der DGB-Bonzen zur Verhinderung eines bewußten Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Grundinteressen.

Allerdings: Wenn die Krise sich weiter zuspitzt und Sozialpartnerschaftsillusionen in den Köpfen der Arbeiter und kleinen Angestellten zerplatzen wie Seifenblasen, dann schmilzt auch das Interesse der Kapitalisten an dieser schönen Art von Ideologie dahin. Sehr zum Leidwesen der DGB-Bonzen in ihren schönen, weichen Aufsichtsratssesseln! Die Krupp, Thyssen und Mannesmann und wie sie alle heißen, verzichten dann lieber auf süßliche Schminke und kehren zur „ehrlichen“, allerdings auch brutaleren Form der Ausbeutung zurück. Unverblümt brüllen dann die Herren: „Wer ist hier der Herr im Haus?“

Was dann? Dann wird es Zeit zu begreifen, daß diese Frage auch von der Arbeiterklasse gestellt werden muß. Der Arbeiter muß Herr im Haus werden! Und das kann er nur durch den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Systems, durch die sozialistische Revolution.

Aus unseren Betriebszeitungen + + + Aus unseren Betriebszeitungen + + + Aus unseren Betriebszeitungen + + + Aus uns

Entlassungen müssen vom Tisch!

Wieviele Entlassungen wird es geben? Das ist die bange Frage vieler Kollegen. Es geht schon lange nicht mehr um die Frage, ob es Entlassungen gibt.

Nicht einmal langjährige Ford-Kollegen haben jemals erlebt, daß es im Frühjahr Kurzarbeit gibt. Außerdem ist inzwischen klar, daß trotz riesiger Werbungskampagnen der Granada-Verkauf nicht angezogen hat. Ebenso schlecht steht es um Taunus und Capri, erst recht um den alten Escort.

Inzwischen sind in neun Monaten 14 Wochen Kurzarbeit verfahren worden (die Lohn-einbußen summieren sich inzwischen auf 2000 bis 3000 DM für Produktionsarbeiter), und die Marktsituation ist nicht besser.

Auch kann in Köln vom neuen Escort kein Wunder erwartet werden. Erstens wird durch den neuen Escort zum Teil der Fiesta-Verkauf zurückgehen, zweitens wird er in Köln nicht produziert und drittens, soweit Escort-Teile in Köln produziert werden, wie zum Beispiel in der G-Halle, so werden neue Produktionsstraßen errichtet, die viel weniger Bedienung brauchen. So werden sogar noch zusätzlich Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Die Taktik der Ford-Kapitalisten läuft klar auf Entlassungen hinaus

Daß Henry Ford skrupellos genug ist, massenhaft Arbeiter zu entlassen, um seinen Profit zu sichern, das zeigt das Beispiel USA, wo Zehntausende Kollegen von Ford entlassen wurden.

Aber ausgerechnet der Betriebsrat, der ja unsere Interessen vertreten soll, tut so, als gäbe es keine Entlassungspläne (so zum Beispiel W. Kukelkorn

Gegen Entlassungen müssen wir geschlossen vorgehen, sonst sind wir verlassen, unsere Organisation ist die Gewerk-



auf der letzten Betriebsversammlung). Das kann man Bibelschülern erzählen, aber nicht uns Ford-Arbeitern, die wir schon eine Entlassungswelle erlebt haben.

Sind die Verantwortlichen im Betriebsrat wirklich so naiv, daß sie nicht an Entlassungen glauben, oder betätigen sie sich schon als „Kopfgeldjäger“, die die Entlassungen schon akzeptiert haben, schon im Stillen über „Ablösesummen“ verhandeln und dies alles der Belegschaft verschweigen?

Sollten die Verantwortlichen des Betriebsrats wirklich diese Taktik einschlagen, so hintergehen und betrügen sie nicht nur die Belegschaft, sondern handeln auch gegen die Richtlinien der IG Metall, die zur Verhinderung von Entlassungen klare Strategien für Betriebsräte und Vertrauensleute ausgearbeitet hat. Wenn im Betrieb Personalveränderungen zu erwarten sind, dann kann man nicht einfach die Belegschaft verströmen, der Betriebsrat und die Geschäftsleitung „haben über Entlassungen noch nicht gesprochen“, sondern man muß den Arbeitgeber zwingen, den Betriebsrat zu informieren!

Unsere Kraft ist unsere Solidarität

schaft, die IG Metall. Aber an unserer Spitze müssen Kollegen stehen, die sich auch einsetzen und nicht abwiegeln.

Es ist eine Minderheit des Betriebsrates, die dessen Arbeit bestimmt. Noch nicht einmal alle Betriebsräte wissen über die Mauseleien der Betriebsratspitze mit der Geschäftsleitung Bescheid. Auf solche Betriebsratsführer kann sich die Belegschaft nicht verlassen!

Die anderen Betriebsräte sollten sich aber besinnen, wozu sie gewählt wurden.



Ford-Werke in Köln — hier soll entlassen werden

Nicht, um Mauseleien zu unterstützen, mit denen die Arbeitsplätze von Tausenden von Kollegen verhöhnt werden, sondern um die Interessen der Ford-Kapitalisten zu vertreten. Das ist ihre Aufgabe! Dabei müssen sie sich auf die Vertrauensleute stützen und durch Information der Kollegen ihre Kampfbereitschaft stärken.

An den Vertrauensleuten liegt es, diese Probleme zu diskutieren und entsprechende Forderungen an den Betriebsrat zu stellen. An jedem einzelnen Kollegen liegt es, nicht alles auf die V-Leute zu schieben, selber aktiv zu werden. Besprecht diese Probleme untereinander. Geht mal mit zu den V-Leute-Sitzungen, wenn es mit der Zeit hinkommt. Nehmt in Eurer Abteilung keine Veränderung einfach hin, die Arbeitsplätze gefährdet. Beratet Euch mit Eurem Vertrauensmann und geht zum Betriebsrat.

Nur durch den Kampf und den Einsatz aller Kollegen verhindern wir Entlassungen. Unsere Forderungen sind bekannt. Der Betriebsrat muß gezwungen werden, sich dafür einzusetzen! (Leicht gekürzt.)



Rationalisierung und Streß durch EDV

Es ist ja wohl allgemein bekannt, daß Merck ein großes Datenverarbeitungssystem hat, mit dem die Firma einiges an Zeit, Personal und somit an Geld einspart. Wie Pilze schießen die Bildschirme aus dem Boden. In immer mehr Büroräumen steht eine grün-weiß flimmernde Mattscheibe.

Für die Kapitalisten sind Datenverarbeitungssysteme im Büro eine tolle Sache. Mit ihrer Hilfe läßt sich die Textverarbeitung viel schneller und damit mit viel weniger Personal erledigen.

Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sieht das leider anders aus. Auf der einen Seite wird ein Teil der Arbeitsplätze im Verwaltungs- und Textverarbeitungsbereich wegrationalisiert. Auf der anderen Seite werden die Arbeitsbedingungen für die verbleibenden Kollegen verschlechtert.

Eintönige schematische Tätigkeit, meist mit Abqualifizierung verbunden, starke Nervenbelastung, Gefahr von

Sehstörungen, Nacken- und Rückenschmerzen, Haltungs- und Wirbelsäulenschäden, das sind einige Stichworte, die andeuten, welche Folgen auf die betroffenen Kollegen zukommen.

Das können wir uns nicht länger gefallen lassen. Wir fordern deshalb eine Betriebsvereinbarung, die zum Beispiel vorschreibt, daß täglich nicht mehr als vier Stunden am Bildschirm gearbeitet werden darf. Diese vier Stunden müssen durch Pausen unterbrochen werden, die natürlich vom Arbeitgeber zu tragen sind.

• Gegen die ständige Verschärfung der Arbeitsetze!

• Für mehr Erholpausen!



Der Sklaventreiber

In der Abteilung 9307 der SF hat sich seit dem Tod des alten Meisters Pollack das Arbeitsklima schlagartig verschlechtert. Wie sagt man so schön: Neue Besen kehren gut, aber was dort der neue Meister Zemke treibt, ist wirklich die Spitze.

Meister Zemke übernahm die Abteilung im letzten Jahr, als die Lage der SF in den schwärzesten Farben gemalt wurde. Viele fürchteten um ihren Arbeitsplatz. Dies auszunutzen, versuchte er sich bei der Geschäftsleitung seine Sporen zu verdienen.

Willkürlich wurden bestimmte Kollegen in der ganzen Fabrik hin- und hergeschoben, mit der Absicht, daß sie irgendwann die Nase voll haben und von sich aus gehen. Durch zusätzliche Versetzungen in die Sickingenstr. erreichte er auch sein Ziel, den Personalstand in der Abteilung zu senken.

Nach einer Zeit der Flaute ist aber mittlerweile dort so viel zu tun, daß mehrere Kollegen aus anderen Abteilungen schon mehrere Wochen dort arbeiten. Am 3. Mai wurden bereits wieder 36 Überstunden gemacht. Alles mit der Begründung: eilige Termine.

Als zweites versuchte er, an den Akkordabrechnungen zu drehen. Seit Anfang des Jahres führt er regelmäßig Auseinandersetzungen mit den Schiebern über ihre Abrechnungen. Sie sollen nicht so viel Zeiten zu schreiben.

Ein Schieber hat daraus die Konsequenzen gezogen; er hat den Posten zurückgegeben.

Ebenso sagte er zu den Schiebern, sie sollten genau

sehen, welcher Kollege wirklich sein Geld verdient. Verlangt man mehr Geld, sagt er, daß im Moment nichts zu machen sei, wegen der schlechten Auftragslage. Um seine Stellung weiter auszubauen, übernahm er noch die Sonderwerkstatt von Meister Stüdemann.

Am 15. 1., als sich 800 Kollegen in der Kantine zur Protestversammlung einfanden, da stellt er sich den Kollegen aus seiner Abteilung in den Weg und warf ihnen Arbeitsverweigerung vor.

Die Stimmung steigt langsam dem Höhepunkt zu. Ein Kollege hat bereits gekündigt, und andere wollen das auch tun. Als der Meister davon hörte, eilte er sofort hin und beschwor den Kollegen, doch zu bleiben.

Es heißt bereits in der SF, der Zemke ist noch schlimmer als der Pollack, und der war nicht gerade beliebt. Nicht ohne Grund wird er der Sklaventreiber genannt. Er scheint bloß vergessen zu haben, daß wir nicht mehr im alten Rom oder im Mittelalter leben.

Meister Nietsch, in dieser Abteilung als ehemaliger Meistervertreter noch allen sehr gut bekannt, mußte in der Regelfertigung der Bahnfabrik seinen Hut nehmen und ist nun im Keller gelandet.

Das sollte allen übermütigen Meistern eine Warnung sein.

Alle wählen Helmut Schmidt — wir nicht!

Wenn's nach den derzeitigen Meinungsumfragen ginge, stünde der Ausgang der Bundestagswahl am 5. Oktober schon heute fest: klarer Sieger Helmut Schmidt, klarer Verlierer Franz Josef Strauß.



Sicher ist das aber natürlich nicht. Strauß und seine Hintermänner bleiben gefährlich, und es muß weiterhin alles getan werden, um diesen Leuten den Weg zur Macht zu versperren. Die Parole „Stoppt Strauß!“ bleibt weiter aktuell.

Auf der anderen Seite ist es aber so langsam an der Zeit zu fragen: Was ist eigentlich dran an Helmut Schmidt, daß alle ihn wählen wollen? Hat der vielleicht die ganzen Jahre, die er jetzt in Bonn an der Regierung ist, eine Politik im Interesse der Arbeiter und Angestellten gemacht?

Helmut Schmidt und die SPD sagen, sie seien für die Arbeiter? Warum klopfen sie dann nicht den Unternehmern auf die Finger, wenn die Massenentlassungen vornehmen oder die Preise erhöhen? Warum hat die SPD-Regierung stattdessen den Monopolen auch noch Milliarden-Subventionen von unseren Steuergeldern in den Rachen

gesteckt? Oder warum hat die Schmidt-Regierung nicht wenigstens ein Gesetz zum Verbot der Aussperrung gemacht?

Helmut Schmidt und die SPD sagen, sie seien für Freiheit und Demokratie. Warum lassen sie dann immer mehr Menschen bespitzeln und ihre Daten in Computern speichern? Warum hat die SPD-Regierung nicht endlich mit den Berufsverboten Schluß gemacht oder wenigstens die faschistischen Organisationen wie die NPD verboten?

Helmut Schmidt und die SPD sagen, sie wären gegen den Krieg und für den Frieden. Aber warum gibt die SPD-Regierung dann immer mehr Geld für die Rüstung aus? Warum unterstützt Helmut Schmidt dann genau wie Strauß den Olympia-Boykott und die ganze Kriegspolitik der Amerikaner?

Natürlich, Strauß und die CDU/CSU sind noch schlimmer. Aber ist das schon Grund

genug, um Helmut Schmidt zu wählen? Schließlich geht man ja auch nicht in ein Geschäft und sagt: „Ich will nicht den faulen Apfel, sondern nur einen halbfaulen.“

Wir jedenfalls kämpfen gegen Strauß. Aber sagen auch: **Strauß stoppen, heißt nicht Schmidt wählen!**

Unsere Partei ruft auf, die vor einigen Monaten gegründete VOLKSFRONT gegen Reak-

tion, Faschismus und Krieg zu wählen. Das ist eine konsequent antifaschistische und demokratische Organisation, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt. Auch die Kandidaten der VOLKSFRONT für die Bundestagswahl sind meistens Arbeiter und Angestellte. Da weiß man wenigstens, daß man seine Stimme nicht für einen verschwendet, der in Wirklichkeit von Siemens geschmiert wird.

Übrigens: Zur Bundestagskandidatin der VOLKSFRONT für Witten und Bochum-Langendreer wurde unsere Kollegin Annette Schnoor gewählt. (Leicht gekürzt.)



Demonstration gegen NATO-Kriegspolitik wie sie von der SPD-Regierung mitverantwortet wird.

Im Mai:

Autoproduktion sinkt drastisch!

RGO ruft zur Verteidigung der Arbeitsplätze auf

FRANKFURT/MAIN. — Die Zahlen, die der Verband der Automobilindustrie für den vergangenen Monat veröffentlicht hat, bestätigen die Entwicklung hin zu einer echten Überproduktionskrise der gesamten Branche. Nahezu alle

Rund 301 000 Autos wurden im Mai 1980 in der Bundesrepublik produziert. Das sind rund 70 000 Autos weniger als im Mai 1979 hergestellt wurden, mit anderen Worten ein Produktionsrückgang um fast 20 Prozent! In der gesamten PKW- und Kombiherstellung sind damit starke Einbrüche zu verzeichnen. Lediglich die Produktion von Nutzfahrzeugen konnte um knapp 2 000 Stück gesteigert werden, auf etwa 29 000. Alle Fahrzeugarten eingerechnet sank die gesamte Produktion der Branche in den ersten fünf Monaten des Jahres 1980 um 8,3 Prozent, wobei die Tendenz immer stärker nach unten weist.

In dieser Situation werden verstärkt Autos auf Halde produziert. Was die PKWs und Kombis betrifft, so wurde die Produktion in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 1,81 auf 1,66 Millionen Stück gesenkt, ein Rückgang von fast 9 Prozent. In derselben Zeit wurden aber nur 1,2 Millionen PKW/Kombi neu zugelassen, eine Zahl, die fast 12 Prozent unter der des Vorjahres liegt, allein für den Monat Mai, wie auch bei der Produktion ein Rückgang um fast 20 Prozent.

In dieser Situation ist es dringend erforderlich, daß die Gewerkschaften den Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze aufnehmen. Die in der RGO organisierten klassenbewußten Gewerkschafter in der IG Metall haben damit bereits begonnen. Unter anderem mit einem Flugblatt für die westdeutschen Automobilfabriken, das unter der Parole „Rettet Rüsselsheim“ zur Solidarität mit den Opel-Arbeitern aufruft.

Dort heißt es unter der Forderung „Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze: Auf der letzten Vertrauensleute-Vollversammlung bei Opel/Rüsselsheim waren über 800 Vertrauensleute. Die Vertrauenskörperleitung wurde beauftragt, ein Programm auszuarbeiten, was mit aller Konsequenz gegen die Massenentlassungen vorgeht. Die Kollegen sind bereit zu kämpfen. So war es kein Zufall, daß Kolle-

gen der Vereinigten Flugzeugwerke (VFW) aus Speyer eingeladen waren und den Film über ihren damaligen Kampf zeigten und erläuterten. Sie hatten einen kompromißlosen Kampf mit Demonstrationen, Streiks und Betriebsbesetzung durchgeführt und so auch die geplante Stilllegung des Werkes verhindert.

Für die Opel-Kollegen gibt es auch nur diesen Weg, und die volle gewerkschaftliche Geschlossenheit und Unterstützung ist dazu notwendig. Die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Metall hat in einem angenommenen Antrag die Richtung gezeigt; darin heißt es:

„Es ist feststehendes gewerkschaftliches Gedankengut, daß Erfolge der Organisation vom Grad der gewerkschaftlichen Mobilisierung abhängen. Die für den gesamten südhessischen

Werke haben jetzt direkte Produktionsrückgänge zu verzeichnen, die Differenz zwischen neuzugelassenen und neu produzierten Autos weist auch auf eine verstärkte Haldeproduktion hin.

Raum bedrohliche Gefährdung tausender von Arbeitsplätzen durch die Adam Opel AG zwingt die IG-Metall die Auseinandersetzung mit der A. Opel AG auf eine neue Stufe zu heben:

Die Vertreterversammlung fordert daher Ortsverwaltung, Bezirksleitung und Vorstand der IG Metall auf

1. den betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Adam Opel AG die rückhaltlose Unterstützung der Organisation bei allen Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze zuzusichern.
2. in Zusammenarbeit mit der Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei Opel Öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampfmaßnahmen für den Erhalt der Arbeitsplätze zu organisieren.
3. Mittelfristig eine große Demonstration und Kundgebung

der IG Metall in Rüsselsheim vorzubereiten.“

Jawohl, Kollegen, das muß eine Demonstration werden, daß es an diesem Tag kaum noch einen Stehplatz in Rüsselsheim gibt, und sie darf auch nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dazu muß die IG Metall aus dem ganzen Bundesgebiet Busse für alle Automobilarbeiter organisieren. Kein Autowerk darf dabei fehlen. Verabschiedet jetzt in euren Betrieben Solidaritätsresolutionen und schickt sie nach Rüsselsheim, um damit den Kollegen den Rücken zu stärken. Ladet zu Belegschaftsversammlungen oder Vertrauensleutesitzungen Kollegen aus Rüsselsheim ein, damit sie euch genauer über die dortige Lage berichten, damit der gemeinsame Kampf der Automobilarbeiter gestärkt wird.“

DGB-Bundesjugendausschuß soll entmündigt werden

Karl Schwabs neuster Alleingang

Reaktionäre Oberursel-Fraktion weiter aufgewertet

DÜSSELDORF. — Sozusagen im Alleingang hat das für Jugendarbeit zuständige DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab einen Nachfolger für den ehemaligen DGB-Bundesjugendsekretär, Heinz Hawreliuk, gefunden, der nach der Dortmunder Großveranstaltung der DGB-Jugend zum Antikriegstag wegen mangelndem Antikommunismus gefeuert worden war — von Karl Schwab. Schwab verbot Hawreliuk sogar, eine Stellungnahme vor dem DGB-Bundesjugendausschuß abzugeben.

Nahezu handstreichartig regelte der Reaktionär Karl Schwab die Hawreliuk-Nachfolge auf einer Sitzung des DGB-Bundesjugendausschusses am 17./18. Juni in Gmund am Tegernsee. Er war entschlossen, das ÖTV-Mitglied Hans-Ludwig Brauser, Parteigänger der antikommunistischen Oberursel-Fraktion, zum neuen Bundesjugendsekretär des DGB zu machen.

Bewußt hatte Schwab darauf verzichtet, seine Absichten vorher mit den Bundesjugendsekretären der Einzelgewerkschaften und den Landesjugendsekretären des DGB zu beraten. Zweifellos wäre er dabei gestoppt worden, hatte er doch auf einer Reihe von Bundesjugendkongressen der Einzelgewerkschaften politische Niederlagen einstecken müssen.

Er unterbreitete seinen Personalvorschlag am 23. Mai lediglich einer Reihe von für Ju-

gendarbeit zuständigen Vorstandsmitgliedern der Einzelgewerkschaften: Schwab stieß schon damals auf Kritik, obwohl sein schärfster Kritiker auf Vorstandsebene, das IG-Metall-Vorstandsmitglied Benz, nicht zugegen war.

Erst zehn Tage vor der Bundesjugendausschußsitzung am Tegernsee erfuhren die Ausschußmitglieder von Schwabs Plänen. In den Jugendausschüssen der Einzelgewerkschaften konnten sie nicht mehr diskutiert werden.

Mit 17 zu 8 Stimmen folgte dann der Bundesjugendausschuß der personalpolitischen Linie von Karl Schwab, was insofern bemerkenswert ist, als bislang die Bundesjugendausschüsse die Bundessekretäre immer einstimmig nominiert hatten — auch im Fall von Hawreliuk.

Karl Schwab verschärft of-

fensichtlich den antikommunistischen Kurs in der DGB-Jugend durch die Inthronisierung von Hans-Ludwig Brauser. Möglicherweise wurde er aufgeschreckt durch die kämpferischen Bundesjugendkongresse der zurückliegenden Monate. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand der Mehrheitsentscheidung vom Tegernsee folgen wird und Brauser zum Bundesjugendsekretär bestellt.

Um so mehr dürfen sich die Jugendausschüsse der Einzelgewerkschaften, die ja im DGB-Bundesjugendausschuß vertreten sind, nicht auf die fortschrittlichen Resolutionen ihrer Kongresse beschränken, sondern müssen aktiv werden, um Karl Schwab das Handwerk zu legen. Von selbst ändert sich hier nichts.

75 Prozent mehr Berufskrankheiten

DÜSSELDORF. — Was von dem ständigen Gerede von humanisierter Arbeitswelt zu halten ist, zeigen statistische Angaben in Sachen Berufskrankheiten.

In der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Berufskrankheiten um 75 Prozent angestiegen. Das geht aus statistischem Material der für beide Bundesländer zuständigen Berufsgenossenschaft hervor.

Diese nüchternen Angaben zeigen auch, was von „Selbstbeteiligungs“-Plänen oder „Risikobeteiligungs“-Projekten im Gesundheitswesen zu halten ist. Der Krankheitsgrund Nr. 1 ist und bleibt das Kapital!

Nell-Breuning zum DGB-Programmentwurf

DORTMUND. — Nun hat sich auch der katholische Sozialwissenschaftler und Jesuitenpater, Professor Oswald von Nell-Breuning, zum Grundsatzprogramm entworfen. Insgesamt fand er lobende Worte und erwies dem Entwurf damit eine zweifelhafte Ehre.

Doch einige Punkte wünschte er sich noch stärker hervorgehoben. Beim Begriff Solidarität solle es sich nur um die echte, die edle Solidarität handeln, die nicht gegen Dritte gerichtet sein dürfe.

Streichen würde er am liebsten einen Absatz, in dem festgestellt wird, die Arbeiter seien von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Es gebe doch die Mitbestimmung. Außerdem sei es nicht nötig, in der Präambel die Notwendigkeit von Einkommenssteigerungen derart plakativ herauszustellen.

Nein zum Nachschlag

ESSEN. — Brück wandte sich der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie gegen Nachschlagsforderungen in diesem

Jahr. Eine Diskussion in dieser Richtung war unter anderem vom Vorsitzenden der IG Druck und Papier angeregt worden. Verträge seien dazu da, eingehalten zu werden, meinte der IG Bergbau-Chef.

Doch wenn sich ein Vertrag als betrügerisch erweist, muß man ihn dann immer noch einhalten? Die letzten Tarifabschlüsse jedenfalls sind betrügerisch, die Inflationsrate stieg schneller, als es die Wissenschaftler des Kapitals im Interesse der Unternehmer vorausgesagt hatten.

Metallverpackungswerk macht dicht

KARLSRUHE. — Die zu 99 Prozent im Besitz der amerikanischen Continental Group befindliche Schmalbach-Lubeca GmbH plant die Schließung ihres Metallverpackungswerkes in Karlsruhe. 380 Beschäftigte sind betroffen.

Schmalbach-Lubeca (Grundkapital: 150 Millionen Mark) ist der größte Verpackungsmittelkonzern auf dem Kontinent. 12 Werke für Metallverpackung, 4 für Kunststoffverpackung, 3 Wellpappenfabriken, 1 Werk für Verschlüsse und Verschießsysteme und 2 Maschinenfabriken sind unter dem Dach der GmbH vereinigt.

Während schon im letzten Jahr das Braunschweiger Stammwerk stillgelegt wurde, fällt nun auch das Karlsruher Werk der Rationalisierung zum Opfer. Neue Werke entstehen gegenwärtig in Haßloch und Weißenhurn.

Post verdient Milliarden

BONN. — Im vergangenen Jahr hat die Post einen Gewinn von 2,1 Milliarden Mark erwirtschaftet.

Der Umsatz steigerte sich nach Angaben von Minister Gscheide von 33,8 auf 36,5 Milliarden Mark. Die größte Zuwachsrate erzielte mit 8,9 Prozent das Fernmeldewesen. Trotzdem wurden kürzlich die günstigen Mondscheintarife fallengelassen.

Dünnsäureskandal bei Bayer-Leverkusen

„Wir wollen keine Erfüllungsgehilfen sein!“

Erklärung der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“

Der Gesamtbetriebsrat der Bayer AG hat an den Bundeskanzler Schmidt appelliert, sich dafür einzusetzen, daß die Genehmigung, die Dünnsäure in die Nordsee ablassen zu können, bestehen bleibt.

Wir, zehn Betriebsratsmitglieder der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ in Leverkusen, distanzieren uns nachdrücklich von diesem Appell.

Die Bayer AG und die angeschlossenen Firmen hatten seit 1969 Zeit genug, ein Produktionsverfahren zu entwickeln, bei dem die anfallende Säure zur Wiederverwendung aufbereitet oder neutralisiert und unschädlich gemacht werden kann.

Es ist unverantwortlich, aus Kostengründen diese enormen Mengen an giftigen Abwässern in die Nordsee oder den Rhein abzulassen und damit das natürliche Gleichgewicht und die Lebensgrundlage vieler Millionen Menschen zu gefährden.

Wir verurteilen den erpresserischen Versuch der Bayer AG, mit der Gefährdung oder Vernichtung von 4 000 Arbeitsplätzen zu drohen, um ungehin-

dert weiter Gewässerverschmutzung betreiben zu können.

Wir lehnen es ab, uns mit so einer Argumentation zum Erfüllungsgehilfen des Unternehmers machen zu lassen.

Die Bayer AG strahlt sich selbst Lüge, wenn sie einerseits wirbt: „Bayer forscht für den Umweltschutz“ und andererseits mit Schadstoffen die Umwelt vergiftet.

Die Drohung, 4 000 Arbeitsplätze seien gefährdet, halten wir für eine gezielte Aktion, um davon abzulenken, daß schon lange geplant ist, die Farbstoffproduktion ganz oder teilweise nach Brunsbüttel zu verlegen. In diesem Fall wären tatsächlich 3 000 bis 4 000 Arbeitnehmer in Leverkusen betroffen.

Sucht die Bayer AG hier einen Sündenbock, dem sie die Vernichtung oder Verlagerung von Arbeitsplätzen anlasten kann?

Die Landesregierung oder die Umweltschützer sollen wohl hier als Verantwortliche herhalten, wenn das Bild von sicheren Arbeitsplätzen bei der Bayer AG nicht aufrechterhalten werden kann.

Hoesch AG Dortmund:

Hochofen und Sinteranlage werden stillgelegt

Fast 300 Kollegen unmittelbar betroffen

DORTMUND. — „Weißt Du was? 1990 ist hier alles dicht!“ rief ein Kollege von Hoesch-Union einem Flugblattverteiler der RGO zu, der am 26. Juni unmittelbar nach Bekanntwerden der neusten Vorstandsbeschlüsse von Hoesch die Beleg-

Die bislang aktuellste Hiobsbotschaft: Am 14. Juli soll der Hochofen 5 bei Hoesch-Phönix stillgelegt werden, unmittelbar darauf die Sinteranlage bei Union. Insgesamt sind 290 Kollegen betroffen.

Also waren die angekündigten Massenentlassungen von 4 200 Kollegen lediglich der Startschuß für eine umfassende Reduzierung der Belegschaft, für eine radikale Sanierung der Unternehmerprofite auf dem Rücken der Stahlarbeiter.

Das Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe klärt die Belegschaft darüber auf, was der Vorstand als nächstes plant:

- Herausnahme von einer Schicht bei Union und einer Schicht auf der Westfalenhütte oder die vollständige Schließung einer Abteilung bei Union.

- Auf Phönix sollen Walzschichten zurückgefahren werden, weiter werden Kurzarbeit oder die Herausnahme der dritten Schicht diskutiert.

- Im Bereich Warmbreitband/Kaltwalzwerke auf der Westfalenhütte werden Überlegungen zur Produktionseinschränkung angestellt — wegen der Autoflaute.

Die RGO-Betriebsgruppe ruft die Belegschaft auf:

schaft über die Fortsetzung des Rationalisierungsfeldzugs der Stahlbarone unterrichtet, vor denen die RGO-Betriebsgruppe Hoesch und vor allem die beiden gefeuerten Betriebsräte seit längerem gewarnt hatten.

„Uns helfen nicht Sozialpartnerschaftsillusionen, uns hilft allein der konsequente Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch die Unternehmer. Wehren wir uns gegen die Salamtaktik! Lassen wir uns nicht Scheibchen für Scheibchen unsere berufliche Existenz (und die unserer Kinder) wegrationalisieren! Gewerkschaftliche Gegenwehr ist nötig und möglich!“

Weiter begrüßt die Betriebsgruppe die Streikpläne der IG Metall gegen die Pläne der Mannesmann-Bosse, die Montanmitbestimmung abzukoppeln:

„Recht so, gegen die Angriffe der Unternehmer müssen wir uns wehren, dazu gehört der Streik! Wir dürfen dabei aber nicht den Kern dieser Angriffe vergessen, um den es eigentlich geht: Bei Mannesmann, wie bei Hoesch, wie bei Thyssen ist die Unternehmenseite angetreten, auf breiter Front die Arbeitsplatzvernichtung voranzutreiben. Deshalb muß im Zentrum die Forderung stehen: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!“

Der Tarifvertrag vom vergangenen Jahr muß vom Tisch, die Unternehmer haben ihn längst überrollt mit ihrer Rationalisierungsoffensive!“

Die Grünen auf dem Dortmunder Parteitag

Von nichts war auf dem Kongreß der Grünen so häufig die Rede wie von der Einheit der Partei. Und stets lag ein beschwörender Ton in der Stimme derjenigen, die von ihr sprachen. Aber es ging in Dortmund nicht um die Erarbeitung einer programmatischen Geschlossenheit, wie man es eigentlich von einer Partei erwarten sollte, die sich als grundlegende Alternative zum politischen System der Bundesrepublik bezeichnet. Einheit wurde hier schlicht verstanden als das Gegenteil von Spaltung.

Und die Spaltung war denn auch als manchmal unausgesprochene, oft auch ultimativ vorgetragene Drohung von der ersten bis zur letzten Stunde des Kongresses gegenwärtig. Schon im Vorfeld des Dortmunder Parteitags hatte sich eine Gruppe von „Prominenten“ des rechten Flügels (Gruhl, Springmann, Heinz Brandt, Beuys usw.) dieser Drohung bedient, um die Delegierten auf ihren Kurs zu zwingen. Und zu den Forderungen dieser Gruppe gehörte immerhin die weitgehende Revision des im März gerade erst verabschiedeten Parteiprogramms, das den Gruhl-Leuten zu „links“ ist.

Wer nun aber erwartet hatte, der Kongreß würde sich den Drohungen und Erpressungen dieser Leute widersetzen, sah sich bald getäuscht. Da war ja die Sache mit der Einheit. Um jeden Preis sollten all die Strömungen und Grüppchen, aus denen sich die Grüne-Partei zusammensetzt, beieinander gehalten werden. Und so sah denn auch die Parteitage-regie ihre Aufgabe darin, alles was nur irgendwie strittig zwischen diesen Flügeln war, einfach auszuklammern. Ein Beispiel: Der wohl wichtigste und von den Beobachtern mit Spannung erwartete Tagesordnungspunkt war die Diskussion über das Papier „Ökologie — Ökonomie“.

Hier hätte der Kongreß Farbe bekennen, hier hätte die Partei ihren Standort festlegen müssen. Notwendigerweise wäre es dabei zu einer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen gekommen, vor allem zwischen den reaktionären Vertretern des „reinen Ökologismus“, die den Werkstätigen Maßhalten und Konsumverzicht predigen, und denjenigen Grünen, die sich in irgendeiner Form der Arbeiterbewegung verbunden fühlen. Auf Antrag von Gruhl wurde der Punkt „Ökologie — Ökonomie“ zugunsten der Verabschiedung einer Wahlplattform innerhalb der Tagesordnung verschoben; am zweiten Kongreßtag verbannte man ihn dann ganz von der Tagesordnung und verwies das Papier zu einer unverbindlichen Diskussion an die Basis.

Mit der Verabschiedung der Wahlplattform, deren Entwurf fast ohne Debatte und bei nur geringfügigen Änderungen angenommen wurden, gelang den reaktionären Kräften dann ohne Widerstand ein wichtiger Sieg. Diese Plattform fällt weit hinter das auf dem Saarbrücker Parteitag verabschiedete Programm der Grünen zurück. Dabei hat auch das Saarbrücker Programm durchaus keine fortschrittliche Orientie-

rung. Es steht vielmehr im Grundsätzlichen auf dem Boden des Ökologismus — so etwa, wenn die sich verschärfende Krise des kapitalistischen Systems in eine Krise des Verhältnisses von Mensch und Natur umgefälscht wird; wenn zum Motor der Krise das wirtschaftliche Wachstum erklärt und den Werkstätigen „Überschätzung des materiellen Lebensstandards“ vorgeworfen wird. Daneben enthält das Saarbrücker Programm — im offenkundigen Widerspruch zu seiner grundsätzlichen Orientierung — auch eine Reihe von richtigen Forderungen, wie sie von der Arbeiterbewegung, im antifaschistischen Kampf usw. erhoben werden.

Genau dagegen machten die Reaktionäre um Gruhl Front. Es gelang ihnen schon vor dem Dortmunder Parteitag, das Saarbrücker Programm für weitgehend unverbindlich erklären zu lassen. Die führenden Gremien der Partei, in denen nahezu alle Strömungen vertreten sind, einigten sich auf die folgende bemerkenswerte Erklärung (die dann in Dortmund widerspruchlos hingenommen wurde): „Der Bundeshauptaufschuß stellt fest, daß das Saarbrücker Programm und die Erklärung zu Ökologie und Ökonomie eine Reihe von konkurrierenden Zielvorstellungen enthalten, die erst durch einen langen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in Einklang zu bringen sind. Materielle Forderungen, welche die Masse der Bevölkerung heute legitimere stellen kann, lassen sich erst durch den allmählichen Aufbau von alternativen Strukturen verändern, die eine Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nach Liebe, Zuneigung, Solidarität und Selbstverwirklichung durch sinnvolle Arbeit gewährleisten.“

Hier ist klar ausgedrückt, wie man die Widersprüche im Parteiprogramm zu lösen gedenkt: Materielle Forderungen, für den Augenblick als berechtigt anerkannt, sollen den Werkstätigen auf Dauer ausgetrieben werden, wobei ihnen eine verblasene Utopie vorgegaukelt wird. Im Sinne einer solchen Lösung ist durchaus schon die Wahlplattform, an deren Ausarbeitung neben Gruhl auch Vertreter der „linken“ Strömungen mitgearbeitet haben und die jetzt zum eigentlichen programmatischen Dokument der Grünen erklärt wurde. Im folgenden soll an einigen Beispielen gezeigt werden, wie hier — verglichen mit den Forderungen des Saarbrücker Programms — der Rotstift der Grünen gewütet hat.

Revision des Parteiprogramms

• „Arbeitswelt und Technologie“. Hier sind Forderungen wie die nach Ausbildung und Arbeit für jeden Jugendlichen, Verlängerung des bezahlten Arbeitsurlaubs, Schutz vor Abgruppierungen usw. gestrichen worden. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — in Saarbrücken als Erfolg der „Linken“ gefeiert — ist zu den Forderungen 35-Stunden-Woche „ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkom-

men“ gemacht worden. Ferner fallen Forderungen für ein uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht, für die Abschaffung der Schweige- und Friedenspflicht der Betriebsräte und anderes mehr. Die Aussperrung wird zwar verurteilt, nicht aber ihr gesetzliches Verbot gefordert.

• „Landwirtschaft“. War in das Saarbrücker Programm noch der Satz aufgenommen: „Wir wenden uns gegen eine Subventionspolitik, die nur den Gewinn der Verarbeitungsindustrie und der großen Agrarunternehmer sichert“, enthält die Wahlplattform nur noch schwachsinnige Theorien darüber, daß eine „industrialisierte und chemische“ Landwirtschaft die Ursache der Agrarkrise wäre. Dementsprechend wird gegen die Anwendung der Chemie zu Felde gezogen, aber keine einzige konkrete Forderung zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittleren Bauern gestellt. (Dafür wird unter dem angeführten Punkt immerhin ein Fangverbot für Waale verlangt — letzteres besonders aufschlußreich für die in Dortmund oft wiederholte Behauptung, die Wahlplattform wäre nur eine „Straf-fung“, nicht aber eine Änderung des Saarbrücker Programms; nur die „wichtigsten Forderungen“ hätten darin aufgenommen werden können.)

• „Bildung, Gesundheit“. Diese Bereiche waren im Saarbrücker Programm schon besonders stark von der Fortschrittsfeindlichkeit des Ökologismus geprägt. Die Wahlplattform hat das nur noch weiter verschärft. Da werden die Gesamtschulen als „Schulmaschinen“ mit „technokratischen Lehr- und Lerninhalten“ verurteilt und dagegen die Forderung nach „dezentralen und überschaubaren Schulen“ (man hätte der Verständlichkeit halber besser „Zwergschulen“ geschrieben) gesetzt. Ähnlich ist es im Bereich Gesundheit: Auch hier bleibt nur noch reaktionäres Wüten gegen „Medikamente und Apparate“, „Großkrankenhäuser“ usw. Den Angriffen auf die Volksgesundheit, wie sie etwa im Kostendämpfungsgesetz zum Ausdruck kommen, wird nicht eine einzige Zeile gewidmet.

Debatte über den Faschismus

All das ging in Dortmund — wie gesagt — ohne Widerstand der „Linken“ über die Bühne. Wesentliche Änderungen am Entwurf der Wahlplattform wurden nur im Bereich „Mensch und Gesellschaft“ vorgenommen, für den der Parteitag die Aufnahme von Forderungen nach der Abschaffung der Berufsverbote und der in den letzten Jahren verschärften Polizeigesetze beschloß.

Die grundsätzliche Debatte, die man so ängstlich zu umgehen suchte, brach dann am zweiten Tag des Kongresses unverhofft dennoch auf — am Verhältnis der Grünen zum Faschismus. Und wie diese Debatte geführt wurde, mit welchen Ergebnissen sie endete, das warf ein bezeichnendes Licht auf den Zustand dieser „alternativen“ Partei. Aus-

gangspunkt der Diskussion war eine Erklärung des geschäftsführenden Bundesvorstands, verfaßt aus Anlaß der Angriffe gegen das Vorstandsmitglied Haußleiter, die dessen Propagandatätigkeit im Rahmen der Nazi-Wehrmacht und seiner Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen in der Nachkriegszeit galt.

Diese Erklärung ist — trotz einiger falscher Aussagen — ein wirklich fortschrittliches Dokument. Sie kennzeichnet den Hitler-Faschismus als Instrument des Finanzkapitals zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung. Sie stellt heraus, daß es auch heute „in der Bundesrepublik eine reale, neu aufkommende faschistische Gefahr“ gibt. Und es wird festgelegt: „Für diese Entwicklung ist die Person Strauß zum Motor und zum Symbol geworden.“ Die Erklärung enthält schließlich auch ein begrüßenswertes Bekenntnis zur antifaschistischen Aktionseinheit: „Entscheidend ist, daß wir heute unter Zurückstellung aller Differenzen und unterschiedlicher Einschätzungen gemeinsam handeln — gegen jede reaktionäre Maßnahme, gegen jeden Freiheitsabbau, gegen Polizeiterrord und Be-spitzelung, gegen jedes politische Auftreten der neuen Faschisten, gleichgültig, ob sie dabei braune Hemden tragen oder nicht... Die Einheit der Antifaschisten darf nicht noch einmal erst in KZs beginnen. Damit die Faschisten nicht durchkommen, müssen wir heute beginnen, den Widerstand zu organisieren.“

Diese Erklärung jedoch wurde auf dem Dortmunder Parteitag nicht verabschiedet, ja, sie wurde nicht einmal diskutiert. Denn an ihrer Statt legte der Westberliner Rechtsanwalt Schily eine neue Erklärung zum Faschismus vor, in der zwar die Schrecken der Hitler-Diktatur beschrieben wurden, aber jeder Hinweis auf die klassenmäßigen Wurzeln des Faschismus ebenso fehlte wie eine Aussage darüber, von wem heute die faschistische Gefahr ausgeht. Und selbst das war dem reaktionären Flügel der Grünen zuviel. Gruhl drohte wieder einmal mit Spaltung für den Fall, daß diese Erklärung — wie beantragt — in die Wahlplattform aufgenommen würde. Und das Ergebnis?

Schily setzte sich mit dem Gruhl-Anhänger Otto und mit dem DDR-Emigranten Bahro zusammen, um eine neue Erklärung zu fabrizieren. Die wurde dann mit großer Mehrheit verabschiedet. Vom Antifaschismus ist darin nur ein einziger lapidarer Satz geblieben, daß nämlich die „Politik der Grünen unvereinbar mit jeder Art von Faschismus und Neofaschismus“ wäre. Dafür enthält die Erklärung eine ausdrückliche Abgrenzung vom Kommunismus, schreibt faktisch die reaktionäre bürgerliche „Rot-gleich-braun“-Lüge fest und verurteilt ausdrücklich den „Stalinismus“.

Ein fauler Kompromiß

Angesichts dieses Schicksals, das eine ursprünglich klar antifaschistische Erklärung auf dem



Herbert Gruhl, Vertreter des reaktionären Flügels, konnte sich zwar in programmatischen Fragen durchsetzen. Bei der Wahl für den dreiköpfigen Vorstand erlitt er jedoch eine Schlappe. Gruhl will jetzt seine weitere Mitarbeit bei den Grünen „überprüfen“.

Parteitag genommen hat, sagte ein Bochumer Delegierter, er sei „zutiefst entsetzt und bestürzt“. Bleibt zu hoffen, daß diese Bestürzung von all denen in der Grünen-Partei geteilt wird, die sich dem Kampf der Arbeiterbewegung verbunden fühlen, und daß sie daraus auch Konsequenzen ziehen. Einmal mehr hat der Dortmunder Kongreß doch das Wesen des „historischen Kompromisses“ enthüllt, mit dem der neugrüne Bahro die linke Bewegung für eine Mitarbeit in der Grünen-Partei ködern will.

Dieser äußerst faule Kompromiß beinhaltet das Bündnis mit Kräften der äußersten Reaktion, er steht auf der massenfeindlichen Grundlage des Ökologismus, und er wird — will man ihn aufrechterhalten — immer wieder zu einer solchen Kapitulationspolitik der „Linken“ führen, wie man sie in Dortmund erleben konnte. Es soll hier nicht darüber spekuliert werden, wie lange dieses Bündnis überhaupt Bestand haben wird, das von nicht viel mehr zusammengehalten wird, als von dem, was Henning Venske das „geile Geiern auf die fünf Prozent“ nannte. Tatsache ist, daß die Grüne-Partei selbst innerhalb der AKW-Bewegung eine immer geringere Rolle spielt; daß sie weitgehend zum Wahlverein geworden ist — aber auch hier (wie die Wahlergebnisse in den Kommunen von Baden-Württemberg wieder bestätigt haben) ist ihr Stern im Sinken begriffen.

Zu den Bundestagswahlen im Oktober jedenfalls werden die Grünen mit einer Plattform antreten, die weitgehend von

den reaktionären Kräften bestimmt wurde. Mit einer Plattform, in der die Herausforderung unseres Volkes durch die Kanzlerkandidatur von Strauß nicht einmal erwähnt wird, geschweige denn, daß ihr entgegengetreten würde. So hat der Dortmunder Parteitag selbst den schlagenden Beweis geführt, daß es im Hinblick auf die Bundestagswahl, angesichts des Vorstoßes der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, der sich mit der Person und dem Programm von Strauß verbindet, tatsächlich nur eine wirkliche Alternative gibt — die VOLKSFRONT.

Das heißt natürlich nicht, daß uns die weitere Entwicklung der Grünen gleichgültig wäre. Und wir würden es selbstverständlich begrüßen, wenn sich bei einzelnen Gruppierungen die Erkenntnis durchsetzt, daß es — im Sinne der oben erwähnten Erklärung des Parteivorstands — notwendig ist, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus aktiv zu unterstützen, gerade auch im Hinblick auf die Kanzlerkandidatur von Strauß. Ähnliches gilt auch für den Friedenskampf. Hier hat der Dortmunder Parteitag einen der wenigen positiven Akzente gesetzt. Trotz vieler unklarer und auch falscher Vorstellungen in diesem Bereich bleibt immerhin die Tatsache, daß die Grünen etwa für den Abzug der Besatzertruppen und gegen die sogenannte Nachrüstung der NATO eintreten. Spätestens am diesjährigen Antikriegstag wird sich zeigen, inwieweit sich das auch in konkretes Handeln umsetzt.

Detlef Schneider

Widersprüche in der SPD-Fraktion Gesetzesvorlage zur Kriegsdienstverweigerung gescheitert

BONN. — Nach dem Willen von SPD-Fraktionschef Wehner sollte in der vergangenen Woche die Vorlage für ein neues Gesetz über Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst im Bundestag eingebracht werden. Überraschend scheiterte Wehner damit jedoch in der eigenen Fraktion.

Der Entwurf sah zum einen vor, die berüchtigte „Gewissensprüfung“ für Kriegsdienstverweigerer abzuändern. Es sollte nicht mehr in jedem Fall eine Befragung des Verweigerers vor einem Ausschuss erfolgen. Vielmehr wurde die Möglichkeit eingeräumt, das Gewissen eines Verweigerers auch per Aktenstudium zu erforschen. Zum anderen wollte der Entwurf die Ersatzdienstzeit von jetzt 15 auf 16 Monate erhöhen.

Dagegen bildete sich eine Opposition in der SPD-Fraktion, die den Entwurf mit 64 gegen 63 Stimmen knapp zu Fall brachte. Wie der Wortführer der Opposition, der Abgeordnete Egon Lutz, erklärte, waren grundsätzliche Bedenken gegen die „Gewissensprüfung“ der wesentliche Grund für die Ablehnung des Antrags. Eine solche Prüfung führe zu einer unannehmbaren Gesinnungsschnüffelei.

Darin kann man Lutz nur recht geben. Denn tatsächlich lassen sich die Verfahren vor den Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer nur mit der mittelalterlichen Inquisition

vergleichen. Dennoch setzt sich auch die Gruppe um Lutz nicht etwa uneingeschränkt für das in der Verfassung garantierte Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein (im Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes heißt es eindeutig: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“). Der Gegenvorschlag dieser Gruppe sieht nämlich vor, daß die Verweigerer für ihre Entscheidung, nicht zur Bundeswehr zu gehen, empfindlich bestraft werden. Denn nach ihrer Auffassung soll der Ersatzdienst gleich auf 18 Monate verlängert werden — damit würde er drei Monate länger dauern als der Dienst bei der Bundeswehr.

So stellen sowohl die Pläne von Wehner wie auch die der Gruppe um Lutz Kompromisse an den harten Kurs der Strauß-Partei dar (die fordert Beibehaltung der „Gewissensprüfung“ und Verlängerung des Ersatzdienstes auf 18 Monate). Und beide Pläne beinhalten nach wie vor eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Wieder einmal war es „Notwehr“

Kein Schadensersatz für Polizeiopfer

ROSENHEIM. — Der Elektriker Heinrich Thauer klagt gegen den Freistaat Bayern auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Vor drei Jahren wurde er von einem Polizeikommando zusammengeschossen und fast ums Leben gebracht. Die bayrische Justiz aber sieht im Verhalten dieses Kommandos nichts Rechtswidriges.

Thauer war zur fraglichen Zeit mit einem Kleinlastwagen auf dem Weg nach Hause. Kurz vor der Ortschaft Tinning bei Rosenheim wurde er von einem Konvoi von drei Polizeiwagen gestoppt. Zwei Beamte sprangen auf die Straße. Erst kam der Anruf „Aussteigen, Hände hoch“, und unmittelbar darauf fiel ein Schuß. Der Elektriker sackte hinter dem Steuer zusammen. Eine Kugel, abgefeuert aus der Maschinenpistole des Kommissars Alfred Hödl, hatte ihn in den Bauch getroffen.

Eine Woche lang rangen die Ärzte um sein Leben. Als er dann später aus dem Krankenhaus entlassen wurde, war seine Gesundheit für immer ruiniert. 30 Prozent Erwerbsunfähigkeit mußten ihm bescheinigt werden.

Für den Kommissar Hödl dagegen hatte dieser Vorfall, bei dem er beinahe einen Menschen erschossen hatte, keinerlei Folgen. Ja, es wurde nicht einmal ein Verfahren gegen ihn eröffnet. Denn obwohl sein Opfer völlig unbescholten war, wurde es vom Münchner Oberlandesgericht zum „Anscheinstörer“ erklärt. Und Hödl — so das Gericht — habe in „vermeintlicher Notwehr“ geschossen.

Die Umstände dieses Falls machen deutlich, wie schnell ein Werkträger in diesem Land zum „Störer“ werden kann — und damit automatisch zum Freiwild für eine schießwütige Polizei. Als Thauer zusammengeschossen wurde, lief die reaktionäre Hetzkampagne anläß-

lich der Schleyer-Entführung. Allerorten wurden die Menschen in diesem Land dazu aufgefordert, ihre Nachbarn zu bespitzeln und „Verdächtige“ an die Polizei mitzuteilen. So geschah es auch Heinrich Thauer. Als er in jener Nacht eine kleine Reparatur an seinem Lastwagen vornahm, erschien das einem Anwohner verdächtig. Es erfolgte ein Anruf bei der Polizei. Dort stellte man fest, daß der Wagen als gestohlen gemeldet worden war. Tatsächlich hatte Thauer im Jahre 1973 den Diebstahl des Wagens angezeigt. Er war jedoch wenig später wieder aufgefunden worden. Die Polizei hatte es dann vergessen, die Fahndungsmeldung nach dem Wagen im Computer zu löschen.

All das genügte also, um ein bewaffnetes Kommando auf den Elektriker zu hetzen. Und als er dann nach dem Anruf der Polizeibeamten den Motor ausstellen wollte, fiel der fast tödliche Schuß. Und wieder einmal — wie es in diesem Land schon so oft geschehen ist — konnte der Schütze vor Gericht ungestraft erzählen, er habe geglaubt, sein Opfer hätte eine Waffe ziehen wollen. Das Gericht bescheinigte ihm nicht nur die „vermeintliche Notwehr“, sondern gestand ihm auch eine „erhöhte Sensibilisierung“ wegen der Schleyer-Entführung zu.

Ganze 15 000 Mark wurden dem Elektriker für alle Spätfolgen des Bauchschusses in einem Vergleich angeboten. Dieses Almosen lehnte Thauer allerdings ab.



Mit Wasserwerfern gegen Radfahrer

FRANKFURT. — Mit Schlagstöcken, der „Chemischen Keule“ und Wasserwerfern ging die Frankfurter Polizei in der letzten Woche gegen eine Demonstration von Radfahrern vor. 56 Teilnehmer wurden festgenommen. Die Demonstranten hatten den Auftakt der Tour de France benutzt um auf die Interessen der Radfahrer hinzuweisen. Sie wandten sich unter

anderem dagegen, daß aus der Tour de France ein „Millionenspektakel“ gemacht worden sei, während für die Radfahrer und den Schutz der Radfahrer in Frankfurt so gut wie nichts getan würde. Frankfurt ist „eine der radfahrfeindlichsten Städte der Bundesrepublik“, hieß es in einer Erklärung der Demonstranten.

Beleidigungsklage gegen die VOLKSFRONT

Strauß vor Gericht abgeblitzt

MANNHEIM. — Wie der Mannheimer Kreisvorstand der VOLKSFRONT mitteilt, ist der CSU-Boß Strauß mit einer Beleidigungsklage gegen Bert Holzer, den presserechtlichen Verantwortlichen eines Flugblatts der VOLKSFRONT, vorläufig gescheitert. Das Mannheimer Amtsgericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.

Bei dem Flugblatt handelte es sich um einen Aufruf zu der Demonstration, die am 8. Dezember anläßlich des NPD-Bundestags in Ketsch durchgeführt wurde. Das Flugblatt warnt vor der Gefahr, die von der NPD und ähnlichen braunen Gruppierungen ausgeht, und fordert das Verbot aller faschistischen Organisationen. In Bezug auf den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien wird festgestellt: „Strauß hat bereits 1970 in einem vertrauten Kreis gesagt: ‚Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind — mit Hilfspolizei darf man nicht zimperlich sein.‘“ (Zitiert nach ‚Spiegel‘ Nr. 12/1970). Damit hat er sein Verhältnis zu offen faschistischen Gruppen wieder einmal klar definiert. Die Antifaschisten sollten nicht den Fehler machen, diese Hilfspolizei, weil sie den Hitler-Faschisten am ähnlichsten sind, für die faschistische Gefahr zu halten. Zweifellos müssen die NPD und andere offen faschistische Organisationen bekämpft werden, wie jetzt am 8./9. Dezember in Ketsch, aber weit gefährlicher als diese Hilfspolizei ist doch ihr Meister selbst.“

Das Flugblatt rief in seinem letzten Absatz unter der Überschrift „Ein neues 33 darf es nicht geben!“ alle antifaschistischen Kräfte zum einheitlichen Widerstand auf und schloß mit mehreren Parolen, darunter auch „Stoppt Strauß!“ und „Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden!“ Durch die hervorgehobenen Passagen fühlte sich Strauß beleidigt. Er ließ seine Rechtsabteilung in Aktion treten, und die Mannheimer Staatsanwaltschaft leitete gegen Bert Holzer eine Anklage wegen Beleidigung ein.

Noch bevor die VOLKSFRONT diesen neuen Fall der Verfolgung von Antifaschisten durch Strauß bekanntmachen konnte, gab das Amtsgericht Mannheim dem Antrag des Verteidigers von Bert Holzer statt und stellte das Verfahren

ein. In der Begründung des Beschlusses wird festgestellt: „Das beanstandete Flugblatt, in welchem der bayrische Ministerpräsident Dr. h.c. Franz Josef Strauß in die geistige Nähe politisch extrem rechter Gruppierungen gebracht wird, stellt keine rechtswidrige Beleidigung dar.“

Die Begründung setzt sich zwar nicht inhaltlich mit den im VOLKSFRONT-Flugblatt dargestellten Tatsachen über die Verbindung von Strauß zu neofaschistischen Banden auseinander, Strauß wird auch zugestanden, er sei „in seinem politischen Persönlichkeitswert herabgewürdigt und in seiner Ehre verletzt“ worden. Dennoch wird herausgehoben, daß der freien Meinungsäußerung dem gegenüber Vorrang eingeräumt werden müsse:

„Bei der Auslegung von § 193 StGB und seiner Anwendung auf Äußerungen, die unter dem Gesichtspunkt des § 185 StGB relevant sind, kommt dem durch Artikel 5 I GG geschützten Grundrecht der Meinungsfreiheit dann bestimmende Bedeutung zu, wenn — wie hier — Gesichtspunkte der öffentlichen Meinungsbildung eine Rolle spielen, das heißt allgemein interessierende politische Fragen aufwerfen, zumal, wenn sie im Zusammenhang mit aktuellen Anlässen stehen, wie dem NPD-Parteitag. Im politischen Meinungskampf sind Übertreibungen und verallgemeinernde Kennzeichnungen des Gegners ebenso hinzunehmen, wie scharfe, drastische und taktlose Formulierungen. Da im politischen Meinungskampf in den letzten Jahren eine zunehmende Verhärtung der Standpunkte, verbunden mit oft gegenseitiger Diffamierung festzustellen ist, bleibt nicht aus, daß sich politische Kritik häufig an den Grenzen des Vertretbaren bewegt.“ (Aktenzeichen 26 Ds 66/80)

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat inzwischen gegen den Gerichtsbeschluss Beschwerde eingelegt, wobei auch Strauß seine Zulassung als Nebenkläger beantragte.

Strauß-Broschüre der VOLKSFRONT erschieden

„Stoppt Strauß“ — unter diesem programmatischen Titel hat die VOLKSFRONT jetzt eine Broschüre über den Kanzlerkandidaten Strauß veröffentlicht. Sie wird eingeleitet mit der Rede, die Eike Hemmer, der Vorsitzende der VOLKSFRONT, auf dem Dortmunder Kongreß gegen Reaktion und Faschismus gehalten hat.

Besonders ausführlich geht die Broschüre auf die Verbindung des CSU-Chefs zum Finanzkapital ein. Weitere Schwerpunkte sind die Verwicklungen von Strauß in Korruptionsaffären und seine Allianz mit Faschisten im In- und Ausland.

Die Broschüre hat 40 Seiten, ist reich bebildert und kostet



1,50 Mark. Bestellungen an den Zentralen Vorstand der VOLKSFRONT, Michaelstr. 18, 4300 Essen 1.

VOLKSFRONT organisiert Solidarität mit Erdal Eren

PFORZHEIM. — Erfolgreiche Aktivitäten zur Solidarität mit dem türkischen Jugendlichen Erdal Eren, den ein Militärgericht in Ankara mit der Todesstrafe bedroht, führte der Kreisverband Karlsruhe der VOLKSFRONT in Pforzheim durch.

Die Kollegen stellten in der Innenstadt einen Informationsstand auf, mit Flugblättern und vielen Einzelgesprächen wurde für eine Solidaritätsveranstaltung geworben. Zu dieser Veranstaltung kamen dann auch sieben interessierte Besucher, von denen sich die meisten bereit erklärten, für die Freilassung von Erdal Eren aktiv zu werden.

Gelegenheit dazu gab es schon am nächsten Tag. In der

Hebelschule war Schulfest; die Polit-Rock-Gruppe Rotglut spielte auf, und über 600 Besucher drängten sich in der Turnhalle. Der Bundestagskandidat der VOLKSFRONT bekam Gelegenheit, den Fall Erdal Eren darzustellen. Die Schulfestbesucher hörten seinem Aufruf zur Solidarität aufmerksam zu. Und wie gut dieser Aufruf angekommen war, merkte man dann später: 156 Unterschriften für die Freilassung von Erdal wurden gesammelt. Dieser Erfolg hatte seine Ursache nicht zuletzt darin, daß sich auch die Teilnehmer der VOLKSFRONT-Veranstaltung vom Vortag aktiv an der Unterschriftensammlung beteiligten.

Raumverbot für Anti-Strauß-Kongreß

BONN. — Anläßlich des Kongresses „Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von F.J. Strauß“, der am Wochenende in Bonn stattfand, wollten die Fachschaftsleiter der Universität eine Podiumsdiskussion in einem Hörsaal durchführen.

Der Rektor der Universität, Prof. Hans-Jacob Krümmel, lehnte die Vergabe eines Hörsaals jedoch mit der Begrün-

dung ab, die Veranstaltung sei „unmittelbar den Kontroversen des Bundestagswahlkampfes gewidmet.“ Dieser Vorstoß von Krümmel ist eine Zensurmaßnahme gegen eine demokratische Wissenschaft und reiht sich ein in die überall betriebenen Bemühungen, den Kampf gegen Strauß auf dem Justiz- oder Verwaltungsweg zu behindern.

Spendet für die Volksfront GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

N.R., Düsseldorf	DM	200,-
K.B., Bochum		300,-
LBV HH-Untereibe		6000,-
R.u.W.W., Essen		100,-
Zelle Hagen		700,-
LBV Ruhrgebiet		5600,-
A.B., Dortmund		150,-
Zelle Schüren, Dortmund		600,-
Ortszelle Witten		600,-
KPD Witten		1000,-
KPD Rheinland		2000,-

insgesamt DM 17 250,-
Stand der Spendenkampagne am 27.6. DM 35 492,97

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Im „Volksecho“ Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400 000 Mark für die VOLKSFRONT zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt! Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420-467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Kampfaktionen der Journalisten

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Die Kampfmaßnahmen zahlreicher Redakteure und Volontäre am 12. Juni im gesamten Bundesgebiet gegen die Politik der Verleger von Tageszeitungen haben einen besonderen Stellenwert. Es läßt sich in der bundesdeutschen Nachkriegszeit kein Beispiel für eine ähnliche Aktion von Redakteuren finden. Zudem ging es vielen Kollegen um mehr, als nur eine feste Arbeitszeitregelung für ihren Berufsstand zu erreichen. Die Aktionen hatten einen klaren politischen Hintergrund. Ich möchte Euch deshalb möglichst kurz die Hintergründe der Kampfmaßnahmen erläutern.

Die Forderung nach geregelter Arbeitszeit besteht unter vielen Journalisten schon seit geraumer Zeit. Ein wesentlicher Hinderungsgrund, weshalb die Journalisten bislang ihren Anspruch nicht durchsetzen konnten, lag in dem unter vielen Kollegen noch verankerten Standesdünkel. Man wolle, diesem Argument könnt ihr auch heute noch oft begegnen, nicht durch eine Stechuhr kontrolliert werden. Dies

widerspreche dem Anspruch und Privileg der Journalisten, kreativ tätig zu sein.

Vor allem in den vergangenen Jahren hat sich diese Einstellung bei vielen Kollegen geändert. Dazu tragen besonders die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der BRD bei, aber auch die immer unzumutbaren Arbeitsbedingungen, denen Journalisten ausgesetzt sind. Vor allem unter den jüngeren Kollegen herrscht ein immer breiterer Trend vor, nicht den für Tageszeitungen so typischen „Terminjournalismus“ zu machen, also über offizielle Empfänge, über Vereinsfeste usw. zu berichten, sondern durch kritische Berichte Mißstände anzuprangern. Diese Berichte und Reportagen können jedoch häufig nur durch zig Überstunden bewerkstelligt werden, weil sich kein Kollege den offiziell verordneten Terminen entziehen kann. Es geht also um die Qualität der Berichterstattung, an die immer mehr Kollegen heute den Anspruch stellen, die Zeitung als kritisches Regulativ einzusetzen.

Dies hat natürlich seine Grenzen in der Funktion, die die bürgerliche Presse in unserem System versteht, und nur zu häufig kommen die Kollegen in große Schwierigkeiten, wenn sie versuchen, diese Grenzen auszudehnen oder gar sie zu überspringen. Das Thema der inneren Pressefreiheit ist also eng verknüpft mit der Frage der geregelten Arbeitszeit.

Sollte es den Journalistenverbänden gelingen, den Schritt zur geregelten Arbeitszeit in den MTV-Verhandlungen durchzusetzen, hieße das für die Verlage, daß sie ihre Stellenpläne mindestens um zehn Prozent erweitern müßten. Denn heute ist es gang und gäbe, den „Idealismus“ der Journalisten mit ins planerische Kalkül einzubeziehen. Sprich: Die Verleger veranschlagen für den großen Teil der Journalisten eine 60-Stunden-Woche. Andererseits wird die Arbeitsbelastung ständig größer. Die Scheidungsraten bei Journalisten sind enorm, ebenso der Alkoholkonsum. Nach den

Gastwirten stehen die Journalisten an zweiter Stelle der Skala der Sterblichkeit. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt etwa bei 50 Jahren.

Nun zu den Aktionen der Journalisten. Seit langer Zeit gingen erstmals sowohl die im Deutschen Journalistenverband wie die in der IG Druck und Papier organisierten Journalisten gemeinsam vor, trugen Kampfmaßnahmen gemeinsam. Das begann mit einer Flut von Telegrammen und Briefen an die Tarifkommission in den Morgenstunden und einem Go-In von rund 20 Kollegen in das Sitzungszimmer der Verhandlungsrunde. Hatten die Verleger diese Aktionen noch mit einem weinenden und einem lachenden Auge über sich ergehen lassen, gerieten sie sichtlich aus dem Fahrwasser, als die Meldungen aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland kamen, daß Journalisten entweder für einige Stunden die Arbeit niedergelegt hätten oder einfach früher nach Hause gegangen waren und so die Zeitungen nur im verringerten Umfang erscheinen konnten.

zu kümmern, der Druck auf eine gesetzliche Regelung, die die innere Pressefreiheit regelt, würde enorm wachsen.

Nun zu den Aktionen der Journalisten. Seit langer Zeit gingen erstmals sowohl die im Deutschen Journalistenverband wie die in der IG Druck und Papier organisierten Journalisten gemeinsam vor, trugen Kampfmaßnahmen gemeinsam.

Das begann mit einer Flut von Telegrammen und Briefen an die Tarifkommission in den Morgenstunden und einem Go-In von rund 20 Kollegen in das Sitzungszimmer der Verhandlungsrunde. Hatten die Verleger diese Aktionen noch mit einem weinenden und einem lachenden Auge über sich ergehen lassen, gerieten sie sichtlich aus dem Fahrwasser, als die Meldungen aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland kamen, daß Journalisten entweder für einige Stunden die Arbeit niedergelegt hätten oder einfach früher nach Hause gegangen waren und so die Zeitungen nur im verringerten Umfang erscheinen konnten.

Zu der Tarifverhandlung nach der Mittagspause kamen die Verleger mit dreistündiger Verspätung. Sie erklärten sich nicht in der Lage, weiter zu verhandeln, da sie angesichts der vollkommen neuen Situa-

tion erst mit ihren Verlegerkollegen zusammentreffen müßten. Deshalb wurde die Verhandlung auf den 2. Juli vertagt.

Die IG Druck und Papier geht davon aus, daß die Verleger am 2. Juli erstmals ein Angebot vorlegen werden, das keine großzügige Freizeitregelung, sondern eine Arbeitszeitregelung enthält. Sollte dies das Ergebnis der Proteste vom 12. Juni sein, müßte das Ergebnis schon unter diesem Gesichtspunkt als großer Erfolg gewertet werden. In zahlreichen Betrieben ist eine starke gewerkschaftliche Bewegung unter den Journalisten entstanden. Sicherlich muß auch als besonders positiv gewertet werden, daß der Hauptvorstand der IG Druck und Papier ankündigte, daß auch die Technik in den Zeitungsverlagen mit in Kampfaktionen einbezogen würde, sollten die Verleger am 2. Juli kein akzeptables Verhandlungsangebot vorlegen. Sollte es zu einer solchen Solidaritätsaktion der Drucker, Setzer und Metzeure in den Zeitungshäusern kommen, dürfte dies auf Jahre hinaus entscheidenden Einfluß auf die Kämpfe in der Druckindustrie haben. Journalisten, Angestellte und Drucker würden ein Stück enger zusammenrücken.

Streiks an Westberliner Hochschulen

„Erst machen sie die Lehrer krumm, die machen dann die Schüler dumm“

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Angefangen hat es eigentlich schon vor einigen Jahren mit dem Kampf der Studenten gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz. In Westberlin ist in den letzten Monaten immer stärker auch der Kampf gegen die Prüfungspraktiken des Landesprüfungsamtes angewachsen. Denn in ihren Versuchen, insbesondere das Lehrstudium rigoros den veränderten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen anzupassen, stoßen die Vertreter des Staates natürlich auf den Widerstand derjenigen, die da zu staatstreuen Duckmäusern und Fachidioten gemacht werden sollen.

Aber die gemeinsamen Aktionstage von Studenten und fortschrittlichen Dozenten im

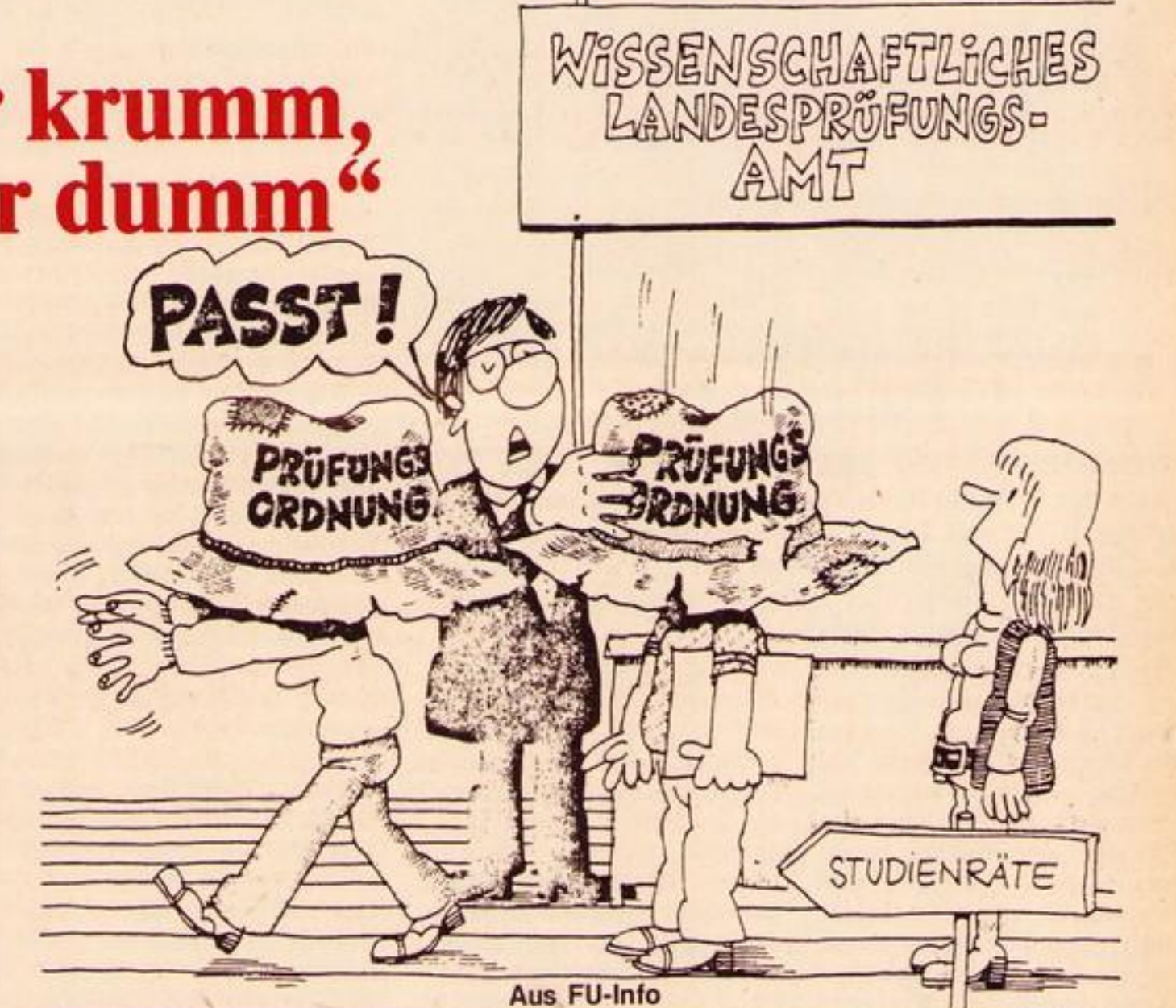
April brachten kein Ergebnis. Im Gegenteil, die zuständigen Senatoren Glotz (SPD) und Rasch (FDP) führten die Betroffenen an der Nase herum, und Rasch erließ drei Tage nach den Aktionen eine neue Rechtsverordnung, die die übelsten Prüfungspraktiken des Prüfungsamtes legalisieren sollen. Die Verordnung beinhaltet unter anderem: Meldung zum Examen nach dem 8. Semester (zur Zeit ungefähr nach dem 12. Semester); erhöhte Wochenstundenzahl im Semester (etwa 60 Stunden); Verbot von Gruppenarbeiten; endgültige Entscheidung über die Examensnoten und -noten soll durch die Staatsprüfer erfolgen.

Doch da war das Maß voll. Die studentische Vollver-

sammlung der Freien Universität empfahl den Streik.

Für uns Rotgardisten wie für alle anderen fortschrittlichen Kommilitonen war klar: Wer sich jetzt nicht wehrt, der lebt wirklich verkehrt! Wir halfen bei der Organisation von Urabstimmungen und Vollversammlungen und beteiligten uns aktiv an den Streikversammlungen. Die Rote Garde verteilte ein Flugblatt, das zur Ausweitung des Streiks aufruft. Inzwischen ist der Streik zwar in einigen Fachbereichen ausgesetzt, dafür aber auf andere ausgedehnt worden.

Am 19. Juni fand eine Demonstration zum Schulsenat statt, an der sich ungefähr 1.500 Studenten beteiligten. Unsere



Aus FU-Info

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Die Flucht in ne Alternative, cheren Unter - diotie, Duck- horror, Ner- wir for- und Fachbe- eindeutig ge- verordnung den Streik in dern!



die Seminare ist kei- sie führt in den si- gang: Streß, Fachi- mäusertum, Prüfungs- venzusammenbruch. dern die Dozenten r ichsräte auf, sich gen die gesamte Rechts- von Rasch zu wenden und keiner Weise zu behin-

DEMONSTRATION

DONNERSTAG, D. 19.6. UM 17 UHR

TREFFPUNKT: WLPA, HARDENBERGSTR.

ROTE GARDE HOCHSCHULGRUPPEN

JUGENDORGANISATION DER KPD/NL



Aus einem RG-Flugblatt

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kolumbiens (Marxisten-Leninisten)

Dortmund, 8. Februar 1980

Liebe Genossen,
mit Freude sendet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten Euch und Eurer Partei die herzlichsten brüderlichen Kampfesgrüße zur Abhaltung des XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten und wünscht diesem Parteitag vollen Erfolg. Wir sind sicher, daß dieser Parteitag mit seinen im Geist des Marxismus-Leninismus gefaßten Beschlüssen die Arbeit Eurer Partei auf nationaler und internationaler Ebene weiter vorantreiben wird und dem Proletariat und dem Volk Kolumbiens helfen wird, neue Erfolge in ihrem Kampf für die nationale und soziale Befreiung des Landes unter Führung Eurer Partei zu erringen.

Eure Partei blickt bei diesem Parteitag auf eine Reihe von stolzen Siegen im Kampf für die Verteidigung der Interessen des kolumbianischen Proletariats, im bewaffneten Kampf für die Befreiung des Volkes, im Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und die Entlarvung des modernen Revisionismus aller Schattierungen einschließlich des chinesischen und der antimarxistischen Mao-Tse-tung-Ideen. Die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten hat sich im Kampf gegen die Oligarchie des Landes mit den Massen verbunden und bei ihnen Achtung und Vertrauen erworben. Ebenso genießt sie die solidarische Unterstützung und Sympathie der marxistisch-leninistischen Bruderparteien und der revolutionären Arbeiter in der Welt. Mit ihrem konsequenten Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Reaktion und Revisionismus leistet die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten auch einen wichtigen Beitrag für die Revolution im Weltmaßstab und die Befreiungskämpfe aller Völker. Die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten ist eine kampferprobte Abteilung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, und sie arbeitet unermüdlich für die Festigung ihrer Einheit auf prinzipienfesten Grundlagen.

Bei dieser Gelegenheit versichern wir Euch erneut die stetige Solidarität unserer Partei. Mögen sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus im gemeinsamen Kampf für das große Ideal des Sozialismus und Kommunismus immer mehr festigen.

Wir wünschen Euch noch einmal neue, größere Erfolge im Kampf für den Sieg der kolumbianischen Revolution. Im vereinten Kampf werden wir siegen!

Es lebe die Kommunistische Partei Kolumbiens/
Marxisten-Leninisten

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Kolumbiens (M-L) erfolgreich abgeschlossen!

In seiner Aprilausgabe meldet „Revolucion“, Zentralorgan der KP Kolumbiens (M-L), den erfolgreichen Abschluß des XI. Parteitags der kolumbianischen Bruderpartei. Vor diesem Parteitag stand die große Aufgabe, die Erfahrungen und Fortschritte der Parteiarbeit seit 1965, dem Datum des X. Parteitags, aufzuarbeiten und die Partei für den weiteren Kampf unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Krise zu rüsten, was ihm gelang.

Der Parteitag, der von allen Mitgliedern der Partei in den Betrieben, auf dem Lande und innerhalb der Befreiungsarmee ausführlich vorbereitet worden war, bestätigte die feste Einheit und Geschlossenheit der kolumbianischen Bruderpartei. In den abschließend veröffentlichten Dokumenten heißt es unter anderem, daß dies ein klarer Beweis dafür sei, daß es innerhalb der Partei nicht mehrere

Linien und Zentren gäbe, sondern nur eine Politik und eine Führung im Kampf um die volksdemokratische nationale Revolution auf dem Wege zum Sozialismus.

Der Parteitag betonte einmütig, daß die Hindernisse, die trotz aller Erfolge aufgetreten waren im Kampf gegen Imperialismus und Oligarchie, auf den schädlichen Einfluß des maoistischen Revisionismus zu-

rückzuführen seien. Hatte die Partei im Jahre 1965 in aller Klarheit mit dem sowjetischen Revisionismus gebrochen und die Opportunisten aus der Partei gesäubert, so hatte sie dennoch immer noch revisionistische — nämlich maoistische — Einflüsse in ihren Reihen, die erst in einem langen und tiefgehenden Kampf besiegt werden mußten.

Unter diese Auseinandersetzung zog jetzt der XI. Parteitag der KP Kolumbiens (M-L) den endgültigen Schlußstrich, indem er die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen als revisionistische Ideologie brandmarkte und verurteilte. Mit den entsprechenden programmatischen und taktischen Änderungen, die nach der ausführlichen Selbstkritik vorgenommen wurden, legte der Parteitag den Grundstein für einen weiteren großen Aufschwung des revolutionären Befreiungskampfes in Kolumbien. Zum Abschluß ehrte der Parteitag die gefallenen Kämpfer der Partei.

die revisionistische Ideologie, die die Unterdrückung der Völker verewigen soll, gesammelt und dabei große Erfolge erzielt. Insbesondere verurteilen die ekuadorianischen Kommunisten auf ihrem II. Parteitag den chinesischen Revisionismus, die revisionistischen Mao-Tse-tung-Ideen, die auf die Kämpfe der Partei einen schädlichen Einfluß ausübten.

Nachdem der Maoismus ausführlich auf dem Parteitag kritisiert und diese Auseinandersetzung beendet wurde, eine Auseinandersetzung, die in den vorangegangenen Jahren bereits die Festigkeit und Einheit der Partei bewiesen und erhöht hatte, erarbeitete der Parteitag zahlreiche genaue Direktiven, um einen weiteren Aufschwung des revolutionären Kampfes des ekuadorianischen Volkes zu erreichen.

schen Kommunisten, die an der Spitze dieses Kampfes ihr Blut vergossen für die Sache der Freiheit, Unabhängigkeit und des Sozialismus, haben sehr viel zu diesem Aufschwung beigetragen.

Die KP Ekuadors (M-L) hat seit ihrem I. Parteitag auch große Erfahrung im Kampf gegen



„En Marcha“ informiert

II. Parteitag der Kommunistischen Partei Ekuadors erfolgreich abgeschlossen!

QUITO.— „En Marcha“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Ekuadors (M-L), berichtete vor kurzem über den erfolgreichen Abschluß des II. Parteitags der KP Ekuadors (M-L). 16 Jahre nach ihrem Gründungsparteitag faßte die Partei die Erfahrungen dieser an Kampf so reichen Zeitspanne zusammen und faßte die für den weiteren Kampf nötigen Beschlüsse.

Der Kampf der ekuadorianischen Kommunisten, des gesamten Volkes von Ekuador, so unterstreicht „En Marcha“, hat in dieser Zeitspanne einen großen Aufschwung genommen, die Aktionen nehmen immer mehr zu, ihr Charakter wurde militanter, die politische Klarheit größer. Die ekuadoriani-

Japan:

Der 1. Juni im Zeichen der Solidarität mit dem koreanischen Volk!

KP Japans (L) unterstützt breite Aktivitäten

FUKUOKA.— Die diesjährigen Demonstrationen in Japan anläßlich des 1. Juni standen stark im Zeichen der Solidarität mit dem Volksaufstand in Südkorea. Die alljährlichen 1.-Juni-Demonstrationen, die seit 1968 stattfinden, als Jugendliche in einem militanten Kampf gegen das Einlaufen von US-Atomunterseebooten protestierten, wurden in diesem Jahr von der Gewerkschaftsführung und den Reformisten boykottiert, angeblich wegen der gleichzeitigen Wahlen. In Wirklichkeit wollen sie heute die antimilitaristische und antiimperialistische Bewegung der japanischen Jugend abwürgen. Aufgrund der Arbeit der KP Japans (L) demonstrierten trotzdem in Shimonoseki, Fukuoka, Nagasaki, Kumamoto, Oita und Hiroshima rund 10 000 Jugendliche. Dabei versammelten sich die Hälfte der Demonstranten in Fukuoka, das in derselben Provinz liegt wie Sasebo, wo diese Bewegung einst begann. Zahlreiche Funktionäre der Gewerkschaftsjugend betonten auf der Kundgebung in Fukuoka die Notwendigkeit, den Kampf zu verstärken, und kritisierten die Sabotage der Gewerkschaftsführung.



Die Spitze des Demonstrationszuges in Shimonoseki. Die Parolen lauten unter anderem: „Widerstand gegen die japanische Aggression gegen Südkorea!“ und „Nieder mit dem US-japanischen-südkoreanischen Militärpakt!“



Über 5 000 Demonstranten zogen in Schlangenlinien, der traditionellen japanischen Demonstrationsform, durch Fukuoka.



Die werktätige Jugend von Fukuoka während der Demonstration, auf der Losungen gerufen wurden wie „Solidarität mit dem Volk von Südkorea!“ und „Kampf den Kriegstreibern!“ Dies war die größte Demonstration zum 1. Juni 1980, und hier wurde auch beschlossen, für 1981 landesweite Demonstrationen zu organisieren.

Die Tagung der Regierungschefs in Venedig

Gipfel im Zeichen der Krise

Einig gegen unterentwickelte Staaten, Streit hinter den Kulissen

VENEDIG. — Der fünfte sogenannte „Westgipfel“, der die Regierungschefs der sieben stärksten westlichen kapitalistischen Länder vereinte, hatte gegenüber seinen Vorgängern einige Besonderheiten, die durch die gegenwärtige krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern hervorgerufen wurden.

Wie schon beim ersten Gipfel, nach der Ölpreiserhöhung durch die OPEC im Jahre 1974, war auch dieses Mal die Frage der Energiepolitik zentrales Anliegen der Politiker des Monopolkapitals. Darüber hinaus aber war auffällig, daß verschiedene ausdrücklich politische Debatten und Resolutionen geführt bzw. erarbeitet wurden, und daß insbesondere das Thema Energieversorgung der Entwicklungsländer breit behandelt wurde.

So ist deutlich das gemeinsame Bemühen zu spüren, das internationale Ölgeschäft noch stärker unter den Einfluß der Monopole zu bringen. Sowohl zahlreiche Erklärungen, Vorschläge und Projekte zum Thema Recycling der Petrodollars zeigen dies, wie auch die Vorschläge, die den Entwicklungsländern gemacht wurden. Dieses Recycling, dieser Wiedereinführung der an die ölfördernden Staaten bezahlten Abgaben, soll, so wurde dort bekräftigt, über die Beteiligung solcher Staaten wie Saudi-Arabien an westlichen Projekten, über die Integration dieser Gelder in die Verfügungsgewalt der Banken aus USA, Kanada, der Bundesrepublik, Italien Frankreich, Britannien und Japan geschehen. Die gesamte Energieversorgung der sogenannten Entwicklungsländer soll zunehmend in die Hände der von den westlichen Imperialisten, vor allem den nordamerikanischen, gesteuerten Weltbank gelegt werden, die eigens dafür eine neue Filiale eröffnen soll.

War man sich so weit einig, begannen ab diesem Punkt die Differenzen, die allerdings meist nur hinter den Kulissen ausgetragen wurden. So kritisierten die westeuropäischen Teilnehmer mit Ausnahme Britanniens die Ölpolitik der USA und Kanadas, wo der Benzinpreis bis heute mehr als die Hälfte unter dem Westeuropas liegt. Pries der einen Seite Jimmy Carter die USA-Kohle, so betonten Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing die wachsende Notwendigkeit der Atomkraftwerke — jeder pries

an, was die heimische Monopolbourgeoisie gerade besonders gerne verkaufen will.

So war es auch nicht erstaunlich, daß sofort nach Beendigung der Konferenz der Bund der Deutschen Industrie in einer Stellungnahme die Ergebnisse der Konferenz begrüßte und gleichzeitig forderte, jetzt endgültig Schluß zu machen mit Lippenbekenntnissen und endgültig massiv Atomkraftwerke zu installieren. Dem schloß sich auch Elmar Pieroth, Sprecher des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU, an.

in allen diesen Staaten Angriffe auf den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung in breitem Ausmaß gestartet werden. Dabei ist heute schon deutlich, daß seit dem letzten Jahr, als sich in einigen der beteiligten Staaten bereits Krisenerscheinungen aktueller Art zeigten, die Werktätigen dieser Staaten zunehmend ausgeplündert werden. Seit dem letzten Gipfel stieg in allen Staaten mit Ausnahme der Bundesrepublik in der offiziellen Statistik die Zahl der Arbeitslosen. So stieg die Quote der Arbeitslosen in



Ein einträchtiges Bild, das täuscht. Hinter den Kulissen wurde ein heftiger Kampf ausgetragen.

Während auf der Konferenz papierene Erklärungen über den freien Welthandel abgefaßt wurden, beschäftigten sich in Wirklichkeit heute in ausnahmslos allen diesen Ländern die verschiedenen Ministerialapparate mit der Ausarbeitung von Vorschriften, die der immer lauter werdenden Forderung nach Einfuhrbeschränkungen, Zollerhöhungen usw. nachkommen sollen.

Einigkeit herrschte unter den Regierungschefs ebenfalls darüber, daß alle teilnehmenden Staaten rigorose Sparmaßnahmen ergreifen müßten, die zugunsten von Investitionen Gelder freisetzen sollen. Nach dem Modus verschiedener Sparprogramme in konservativen Staaten der europäischen Gemeinschaft sollen nun

den USA von 6,1 auf 7,1 Prozent, in Frankreich von 5,9 auf 6,8 Prozent, in Britannien von 5,4 auf 6,0 Prozent, in Italien von 7,8 auf 8,2 Prozent.

Berücksichtigt man die verschiedenen bekannten Maßnahmen zur Beschönigung dieser Zahlen, kommt man insgesamt zum Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit in allen Ländern stieg. Die Zahl der Arbeitslosen in diesen Ländern nahm um rund 1,2 Millionen zu — innerhalb von zwölf Monaten. Heute, wo in Italien, den USA und Britannien neue Wellen von Massenentlassungen bereits begonnen haben, wo in der westdeutschen Auto- und Stahlindustrie offen über Entlassungspläne geredet wird, ist die weitere Vertiefung der Krise bereits abzusehen.

Ebenso ist die Teuerung in

allen Ländern der Venedig-Konferenz stark angestiegen. Ausgehend von einem Preisniveau von 1975 gleich 100, betrugen die Teuerungsraten 1979 und im März 1980 jeweils: in den USA 129,8 und 148,8, in Japan 125 und 134,6, in der Bundesrepublik 114,2 und 120,8, in Frankreich 139,4 und 158,4, in Britannien 155,9 und 187,4, in Italien 172 und 208,6.

Mit Inflation und Arbeitslosigkeit für die arbeitende Bevölkerung ihrer Länder wollen also die Regierungen der großen kapitalistischen Staaten den Profiten der herrschenden finanzkapitalistischen Klasse zu Hilfe eilen. Gegenseitige Vorwürfe, vor allem an die Japaner gerichtet, über Exportoffensiven zeigen aber auch hier, daß über die Maßnahmen auf Kosten der werktätigen Bevölkerung hinaus keine Einigkeit besteht.

Wichtigstes politisches Ereignis der Konferenz ist die

34. RGW-Tagung

Die kapitalistische Krise hat auch die scheinsozialistischen Länder Osteuropas erfaßt

PRAG. — Ganz ähnliche Töne wie einige Tage später beim Westgipfel in Venedig gab es auch bei der diesjährigen Tagung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu hören. Zwar mit sehr viel sozialistischer Phrase verkleidet, in Wirklichkeit aber genauso arbeiterfeindlich wurden dort Debatten um den gemeinsamen, von Moskau diktierten Plan für die Jahre bis 1985 geführt.

Obwohl in den zahlreichen Statistiken, die in Prag veröffentlicht wurden, stets großartig betont wurde, man habe über 600 Millionen Tonnen Erdöl und fast 800 Millionen Tonnen Steinkohle und Anthrazit gefördert, wurde andererseits im gleichen Atemzug die Energieknappheit als Grund für immer offener wirtschaftliche Schwierigkeiten genannt. Tatsache ist, daß auch die RGW-Staaten versuchen, ihre krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu retten.

Ohne die DDR haben diese Länder im letzten Planjahr fünf im Durchschnitt einen nichterfüllten Plan von rund 20 Prozent zu verzeichnen gehabt. Dreimal erhöhte die UdSSR, Hauptlieferant für Erdöl dieser Staaten, in diesem Zeitraum die Erdölpreise, zweimal wurden die zugeleiteten Mengen beschnitten.

Mit immer offeneren kapitalistischen Methoden versuchen die RGW-Länder, den Werktätigen die Lasten der Krise aufzuhalten. Liest man die offiziellen Kommentare und Berichte in der Presse der revisionistischen Parteien an der Macht, so gibt es in allen diesen Ländern nur faule Arbeiter. Leistungslöhne und Akkordsysteme sind heute Trumpf. In den Ländern, die bereits stärker von der Krise erfaßt sind, wird auch offen mit Entlassungen und Lohnkürzungen gedroht. Nach Ungarn will jetzt auch Rumänien eine Reihe von Betrieben stilllegen, weil sie keinen Gewinn bringen.

Nach Ungarn und Rumänien hat jetzt auch Polen beschlossen, eine Reihe von Musterbetrieben aus dem staatlichen Außenhandel herauszunehmen und so zu selbstständigen Einheiten auf dem Weltmarkt zu machen. So wird also das wirtschaftliche Interesse immer offener nicht mehr davon bestimmt, welche Güter benötigt werden, sondern welcher Betrieb welche Waren möglichst gewinnbringend verkaufen kann. Naturgemäß wird dadurch die Tendenz wesentlich beschleunigt und verstärkt, die Wirtschaftspolitik immer mehr dem Interesse der stärksten Betriebe unterzuordnen, wie es auch im Westen mit den Interessen der großen Monopole ist.

Im neuen gemeinsamen Fünfjahrplan, so betonte Kossygin zu Beginn der Tagung, müsse vor allem der gesamte petrochemische und elektronische Bereich noch mehr „vereinheit-

licht“ werden. Das heißt, daß die Industrien der anderen Länder noch stärker für die Pläne der UdSSR zu arbeiten haben werden. Die osteuropäischen Werften zum Beispiel hatten bereits in den letzten fünf Jahren rund 40 Prozent der neuen sowjetischen Schiffe gebaut, und fast jede sechste in der UdSSR eingesetzte Maschine kam aus den RGW-Ländern, zum Billigtarif für Moskau.

An diesen kapitalistischen Praktiken bereichern sich neben der neuen Kapitalistenklasse der Sowjetunion auch die neuen Herren der Länder der früheren Volksdemokratien. Während die Angehörigen der herrschenden Klassen in den meisten Ländern des RGW noch in ihren Spezialläden zu Preisen von 1960 einkaufen, während sich in der UdSSR einige tausend Betriebsleiter großer Werke in den letzten fünf Jahren die horrenden Summen von mehr als 48 Milliarden Mark in die Taschen stecken, wird die Lage für die Bevölkerung immer schlechter.

Aber auch untereinander wachsen die Differenzen dieser Staaten mit ihrer kapitalistischen Wirtschaft. Gab es bereits im letzten Jahr den Eklat mit der Verpflichtung von Osttouristen auf westliche Devisen für den Benzinkauf in Rumänien, so wurde erst in den letzten Tagen eine neue Meldung über Zwangsumtausch zwischen Polen und der DDR bekannt. Mit solchen Maßnahmen versuchen die einzelnen RGW-Länder, auf Kosten des sogenannten Bruderlandes ihre eigene Zahlungsbilanz zu verbessern, die Auslandsschulden zu senken.

Denn die meisten der RGW-Länder haben hohe Schulden an die westlichen Kapitalisten, die so zunehmend Einfluß auf den wirtschaftlichen Verlauf in diesen Staaten nehmen können. Erst vor kurzem, auf dem Höhepunkt der sogenannten Afghanistan-Krise, als die USA mit einem Embargo gegen die UdSSR drohten, bewilligte Rockefeller's Chase Manhattan Bank dem ungarischen Staat einen weiteren Kredit von 400 Millionen Dollar.

Auf diese Weise, unter dem Moskauer Diktat, dem westlichen wirtschaftlichen Druck und der Profitgier der neuen Kapitalisten, geraten die Länder des RGW immer tiefer in den Sog der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus. Die gleiche Situation also in Prag wie in Venedig.

Panik in Italien

Jeden Tag neue Massenentlassungen

Alle Branchen von der Krise erfaßt

ROM. — Die italienischen Zeitungen meldeten in der letzten Juniwoche im ganzen Lande Hamsterkäufe und spontane Menschenansammlungen in zahlreichen Städten. Der Grund: Allein innerhalb eines Tages wurde die Entlassung von 50 000 Arbeitern aus zwei Großbetrieben angekündigt.

Am Montag, den 23. Juni gab der Chemiekonzern SIR bekannt, daß er seinen 30 000 Arbeitern den Juni-lohn nicht mehr bezahlen könne und zum Monatsende schließen müsse. Vor einem dreiviertel Jahr hatte ein Konsortium italienischer Großbanken die Oberaufsicht über diesen Betrieb übernommen. Jetzt gab das Management die Tatsache an die Öffentlichkeit, daß diese Banken die versprochenen Zahlungen nicht geleistet haben. Eiskalt vernichten die römisch-mailändischen Finanzkönige einen großen Betrieb, 30 000 Arbeitsplätze, weil es für sie rentabel erscheint, ihr Kapital anderswo zu investieren. Jetzt sollen abermals staatliche Hil-

fen in Anspruch genommen werden, wie schon vor einem Jahr, um wenigstens einen Teil der Arbeitsplätze zu retten.

Nur einen Tag später gab die Elektrogesellschaft SIT-Siemens bekannt, sie werde wegen schlechter Geschäfte 20 000 Arbeiter entlassen.

Offen wird auch schon von der Entlassung vieler Tausender Automobilarbeiter gesprochen — die Presse vermutete ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl von gegenwärtig rund 8 Prozent auf mindestens 12 bis 13 Prozent bis zum Ende des Jahres.

In dieser Situation spielen die Revisionisten der PCI und die Führung der von ihnen geleiteten Gewerkschaften eine äußerst üble, arbeiterfeindliche

Rolle. Nicht nur, daß sie nichts unternehmen, um gegen die Massenentlassungen zu kämpfen. Sie lassen sich auch auf das

parlamentarische Gekugel um Subventionen für die Monopole ein, die damit noch weitere Arbeitsplätze vernichten wollen.



Arbeitslosigkeit und Teuerung bestimmen das Leben der italienischen Arbeiter. Slumbilder wie dieses sind schon lange keine Ausnahme mehr.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
14.00-14.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
15.30-16.00	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
17.00-17.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
19.00-19.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
20.00-20.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW
22.30-23.00	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
24.00-24.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
07.00-07.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW



Vor 30 Jahren begann der Koreakrieg

Die USA-Imperialisten überfielen Korea!

Heute: intensive Lügenkampagne in der Bundesrepublik

Zum dreißigsten Jahrestag des Beginns des Koreakriegs fand in der westdeutschen Presse und den Medien eine intensive Kampagne zur Vertuschung der Wahrheit und zur Rechtfertigung der amerikanischen Aggression statt. Da werden Karten veröffentlicht, auf denen gezeigt wird, wie die als UNO getarnten amerikanischen Truppen angeblich Südkorea vom Überfall aus dem Norden befreiten, und andere Lügengeschichten mehr — Lügen, die heute, da die amerikanischen Kriegstreiber abermals auf Hochtouren arbeiten, dringend gebraucht werden. Zur Richtigstellung der Tatsachen und zur Information seiner Leser veröffentlicht der „Rote Morgen“ im folgenden Auszüge aus der Rede des sowjetischen Vertreters im UNO-Sicherheitsrat vom 3. August 1950, in der die amerikanische Aggression entlarvt wird.

„Die USA-Regierung, die von der Politik der Aggressionsvorbereitungen zur direkten und aktiven Aggression übergegangen ist, sucht die Vereinten Nationen in ihr Kriegsabenteuer in Korea hineinzuziehen, um die Aggression gegen das koreanische Volk zu erweitern und zu verstärken.

Die Regierung der UdSSR, die unentwegt und konsequent eine Friedenspolitik betreibt und die Organisation der Vereinten Nationen als ein Instrument des Friedens ansieht, bringt im Sicherheitsrat den Antrag ein, die Koreafrage friedlich zu regeln.“

„Folglich besteht zwischen der dem Sicherheitsrat von der Sowjetdelegation zur Erörterung unterbreiteten Frage und dem Antrag der Delegation der Vereinten Staaten ein grundlegender Unterschied. Die Sowjetdelegation beantragt, die Frage einer friedlichen Regelung des Koreaproblems zu erörtern. Schon die Benennung der Frage zeugt von dem Streben der Sowjetregierung nach Frieden und nach friedlicher Regelung durch den Sicherheitsrat.

Die USA-Delegation, die darauf besteht, daß ihre Resolution in die Tagesordnung aufgenommen werde, und die bemüht ist, dieser Resolution das falsche Etikett „Beschwerde wegen der Aggression gegen die Koreanische Republik“ aufzulegen, sucht die Aggression der USA gegen das koreanische Volk zu bemänteln, die Vereinten Nationen und die Weltöffentlichkeit irrezuführen, vom Beginn und von der Entwicklung der koreanischen Ereignisse eine einseitige, amerikanische, wissentlich gefälschte Version zu geben, die Schuld für den Beginn der Ereignisse in Korea auf die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea abzuwälzen.

Es ist aber durch unwiderlegbare Angaben und Tatsachen bewiesen, daß die Ereignisse in Korea am 25. Juni infolge eines provokatorischen Überfalls von Truppen der südkoreanischen Behörden auf die Grenzgebiete der Demokratischen Volksrepublik Korea begonnen haben.“

„Der ehemalige Innenminister des Li-Syng-Man-Regimes sowie 48 ehemalige Mitglieder der „Nationalversammlung“ Südkoreas und viele Offiziere der Truppen Li Syng Mans bestätigten in Erklärungen, die sie abgegeben haben, daß der Überfall auf Nordkorea schon vorher vorbereitet war und am 25. Juni dieses Jahres bei Tagesanbruch auf Veranlassung Li Syng Mans ausgeführt wurde, der vorher von MacArthur Befehl erhalten hatte, den Plan zu einem „Feldzug nach Norden“ aufzustellen und auszuführen. Nachdem die regierenden USA-Kreise den bewaffneten

Überfall ihrer südkoreanischen Marionetten auf die Grenzgebiete der Demokratischen Volksrepublik Korea provoziert hatten, beeilten sie sich, diese Provokation zur Rechtfertigung ihrer längst beabsichtigten und vorbereiteten bewaffneten Aggression gegen das koreanische Volk zu benutzen.

Jeder aus nur einigermaßen objektive Mensch begreift, daß in Korea ein Bürgerkrieg zwischen den Süd- und den Nordkoreanern im Gange ist.

Die Kriegooperationen zwischen den Koreanern — den Nord- und den Südkoreanern — tragen internen Charakter, den Charakter eines Bürgerkriegs. Deshalb liegt keinerlei Ursache vor, diese Kriegooperationen als Aggression anzusehen. Eine Aggression liegt dann vor, wenn ein Staat einen anderen überfallen hat. Diesen Standpunkt zur Qualifizierung der Aggression vertritt die Sowjetregierung seit 1933, als die Delegation der UdSSR dem von der Genfer Abrüstungskonferenz gebildeten Ausschuß für Sicherheitsfragen eine Definition der Aggression unterbreitete.

Diese Definition enthält Richtlinien an die internationalen Körperschaften, die angerufen werden können, den an einem Überfall Schuldigen, den Angreifer, den Aggressor zu bestimmen.“

„Land-, See- und Luftstreitkräfte der USA bombardieren koreanisches Territorium, sie greifen koreanische Hochseeschiffe und Luftstreitkräfte an. Ein solches Vorgehen ist, gemäß der erwähnten Erklärung, ein Aggressionsakt, und die Vereinten Staaten von Amerika sind der angreifende Staat, das heißt der Aggressor.

Land-, See- und Luftstreitkräfte der USA sind im Gebiet Koreas gelandet und führen dort Kampfhandlungen gegen das koreanische Volk durch, welches sich gegenwärtig im Zustand eines internen, eines Bürgerkrieges befindet. Ein solches Vorgehen der USA ist eine Aggression.

Die USA haben eine Seeblockade über die koreanische Küste und die koreanischen Häfen verhängt. Im Einklang mit der erwähnten Erklärung ist dieses Vorgehen eines Aggressions.

Die Vereinten Staaten von Amerika suchen ihre Aggression in Korea durch „strategische Erwägungen“ zu rechtfertigen, durch den Wunsch, die eigene Verteidigungslinie möglichst weit von den eigenen Grenzen fortzusetzen, um angeblich die „nationale Sicherheit zu gewährleisten“.

Ist eine solche Angabe denn nicht fadenscheinig und ist es nicht klar, daß sie in keiner Weise zur Rechtfertigung der Aggression der USA gegen das koreanische Volk dienen kann?

Gemäß der angeführten Definition der Aggression ist eine solche Handlungsweise eine direkte Aggression.

In dieser Definition heißt es ausdrücklich, daß keinerlei Erwägungen politischer, strategischer oder wirtschaftlicher Natur als Rechtfertigung für einen Überfall dienen können.“

Westdeutsche Außenpolitik

Im Bunde mit der äußersten Reaktion

Faschisten-Wallfahrt nach Bonn

BONN.— Während auf verschiedenen Konferenzen und Parteitagen viel die Rede davon ist, welche angeblichen Anstrengungen in Bonn gemacht würden, um den unterentwickelten Ländern in ihrer Entwicklung zu helfen, zeigen bereits einige wenige Ereignisse der letzten beiden Wochen, wie es in Wirklichkeit um die Bonner Außenpolitik unter sozialdemokratischer Führung aussieht.

Nicht nur, daß die westdeutschen multinationalen Monopole aktiv an der Aufrechterhaltung faschistischer und rassistischer Regime überall auf der Welt beteiligt sind, wie in Südafrika, Brasilien, Argentinien, Chile, Südkorea, der Türkei und so weiter und so fort. Die Bonner Regierung unternimmt auch zahlreiche Schritte, um die Profite der Monopole in diesen Ländern zu sichern, um dem westdeutschen Großkapital eigene Einflußsphären zu sichern.

So waren innerhalb der letzten drei Wochen Wirtschaftsdelegationen aus Argentinien und Chile in Bonn, um über Kredite und Wirtschaftshilfen zu verhandeln, wofür natürlich im Gegenzug Erleichterungen für die westdeutschen Multis verlangt werden. Nach wie vor betrieben wird aus Bonn die atomare Aufrüstung der beiden von faschistischen Generalen unterdrückten Staaten Brasilien und Argentinien.

Aber neben diesen, seit langem bekannten Machenschaften Bonns werfen vor allem drei Besuche aus Ländern, die gegenwärtig in der Weltpresse Schlagzeilen machen, ein Licht auf den Charakter der westdeutschen Außenpolitik.

So empfing in der letzten Woche der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, van Well, den Vorsitzenden der sogenannten „Demokratischen Turnhallenallianz“ (DTA) aus Namibia (Südwestafrika), Dirk Mudge. Die DTA-Partei ist der Versuch der südafrikanischen Rassisten, ihre Kolonialherrschaft über das uranreiche Namibia aufrechtzuerhalten, mit dieser Partei eine scheinbar unabhängige Republik zu schaffen, die in Wirklichkeit nur von Petrorias Gnaden existieren würde. Dieser Versuch wurde nicht nur von den afrikanischen Staaten, sondern auch von der UNO einmütig verurteilt. Bisher gab es in der Bundesrepublik nur eine Partei, die die DTA unterstützte und ihr über Windhoek eine Tageszeitung finanzierte: die CSU

„Eine entsprechende Bestimmung ist auch auf China anwendbar, wo der Kampf zwischen der Gruppe Tschiang Kai Scheks und der Volksbefreiungsarmee des Nordens bekanntlich nicht als Aggression angesehen wurde, weshalb die fremdländischen Mächte sich einer Einmischung in diesen inneren Konflikt, in diesen Bürgerkrieg enthielten.

Aus alledem folgt, daß die einzigen Aggressoren in Korea diejenigen Staaten sind, die ihre Truppen im Hoheitsgebiet Koreas halten, sich in den Kampf zwischen den Nord- und den Südkoreanern einmischen und auf diese Weise die Sphäre der Kampfhandlungen ausdehnen.“

„Die Vereinigten Staaten von Amerika machten sich die Abwesenheit zweier ständiger Mitglieder des Sicherheitsrats — der UdSSR und Chinas — im Rat zunutze, um dort ihren

militärisch-politischen Verbündeten ihren Willen zu diktieren, sie zwangen dem Sicherheitsrat in einer Eile, als brenne es, eine Reihe rechtswidriger, skandalöser Resolutionen auf, die einerseits darauf abzielen, die Aggression der USA gegen das koreanische Volk zu decken, und andererseits einen Versuch darstellen, den Kriegsbrand in Korea und im Fernen Osten möglichst weit auszudehnen, indem andere Staaten in diesen Krieg hineingezogen werden.

Der von den regierenden Kreisen der USA provozierte lokale, innerkoreanische Konflikt wurde darauf von der USA-Regierung nicht nur als Vorwand für die militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas benutzt, sondern auch dazu, die Ausdehnung ihrer Aggression auf weite Gebiete Asiens — von der Küste Koreas und Japans bis zum Gebiet Vietnams —, ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des chinesischen, vietnamesischen und philippinischen Volkes zu decken.

Meldungen

FAO-Bericht: Weltweit Hungersnot

ROM.— Ein in diesen Tagen veröffentlichter Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, FAO, kommt zur Feststellung, daß in nahezu allen Teilen der Welt der Hunger sich ausbreitet.

Ausdrücklich werden 29 Staaten genannt, in denen jeweils viele Millionen Menschen hungern, täglich Tausende verhungern. Und diese Lage wird sich weiter verschlechtern, da die gesamten mittelafrikanischen Staaten von einer schweren Dürreperiode betroffen sind. Der FAO-Bericht weist dabei zaghaft auch noch auf andere Ursachen als Naturkatastrophen hin: Dort wird allgemein die Weizen- und Getreideexportpolitik genannt, die Länder in Abhängigkeit und Monokultur bringe. Um Roß und Reiter zu nennen: Die berüchtigte barbarische Politik des „Weizen als Waffe“ des amerikanischen Imperialismus tötet täglich Tausende.

China: Streik in Lebensmittelfabrik

SHANGHAI.— In der letzten Woche gestand Radio Shanghai eine wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft der größten chinesischen Industriestadt ein.

Neben verschiedenen spontanen Versammlungen und kurzfristigen Arbeitsniederlegungen kam es am 13. Mai zu einem geschlossenen Streik der Belegschaft einer großen Shanghai Lebensmittelfabrik, an dem sich nach offiziellen Angaben mehr als 1 500 Arbeiter beteiligten. Sie forderten höhere Löhne, um die steigenden Preise wettzumachen.

Mexico: Überall Landbesetzungen

CHIAPA.— Mit Maschinengewehren überfielen bezahlte Mörder der Großgrundbesitzer in Mexicos Südpfanz Chiapa die Besitzer einer Kaffeeplantage und töteten rund 50 von ihnen.

Seit rund einem viertel Jahr ist auch in Mexico eine große Bewegung zur Landbesetzung entstanden, mit der die Landarbeiter und kleinen Bauern die Regierung zur Fortführung der versprochenen Landreform zwingen wollen. Diese Aktionen stehen unter der Führung der nationalen Landarbeitervereinigung UNTA. Bis jetzt haben mehr als 50 000 Menschen fast 200 000 Hektar Land besetzt. Jetzt organisieren sie bewaffnete Formationen, um den Terror der Großgrundbesitzer zu brechen.

Nicaragua: Jimmy Carter als Gast

MANAGUA.— Zur Feier des ersten Jahrestages des Sieges der Revolution über die Somoza-Diktatur hat jetzt die sandinistische Junta ausgerechnet auch noch deren Hintermann Jimmy Carter eingeladen.

Mit diesem offiziellen Schritt bestätigt die sandinistische Junta in aller Öffentlichkeit ihren Verrat an den Idealen der Revolution gegen Somoza, die ja eine Revolution gegen den amerikanischen Imperialismus war, der das Volk Nicaraguas blutig ausbeutete.

en nur eine Handvoll Terroristen. Nun wird sich die Bevölkerung Salvadors sicher nicht an den Phantasien eines greisen Reaktionärs aus Bonn orientieren. Aber bezeichnend ist einmal mehr, daß diese Massenmörder in mehreren Ländern abgewiesen wurden, keine Einreisegenehmigung bekamen, während sie in Bonn als Staatsgäste empfangen wurden und Unterstützung einer großen Partei fanden. Die Regierungsparteien hielten sich hier zwar fern, aber auch von ihnen kam bisher nichts anderes als eine papierene Erklärung Willy Brandts gegen die Mörderjunta.

Und schließlich konferierte Wirtschaftsminister Lambsdorff mit einer Delegation aus einem fernen Land über die bessere Durchführung der „Germatec“, einer technischen Messe, die dazu dienen soll, die Geschäftsbedingungen der westdeutschen Monopole in jenem Land zu verbessern. Und dies gerade jetzt, wo dort „Ruhe eingekehrt“ ist. Die Germatec nämlich findet in Seoul, Südkorea, statt, dessen Machthaber im Blut des Volkes waten und in Bonn zu Gast sind.

Das sind wohlbermerkt die Besuche, Gespräche und Abmachungen von noch längst nicht einmal einem Monat. Das ist die Entwicklungspolitik Bonns. Wer auch immer sich auf der Welt durch besondere Barbarei im Dienste des großen Kapitals und des amerikanischen Imperialismus hervorgetan hat, er kann sich einer Sache sicher sein: Zur Unterstützung aus Washington wird er immer auch die aus Bonn bekommen, offen oder durch diplomatische Kanäle verdeckt. Nicht nur in der Türkei und in Pakistan, wo die Faschisten ausdrücklich auf Washingtoner Wunsch von Bonn bezahlt werden, sondern auch in solchen Ländern, wo die westdeutschen Monopole hoffen, dem großen blutigen Bruder aus Amerika ein Stück Einfluß, ein paar Milliarden Mark abzugeben.

Erste Station einer anderen blutbefleckten Delegation war ebenfalls Bonn. Der Besuch des Innenministers von El Salvador, Delgado, galt dem Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, dem CDU-Exminister von Hassel. Die CDU, so betonte von Hassel ausdrücklich am Ende der Besprechungen, stünde voll hinter der herrschenden salvadorianischen Junta, deren Gegner sei-

Helmut Weiss



Auf zum IV. Internat

19. Juli bis 3. August in Thiergar

Zum Kulturprogramm des Jugendlagers



Charlie Chaplin

Bekanntlich lebt der Mensch nicht vom Brot allein. Deshalb sind in der extrem niedrigen Teilnehmergebühr (180 bzw. 200 Mark für 14 Tage) nicht nur das Essen enthalten, sondern auch der Besuch von zahlreichen kulturellen Veranstaltungen und Treffen. Vom gemischten Chor bis zur Polit-Rock-Gruppe, vom Laienspieltheater bis zu attraktiven Filmen, reicht das vom Vorbereitungsausschuß organisierte Kulturprogramm.

Fest engagiert bis Redaktionsschluß waren acht Gruppen bzw. Duos: **Moniak und Peter Witte** aus Hasbergen (Münsterland), die erst kürzlich eine LP „Krieg dem Kriege“ herausgebracht haben mit Liedern von Brecht, Tucholsky und Weinert; die **Bremer Stadtquerulanten** und der **Zeitzünder** aus Düsseldorf, beide Gruppen werden sich mit zündenden Sketchen und Songs unter anderem auch den Herrn Kandidaten vorknöpfen; die beiden Polit-Rock-Gruppen **Auflauf** aus Wien und **Elbe 1** aus Hamburg, in einschlägigen Kreisen durch ihre LPs bekannt, werden loslegen gegen rechts; schließlich steht die Gruppe **Lumpenpack** aus dem Ländle Baden-Württemberg mit einem Antifa-Programm ins Haus (Zelt), der **Essener Eisler-chor** wird einen Querschnitt aus der „Mutter“ von Brecht/Eisler bringen und das Laientheater **blinkfüer** aus Hamburg wird mit einer Revue aufwarten.

Darüberhinaus werden die Gäste und Delegationen aus

aller Welt Beispiele ihrer kämpferischen Kulturtradition geben. Wer schon einmal den mitreißenden Vortrag eines Folklore-Ensembles aus der Türkei erlebt hat, wird wissen, was ihn erwartet. Besonders gespannt sein darf man auf das Kulturprogramm der Delegation aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Doch Musik, Tanz und Theater sind nicht die einzigen Bestandteile des vielfältigen Angebots. Die Veranstalter haben zusätzlich ein umfangreiches, interessantes internationales Filmprogramm angekündigt.

Da gibt es Filme über die Heldengestalten der Weltrevolution („Ein junger Mann namens Engels“, „Der lebendige Lenin“ und zwei Filme über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg), Filme über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, über Novemberrevolution und antifaschistischen Kampf („Lied der Matrosen“, „Unversöhnliche Erinne-

rung“). Filme über Jugendarbeitslosigkeit werden zu sehen sein („... und raus bist Du!“).

Zur Auseinandersetzung mit den revolutionären Ereignissen im Iran, fordern gleich zwei Filme auf: „Mein Schleier ist meine Würde“ (zur Rolle der Frau), „Iran oder das Ende von 1001 Nacht“ (über die Revolution) und „Nah beim Schah“ (der Iran unter dem Joch des faschistischen Schah-Regimes).

Charly Chaplin darf natürlich nicht fehlen und auch jener Film ist dabei, über dessen Autor der amtierende westdeutsche Bundespräsident sagte, Heinrich Böll habe unter dem Pseudonym Katharina Blum die Gewalt verherrlicht.

Ein besonderer filmischer Leckerbissen: Ausschnitte aus dem Filmschaffen des sozialistischen Albaniens, unter anderem „Vier Lieder für die Partei“, „Alte Wunden“ und „Roter Mohn auf der Mauer“.

Und wo von Kultur die Rede ist, darf der Sport nicht fehlen.

Sportprogramm (Anmeldung erwünscht)

Tischtennis, Einzel und Doppel; **Fußballturnier**, Damen- und Herrenmannschaften (11 Spieler); **Handballturnier**, Damen- und Herrenmannschaften (7 Spieler); **Volleyballturnier**, gemischte Mannschaften (6 Spieler); **Fünfkampf** für Jungen und Mädchen (getrennte Wertung) in folgenden Disziplinen: 100-Meter-Lauf, 1500-Meter-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen, 100-Meter-Freistilschwimmen. 4 x 100-Meter-Staffel (gemischt); 4 x 400-Meter-Staffel (gemischt); 5000-

Meter-Lauf; 30 km Radrennen.

Internationaler Mannschaftsvergleich im Stil von „Spiel ohne Grenzen“; Motorrad- und Autorallye (hier entscheiden nicht die Pferdestärken, man muß schon mehr mit dem Kopf arbeiten. Nach der Karte orientieren, zwischen durch lustige und schwierige Aufgaben lösen).

Anmeldungen für alle Disziplinen beim Vorbereitungsausschuß, möglichst noch vor Lagerbeginn!



Szene aus „Katharina Blum“

Nur 200 Mark...

... kostet die Teilnahme an dem IV. Internationalen Jugendlager in Thiergarten bei Hermeskeil im Hunsrück. Das Lager beginnt am Samstag, den 19. Juli; abgebaut wird am Sonntag, den 3. August. Im Preis inbegriffen ist die Verpflegung. Zelt und Schlafsack müssen mitgebracht werden. Selbst wenn schlechtes Wetter herrschen sollte, was nicht vorgesehen ist, kann das attraktive Programm voll durchgezogen werden. Neben einem Großzelt mit einem Fassungsvermögen von 1000 Personen stehen zwei weitere geräumige Zeltunterkünfte mit einem Fassungsvermögen von je 200 Personen zur Verfügung.

Die Sportwettkämpfe werden auf den Sportanlagen der Umgebung ausgetragen.

Alle Freunde und Genossen, die nicht über die ganze Zeit am Lager teilnehmen können, sind herzlich eingeladen, zum Preis von 100 Mark für eine Woche zu kommen. Auch Stippvisiten über mehrere Tage (Tagespreis: 20 Mark) sind möglich, etwa um die Großveranstaltungen zu besuchen.

Anmeldungen und Auskünfte aller Art beim Vorbereitungsausschuß: Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg-Marxloh. Die Teilnahmegebühr muß auf folgendes Konto überwiesen werden: Klaus Kühl, PSchA Essen, Konto-Nr.: 2089 82-439.

Karten sind auch immer am Lagereingang zu haben. Doch wer jetzt schon weiß, daß er fährt, bitte sofort überweisen, denn der Vorbereitungsausschuß braucht das meiste Geld natürlich für die Vorbereitung.



Elbe 1, Hamburg



Auflauf, Wien

Veranstaltung

* Samstag, 19. 7., 20 Uhr: Eröffnungsv

* Mittwoch, 23. 7.: Aktionstag gegen d
Tribunal gegen die Jugendarbeitslosigkeit

* Sonntag, 27. 7.: Aktionstag gegen Rea
veranstaltung „Stoppt Strauß!“ gegen

* Mittwoch, 30. 7.: Aktionstag gegen
große Antikriegsveranstaltung

* Freitag, 1. 8.: große Lagerolympiade

Internationale

- Kampf der Jugend in Betrieb und Gewerkschaft
- Kampf gegen Reaktion und Faschismus
- Kampf in den imperialistischen Armeen
- Kampf an den Hochschulen
- Kampf für die Gleichberechtigung der Frau
- Internationaler

Kommunistische Partei Deutschlands ruft

Es lebe der p Internatio

Vom 19. Juli bis 3. August 1980 findet in Moskau die Olympiade statt. Gerade in unserem Land zeigte sich an der von Kriegstreiber Carter provozierten Boykottdebatte, daß Scharfmacher vom Schlage eines Strauß, einer Magret Thatcher, eines Deng Hsiaoping oder Pinochet allergrößtes Interesse daran haben, die öffentliche Meinung in der Welt auf einen neuen imperialistischen Krieg vorzubereiten, daß sie bewußt den Völkerhaß schüren wollen, ohne den die Imperialisten keine Kriege führen können.

Außerlicher Anlaß für ihre Kriegshetze war der völkerrechtswidrige Überfall der Truppen der russischen Sozialimperialisten auf Afghanistan. In dieser gefährlichen weltpolitischen Lage ist es außerordentlich begrüßenswert, daß die US-amerikanische Boykottforderung von den Völkern der Welt weitgehend ignoriert wurde.

Das alles zeigt, es gibt politische Kräfte in der Welt, die kein Interesse an einer neuen weltweiten kriegerischen Auseinandersetzung haben. Doch ist mit dem Scheitern des Olympia-Boykotts die Kriegsgefahr in keiner Weise verschwunden, im Gegenteil.

Was nun auf der Tagesordnung steht, ist der offensive und weltweit organisierte Kampf der Jugend der Welt, denn vor allem sie ist es, die auf den Schlachtfel-

dern der Imperialisten verbluten soll, vor allem sie ist es, deren Zukunft durch die Gewitterwolken eines neuen Krieges verdunkelt wird.

In diesem Zusammenhang begrüßt es die kommunistische Partei Deutschlands außerordentlich, daß in unserem Land das IV. Internationale Jugendlager stattfinden wird.

Das IV. Internationale Jugendlager ist einer der vielen Schritte, die notwendig sind, die Jugend der Welt gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker in Ost und West, gegen die Kriegstreiber in aller Welt zusammenzuschließen.

Die KPD freut sich über die Rolle, die ihr kommunistischer Jugendverband bei

Gäste

Albanien

Dänemark

Holland

Portugal

Schweiz

Surinam

Türkei

Internationalen Jugendlager

in Hunsrück bei Hermeskeil (Hunsrück)



Programmkalender

Veranstaltung

Ausbeutung der Jugend, abends: 8 Uhr

Reaktion und Faschismus, abends: 8 Uhr
Großreaktion, Faschismus und Krieg

Imperialistischer Krieg, abends: 8 Uhr

Arbeitsgruppen

Jugendlagerchor • Internationale Volkstanzgruppe • Foto- und Video-Arbeitsgruppe • Schreibdruck-Arbeitsgemeinschaft • Bastel-Gruppen • Lagerrundfunk und Lagerzeitung • Auswahlausschuß

Zur Beteiligung am Jugendlager auf

Proletarische Internationalismus!

den Vorbereitungsarbeiten des Lagers gespielt hat.

Bislang haben 14 ausländische Delegationen ihre Teilnahme angekündigt, ein bescheidener Anfang zwar, der aber schon mehr als bei dem ersten, zweiten und dritten Internationalen Jugendlager ist.

Zweifelloso ist das mit auf die Verschärfung der internationalen Lage zurückzuführen, die alle Antifaschisten, Antimperialisten und Friedenskämpfer immer mehr in die Pflicht nimmt.

Eine besondere Auszeichnung für das IV. Internationale Jugendlager ist die Zusage einer Delegation aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Gerade die albanischen Genossen ver-

fügen über langjährige Kampferfahrung gegen den Weltimperialismus. Sie haben im Laufe ihrer revolutionären Geschichte die Kriegstreiber und Reaktionskräfte aller Schattierungen entlarvt und bekämpft. Die Erfahrungen der Partei der Arbeit Albaniens und ihres kommunistischen Jugendverbandes sind von unschätzbarem Wert für die Kriegsgegner aller Länder!

Seit ihrer Gründung im Jahre 1918/19 und ihrer Neugründung 1968/69 fühlt sich unsere Partei dem proletarischen Internationalismus verpflichtet. Eine vom Geist des proletarischen Internationalismus durchdrungene Arbeiterklasse wird niemals das Gewehr gegen die Klassenbrüder anderer Länder richten, sondern wird sich mit ihnen im Kampf gegen den Weltimperialismus verbünden und das Gewehr auf die eigenen Herren richten.

Dafür kämpft nicht nur unsere Partei, dafür kämpfen alle wirklich kommunistischen Parteien in der ganzen Welt. Sie müssen alle werktätigen Menschen über weltanschauliche und parteipolitische Unterschiede hinweg zu einer weltweiten Front gegen das internationale Monopolkapital zusammenschließen. Das ist die Voraussetzung für den Sturz der alten Welt, für den Untergang von Krieg und Faschismus.

jvt

Interview mit Jürgen Tobegen, ZK-Sekretär der Roten Garde

Völkerfreundschaft und internationale Solidarität

Die Rote Garde unterstützt das Jugendlager

„Roter Morgen“: Welche Bedeutung mißt Du dem IV. Internationalen Jugendlager bei?

Jürgen Tobegen: Die Idee zu solchen internationalen Jugendlagern entstand vor vier Jahren. Dabei ging man von der Überlegung aus, daß die Jugendlager eine große erzieherische Bedeutung im Sinne der Stärkung der Völkerfreundschaft und der internationalen Solidarität haben.

Inzwischen haben sich die Jugendlager weiterentwickelt und eine immer größere politische Bedeutung für die Jugendarbeit insgesamt erlangt.

Was jetzt das IV. Internationale Jugendlager betrifft, meine ich, daß seine Bedeutung vor allem in zwei Dingen liegt:

Einmal in seinem antifaschistischen Charakter; da gibt es den aktuellen Bezug zu Westdeutschland, gerade jetzt, wo der Wahlkampf ansteht, wo es darum geht, Strauß und den Vormarsch von reaktionären Kräften zu stoppen. Von daher hat das Lager die große Bedeutung, die antifaschistische Bewegung unter der Jugend voranzutreiben. Gleichzeitig ist der antifaschistische Kampf aber auch ein internationales Problem. Man braucht nur nach Portugal oder Spanien zu schauen, wo es auch gefährliche Bestrebungen der Reaktion gibt.

„Die Jugend ist nicht bereit, die Kriegspläne der Imperialisten mitzutragen.“

Zum zweiten möchte ich den antimperialistischen Charakter des Lagers hervorheben. Das Lager wird klipp und klar zum Ausdruck bringen, daß die Jugend nicht bereit ist, die Kriegspläne der Imperialisten mitzutragen. Man denke nur an Carters Überfall auf den Iran, an das Vorgehen der Russen in Afghanistan und die skandalöse Unterstützung der amerikanischen Kriegstreiber durch die Bundesregierung.

„Roter Morgen“: Das IV. Internationale Jugendlager steht also in der Tradition der ersten drei internationalen Jugendlager, die bisher in Südfrankreich, Portugal und Spanien stattgefunden haben. Bei diesen Jugendlagern sind zweifellos eine Menge Erfahrungen, positiver wie negativer, gemacht worden. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, wie diese Erfahrungen bei der Durchführung des Jugendlagers im Hunsrück umgesetzt werden.

Jürgen Tobegen: Was wir sicherlich gelernt haben, ist, richtig und sorgfältig zu organisieren. Wenn man an das erste und zweite Lager denkt, so gab es dort eine Reihe organisatori-

scher Probleme. Da haben einfach die entsprechenden Erfahrungen gefehlt, die ja bekanntlich nicht vom Himmel fallen, denn die Vorbereitung und Durchführung eines vierzehntägigen Lagers mit tausend Teilnehmern stellt hohe Anforderungen an die Organisatoren. Ich glaube aber, daß man da mittlerweile dazugelernt hat.

„Das Jugendlager soll Spaß bringen und politisch lehrreich sein.“

Was die wichtigsten Lehren waren, sind die Erfahrungen bei der Programmgestaltung. Der antifaschistische, antimperialistische Charakter soll ja nicht nur in der Plattform vorhanden sein, sondern auch durch die Aktivitäten, durch deren Lebendigkeit und Abwechslungsreichtum zum Ausdruck kommen. Auch solche Jugendliche, die noch kein großes politisches Interesse haben, die aber so ein Lager einfach gut finden und auch nichts gegen die politische Stoßrichtung einzuwenden haben, sollen für das Lager begeistert werden. Es soll Spaß bringen und politisch lehrreich sein.

„14 Tage Jugendlager sind 14 Tage Erholung!“

„Roter Morgen“: Kann man sich in Thiergarten auch erholen?

Jürgen Tobegen: Ganz klare Antwort: Vierzehn Tage Jugendlager sind vierzehn Tage Erholung!

Und das muß auch so sein, denn alle, die kommen, verbringen dort einen Teil ihres Jahresurlaubs. Im übrigen kann man das bestimmt auch gut mit dem politischen Anspruch verbinden. Es sind verschiedene Ausflüge geplant, zum Beispiel nach Trier zum Karl-Marx-Geburtshaus. Des weiteren gibt es eine Menge Freizeitmöglichkeiten. Man wird eine Spielecke finden, ein kleiner Jahrmarkt ist vorgesehen, ein Café wird vorhanden sein. Überhaupt wird Vergnügen groß geschrieben!

„Roter Morgen“: Welche Rolle spielt der Jugendverband der KPD, die Rote Garde, bei der Vorbereitung und Durchführung des Lagers?

Jürgen Tobegen: Die Rote Garde ist von Anfang an dabei gewesen, sowohl bei den internationalen Vorbereitungen als auch bei der Konstituierung des Vorbereitungsausschusses; es ist kein Geheimnis, daß die Rote Garde, die gesamte Organisation, jetzt in der Vorbereitungsphase voll mitarbeitet.

Wir haben zum Beispiel den



Jürgen Tobegen, Sekretär der Roten Garde

„Roten Rebell“, unser Monatsmagazin, zur Verfügung gestellt, um über die Lagervorbereitungen und später das Lager selbst zu berichten. Das geschieht nicht aus eigennützigen Motiven, sondern deshalb, weil wir als kommunistischer Jugendverband natürlich ein großes Interesse daran haben, die antifaschistische und antimperialistische Bewegung der Jugend in unserem Land voranzubringen und zu vereinheitlichen.

„Roter Morgen“: Wie haben die Genossinnen und Genossen der Roten Garde bisher auf das Jugendlager reagiert? Hat es schon einen Sturm auf die Eintrittskarten gegeben?

Jürgen Tobegen: Ich glaube schon, daß das Lager ein sehr positives Echo gefunden hat. Bereits auf dem III. Internationalen Jugendlager in Spanien wurde bekanntgegeben, daß das nächste in Westdeutschland sein wird.

Da war auch schon klar, daß die Rote Garde maßgeblich an den Vorbereitungsarbeiten beteiligt sein wird. Und das Echo ist wirklich nicht schlecht im Verband.

Was den Sturm auf die Eintrittskarten anbelangt, so möchte ich meine Organisation etwas kritisieren, weil ich den Eindruck habe, daß zur Zeit gerade aus der Roten Garde noch viel zu wenig Anmeldungen vorliegen. Ich rechne da noch mit etlichen Nachzüglern. Insgesamt zeichnet sich ab, daß das Lager 800 bis 1000 ständige Teilnehmer haben wird.

„Jetzt muß die Rote Garde noch einmal tüchtig zulangen!“

Weiter habe ich das Gefühl, daß bei der einen oder anderen Ortsgruppe der Roten Garde sich ein bißchen Trägheit breitgemacht hat. Jetzt heißt es, mit Schwung und Elan das Lager bekanntzumachen, in die Jugendheime und Gewerkschaftshäuser gehen, bei anderen Jugendverbänden vorstellend werden, mit Plakaten und Handzetteln in großem Maßstab wer-

ben und arbeiten.

In den letzten Wochen muß einfach noch einmal tüchtig zugegriffen werden!

„Roter Morgen“: Schildere unseren Lesern doch bitte, welchen politischen Stellenwert die Vorbereitungsarbeiten und vor allem die Mobilisierung im Jugendverband hat und in welchem Verhältnis das Jugendlager zu den anderen politischen Aufgaben der Roten Garde steht!

Jürgen Tobegen: Momentan ist die Mobilisierung und Unterstützung des IV. Internationalen Jugendlagers die absolute Hauptaufgabe für den kommunistischen Jugendverband. So haben wir das im Zentralkomitee beschlossen. Das steht in keinem Widerspruch zu unseren sonstigen Aufgaben, im Gegenteil, im Grunde genommen ergänzt sie diese geradezu ideal!

Gegenwärtig müssen wir einen umfangreichen Kampf gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus führen, und das Lager unterstützt uns natürlich bei der Erfüllung dieser Aufgabe.

Eine weitere Aufgabe der Roten Garde ist der Aufbau einer breiten und mächtigen revolutionären Friedensbewegung gerade unter der Jugend in unserem Land. Auch hier behindert uns das Lager keineswegs, es arbeitet uns bei der Erfüllung dieser Aufgabe geradezu in die Hände. Auch was den wirtschaftlichen Kampf anbelangt, Jugendarbeitslosigkeit usw., da gilt genau dasselbe.

Deshalb haben wir auch ganz klar gesagt, jetzt kommt alles darauf an, unsere ganze Kraft, an den Orten, in den Bezirken, auf Bundesebene, voll auf das Jugendlager zu konzentrieren.

„Roter Morgen“: Ich möchte der Roten Garde in diesem Sinne vollen Erfolg für das Lager wünschen, nicht zuletzt, was die Vergrößerung der Mitgliedschaft betrifft.

Jürgen Tobegen: Ich glaube, wenn wir die Aufgaben gut anpacken, daß da natürlich der eine oder die andere für unseren kommunistischen Jugendverband gewonnen wird.

In dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ setzen wir unsere Serie über die Kriegsgefahr fort. Unsere letzte — vor zwei Wochen veröffentlichte Folge — setzte sich mit den Positionen der sozialliberalen Koalition und der Union auseinander, die beide — trotz verschiedener Konzeptionen — im Dienst des westdeutschen Finanzkapitals den Kriegskurs Carters unterstützen. Es wurde jedoch auch dargestellt, daß es in der größten Regierungspartei, der SPD, auch Widerstand gegen die proamerikanische Politik gibt.

Die letzte Folge unserer Serie schloß mit einer kurzen Betrachtung der gesteigerten Aufrüstung und der zunehmenden militärischen Interventionen, die von den beiden Supermächten — trotz aller Friedens- und Entspannungsbekundungen — im vergangenen Jahrzehnt unternommen wurden.

Die Weltkriegergefahr wächst

Insgesamt wurden trotz der 1969 von der UNO beschlossenen „Abrüstungsdekade“ in den Jahren von 1970 bis 1979 weder die atomare noch die konventionelle Aufrüstung oder der internationale Waffenhandel eingeschränkt, was klar zeigt, was vom Abrüstungsgeschwätz der imperialistischen Mächte zu halten ist. 1980 werden die weltweiten Rüstungsausgaben erstmals die 500-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten und somit auf über 900 Milliarden Mark ansteigen. Davon entfallen 70 Prozent allein auf die NATO und den Warschauer Pakt. Betrug die jährliche Zuwachsrate der Waffenimporte zwischen 1970 und 1975 noch 15 Prozent, so stieg sie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf 25 Prozent an. Die Bundesrepublik war nach den USA mit 45 Prozent, der UdSSR mit 27 Prozent, Frankreich und England der fünftgrößte Waffenexporteur im letzten Jahr.

Die größte Bedrohung für den Weltfrieden geht nach Ansicht des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Stockholm (SIPRI), das obige Zahlen in seinem neuesten Jahresbericht veröffentlichte, vom nuklearen Vernichtungspotential aus, den die 60 000 existierenden nuklearen Sprengköpfe und Bomben darstellen, und deren „irrtümlichen“ Einsatz das SIPRI-Institut befürchtet. Europa, so erklärte SIPRI-Direktor Frank Barnaby, laufe zunehmend Gefahr, zum Schauplatz eines Atomkrieges zu werden, dem „die Welt heute näher ist, als in all den Jahren seit der kubanischen Raketenkrise von 1963“. Die Gefahr für Europa wachse vor allem mit der Entwicklung der sogenannten eurostrategischen Waffen.

Nun wissen wir, daß die Gefahr für den Weltfrieden nicht von der Existenz von 60 000 Atomsprengeköpfen ausgeht, sondern vom Streben der imperialistischen Mächte nach Weltherrschaft. **Gewehr ist nicht gleich Gewehr und Atombombe nicht gleich Atombombe. In den Händen eines sozialistischen Staates dienen sie der Erhaltung des Friedens, und das Gewehr in der Hand des klassenbewußten Arbeiters dient seiner Befreiung vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung.** Nur gibt es derzeit keinen sozialistischen Staat, der über Atomwaffen verfügt. Und Atombomben in den Händen von Breschnew und Carter sind schon ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges. Denn schließlich bauen sie, die Imperialisten, all ihre Waffen ja nicht, um sie ins Museum zu stellen, sondern, um sie eines Tages einzusetzen.

Was die Einschätzung von SIPRI-Direktor Frank Barnaby

betrifft, daß die Welt heute näher an einem Krieg ist, als in allen Jahren seit der Kuba-Krise, so kann man dem zustimmen. Nicht, weil Willy Brandt meinte, daß „die internationale Lage weiterhin sehr bedrohlich geblieben“ sei, sondern weil eine



Flick-Verkaufsschlager „Leopard“ — die BRD steht an fünfter Stelle im internationalen Waffenhandel.

Reihe von Fakten dafür sprechen, wie die für die achtziger Jahre zu erwartende Weltrezession, die alle Krisen seit 1945 übertreffen wird. So ist das Wirtschaftswachstum der westlichen Industrieländer von 1976 +5,3 Prozent über 1977 +3,9 Prozent, 1978 +3,9 Prozent, 1979 +2,9 Prozent auf 1980 ca. +0,8 Prozent gesunken und wird weiter sinken. In der gleichen Zeit beschleunigte sich der Preisanstieg von 1978 +7,2 Prozent, 1979 +9,4 Prozent auf 1980 +11,3 Prozent, während die Defizite in den Leistungsbilanzen von 1978 +9 auf 1979 -30 und 1980 -70 sanken. Und immer neigte — wie die Geschichte beweist — das von der Rezession betroffene Finanzkapital dazu, aus der Krise in den Krieg zu flüchten.

Aus der Krise in den Krieg

Das Finanzkapital braucht seinen „starken Mann“, seine reaktionärste Partei nicht nur, um den Prozeß der Faschisierung, der verschärften Unterdrückung der Arbeiterklasse, der Werktätigen voranzutreiben bzw. mit der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse seine offen faschistische Diktatur zu errichten. Es braucht ihn auch, um den Prozeß der Militarisierung zu beschleunigen, den Krieg vorzubereiten. Ein typisches Beispiel dafür war die Errichtung des Hitler-Faschismus 1933 in Deutschland. So bewahrte Hitler die herrschende Klasse, das Finanzkapital, nicht nur vor dem Sturz durch das sich formierende Proletariat, er sicherte ihm auch für die nächsten sechs Jahre Riesengewinne durch

Sterben für die USA? (15. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

die 90 Rüstungsmilliarden und trat an zum Krieg um die Sicherung von Rohstoffen, „Lebensraum“, Weltherrschaft. Ein typisches Beispiel für die Flucht aus der Krise in den Krieg. Ohne diesen Krieg hätte das Hitler-Regime, das den vorübergehenden wirtschaftlichen Aufschwung, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit usw. hauptsächlich der verstärkten Aufrüstung und Militarisierung verdankte, schon Anfang der vierziger Jahre Bankrott anmelden müssen, was seine Herrschaft

der US-Botschaft die Hände abhacken lassen will, und der es partout ablehnt, den Iran durch die abendländische Pop- und Pornokultur weiter beglücken zu lassen, und natürlich die Sowjets, die sprunghaft an der Grenze stehen, um über uns herzufallen, was schon daraus hervorgeht, daß sie der Bundesrepublik im Falle eines Konflikts drohen, „Zielscheibe für einen Gegenschlag“ zu werden. „Gegen“? Da muß doch jemand zuerst geschlagen haben. Wie dem auch sei, Gründe, ei-

Am Rande des Abgrunds

Ihre Bündnispartner hetzt die US-Regierung bei der Durchsetzung dieser Politik immer hart „am Rande des Abgrunds entlang“, wie es der ehemalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles einmal formulierte, unter massiven Druck, so daß sich Bundeskanzler Schmidt zu der Bemerkung veranlaßt sah, die Bundesrepublik sei nicht der 51. Staat der USA. Doch so ernst konnte er dies nicht gemeint haben, denn US-Exaußenminister Kissinger bescheinigte ihm, Genscher und Strauß in der „Bild“-Zeitung, „verlässliche Partner“ der USA zu sein. Auch China war voller Lobes sowohl für die USA als auch für die Bundesrepublik. So freute sich Regierungs- und Parteichef Hua Guofeng öffentlich über Präsident Carters Sieg über dessen Hauptrivalen Kennedy, und Chinas Außenminister Huang Hua lobte Bonn und mahnte es gleichzeitig, ja treu hinter den Vereinigten Staaten zu stehen und eng mit ihnen zusammenzurücken.

Natürlich stoßen die USA bei ihrer Rückkehr zum sogenannten kalten Krieg nicht nur auf den Beifall des sozialimperialistischen Chinas. Auch andere Reaktionäre stimmen ihnen zu und warnen, wie der in den USA lebende frühere sowjetische Generalmajor Grigorenko, vor der Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa noch in diesem Jahr, der dritte Weltkrieg sei jetzt unvermeidlich. Südafrikas Außenminister Roelof Botha verlangte gar einen Krieg, einen Atomkrieg, „um den sowjetischen Expansionismus zu stoppen“. „Rußland ist der Haifisch der Ozeane. Vielleicht sollte der Krieg, sogar der nukleare Krieg, erwogen werden, um ihn zu stoppen.“

Und er wird erwogen, sowohl im Pentagon als auch im Kreml. Die Hoffnung, in Washington könne sich durch die Präsidentenwahl im Herbst etwas ändern, ist eine Illusion. Denn noch viel mehr als Carter ist Ronald Reagan, der republikanische Bewerber um das Amt des US-Präsidenten, ein Mann der reaktionärsten Kreise des amerikanischen Finanzkapitals. „Carter hätte den Schah von

Persien nie fallenlassen dürfen!“ klarte er im Wahlkampf die Massen auf. „Glauben Sie mir, das war ein progressives Regime!“ In einem Interview mit der „Neuen Revue“ erklärte er, es sei an der Zeit, „daß wir unser Land militärisch wieder so stark machen, daß nie wieder jemand wagen wird, die Hand gegen uns zu erheben.“ Und der Saal tobte, wenn er auf seinen Wahlkampfversammlungen in den USA in die Menge brüllte: „Wir haben es satt, satt, satt, daß man uns demütigt, herumstößt, mit uns Katz und Maus spielt!“ Es fehlte nur noch die Frage: „Wollt ihr den totalen Krieg?“, um an Goebbels Sportpalastrede erinnert zu werden.

So ist denn auch — angeheizt durch die Massenmedien — die Stimmung in Teilen der amerikanischen Bevölkerung, vor allem im Bürger- und Kleinbürgertum, chauvinistisch angeheizt. Immer mehr Amerikaner befürworten militärische Aktionen gegen den Iran. Das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ berichtet: „Sie wollen den Ayatollah Khomeini lynchen und Iran bombardieren, sagen sie. ‚Einmarschieren‘ ist die Antwort des Taxifahrers in New York. ‚Let's nuke them!‘ fordert der Tankstellenwart in Ohio ... John White, demokratischer Parteivorsitzender, erklärt: ‚Wir glauben, wieder ein Recht zu haben, legitime amerikanische Interessen in der Welt zu schützen.‘ ... ‚Wir wollen keinen Krieg, weil wir noch nicht stark genug sind‘, sagt ein Geschäftsmann und betont das noch. Er und seine Freunde, so fährt er fort, waren unglücklich darüber, daß das Pentagon nach dem Einmarsch der Russen in Afghanistan nicht Kuba besetzte. ‚Aber jetzt wird an solchen Plänen gearbeitet‘, versichert er, und wenn die Russen noch einen Schritt weitergehen, dann müssen sie mit einem Gegenschlag gegen Kuba rechnen.“ Übrigens eine Vorstellung, die auch Reagan teilt.

Soweit die Stimmung bei einem Teil, dem rückschrittlichsten, der amerikanischen Bevölkerung. Was aber sagen die Bundesbürger zur wachsenden Kriegsgefahr, sind sie bereit, für die Interessen der Öl- und Rüstungskonzerne, für den USA-Imperialismus zu sterben?



Chauvinistische Tendenzen werden in den USA angeheizt — dem dient auch die offizielle Unterstützung für die Faschisten.

Augsburger Lehrstück

AUGSBURG. — In Augsburg ist der Regisseur Werner Schroeter von Strauß-Anhängern endgültig ausgebootet worden. Das Augsburger Stadttheater mußte die seit langem geplante Zusammenarbeit mit Schroeter, der Richard Strauss' „Salome“ inszenieren sollte, nun aufkündigen. — Man mag von Schroeter halten, was man will; sein Augsburger Erlebnis ist ein Lehrstück für die Niederschlagung unliebsamer Künstler, für die Erdrosselung kultureller Projekte durch einschlägig bekannte und interessierte Kreise.

Schroeter war den Strauß-Freunden durch einige gegen Strauß gerichtete öffentliche Äußerungen aufgefallen. Unter anderem hatte Schroeter etwas von einem mit Sprengstoff gefüllten Würstchen gesagt, mittels welchem Strauß zum Platzen zu bringen wäre. Die Äußerung war nicht ernst gemeint.

Schroeter wurde nun der Anstiftung zum Mord verklagt, was die Gerichte nach langem Hin und Her vom Tisch wischen. Hand in Hand mit der juristischen Attacke ging eine von Augsburger Honoratioren und der ihnen hörigen Lokalpresse geschürte Kampagne gegen Schroeter, dem man wegen seiner Äußerungen nun jede künstlerische Qualifikation abzuspüren suchte. Das Theater wurde unter Druck gesetzt, sich von dem Regisseur zu trennen.

Das Theater trennte sich nicht. Da traten die Richard-Strauß-Erben auf den Plan und sprachen ihr Veto gegen die „Salome“-Inszenierung aus. Das Theater suchte nun nach Ersatzlösungen; eine andere Inszenierung war bereits geplant — jedoch die Mittel wurden in der aufgeputzten Augsburger Atmosphäre nicht mehr bewilligt. Augsburg bleibt Schroeter verschlossen.

Kulturpolitik der Zerstörung

WUPPERTAL. — Mit Polizeigewalt wurde am 25. Juni die Wuppertaler Adlerbrauerei, eines der wenigen erhaltenen Industriedenkmäler aus der Gründerzeit, geräumt und zum Abriß freigegeben. Die Brauerei war seit dem 30. Mai aus Protest gegen den geplanten Abriß besetzt gehalten worden.

Seit Ende Mai übernachteten 50 bis 70 Leute ständig in dem provisorisch abgesicherten Gebäude. Die Besetzer informierten laufend die Bevölkerung; sie führten Veranstaltungen durch, um das Gebäude im Sinne eines Kulturzentrums zu nutzen.

Die seit acht Jahren leerstehende Adlerbrauerei war nach der Produktionseinstellung durch die Firma Dierichs von der Wicküler AG gekauft und seither nicht benutzt worden. Obwohl die Räumlichkeiten eine vielseitige Nutzung möglich machten, zeigte die Stadt kein Interesse an dem 1,9 Millionen Mark teuren Industriedenkmal. Die Besetzer nun forderten die Erhaltung des Gebäudes zum Ausbau eines im Großraum Barmen fehlenden Bürgerzentrums. Sie forderten die Nutzung der Räume für Museen, Kino, Theater, Ateliers und vieles mehr. Für die Erhaltung der Brauerei wurden über 6.000 Unterschriften gesammelt.

Für die Stadt Wuppertal jedoch waren dies keine Argumente. Sie setzte Polizei und Abrißunternehmen in Bewegung: Kulturpolitik der Zerstörung.



Kulturpäpste

Was die modernen Päpste des dekadenten bürgerlichen Kunstgeschäfts auch immer anfassen und anrühren: Aus dem Mist wird Geld. Nun hat sich der eine mit dem anderen befaßt; der US-amerikanische Pop-Artist Andy Warhol hat seinen Kollegen Josef Beuys porträtiert. Und was ist daraus geworden? Diamant.

Der nur zur „persönlichen Verwendung“ bestimmte Informationsdienst „Capital vertraulich“ für die Abonnenten der Zeitschrift „Capital“ wies kürzlich auf ein „besonderes Angebot“ hin: eben auf die Serie der Beuys-Porträts von Warhol. Die Porträts (Stückpreis 6.600 Mark) eignen sich nach „Capital“ vorzüglich als Kapitalanlage: Sie sind in einem außergewöhnlichen Druckverfahren hergestellt: durch Auftragen von Diamantenstaub.

Es wäre doch am besten gewesen, Warhol hätte die Diamanten gleich als — Diamanten verkauft. Es wäre weniger Aufwand gewesen. Weniger Kunst wäre es nicht gewesen. Und die Erwartungen, die seine Klienten mit seiner Kunst verbinden, wären auch so voll erfüllt worden.

Noch einmal zu Dessaus „Einstein“-Oper

„Wie einer, der die Hand vorm Aug' nicht sehen will...“

Opernbesprechung in der UZ

Am Sonntag, den 15. Juni, fand die westdeutsche Erstaufführung der Oper „Einstein“ des DDR-Komponisten Paul Dessau im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen statt. Der „Rote Morgen“ veröffentlichte aus diesem Anlaß eine ausführliche Besprechung in seiner letzten Ausgabe.

Als langjähriger Leser der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit“ war ich natürlich gespannt, wie die geschätzten Kollegen der UZ das Dessausche Spätwerk einschätzen würden. Für Montag, den 16. Juni hatte ich ehrlich gesagt, noch nicht mit einer Besprechung gerechnet, aber als ich Mitte der Woche immer noch keine Rezension fand, wunderte ich mich. So schwierig konnte das Projekt nun auch wieder nicht sein.

Doch hatte ich schon mit klammheimlicher Freude damit gerechnet, daß man bei der UZ wegen der Oper in einige Schwierigkeiten kommen würde; denn einerseits hat man bekanntlich gewisse Verpflichtungen gegenüber der offiziellen Kulturpolitik der DDR, andererseits aber war die Oper alles andere, als an den politischen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse orientiert, einfach schon deshalb, weil sie im Geiste eines künstlerischen Spezialistentums geschrieben war, das der Arbeiterklasse schon aus Gründen der miserablen Bildungspolitik fremd

sein muß (vergleiche RM-Besprechung).

Endlich, am Samstag, den 21. Juni, sozusagen nach einer Woche Bedenkzeit, konnte ich die ersehnte Besprechung studieren.

Nun hatte ich wirklich nicht erwartet, daß der Rezensent — Rainer Hannemann ist sein Name — hingeht und den Bankrott der revisionistischen Kulturpolitik der DDR-Führung, ihre völlige Kapitulation vor der westlichen Moderne, verurteilt; doch hatte ich immerhin gehofft, einige kritische Anmerkungen zur Unverständlichkeit der Oper zu finden. Doch Rainer Hannemann tat mir den Gefallen nicht, im Gegenteil: In der Manier eines Durchschnittsrezensenten der in den allermeisten Fällen abgeschmackten, faden und niveaulosen bürgerlichen Feuilleton-Landschaft lobte er mit einem erstaunlichen Phrasenreichtum die Dessau-Oper über den grünen Klee: „Die Ruhrfestspiele haben ihre Sternstunde erlebt.“

Da wird interpretiert und gedeutet, daß es einem Exege-

ten (Bibelausleger) alle Ehre machen würde. Johann Sebastian Bach wird zum Inbegriff aller Kultur, der Kirchenchoral „Vom Himmel hoch“ gerät zum Symbol der Humanität. Gegen diese Betrachtungsweise muß man Paul Dessau sogar noch in Schutz nehmen, der trotz grundlegender Mängel in seinem „Einstein“-Opus entschieden geistreicher verfahren ist.

Die streckenweise völlig unverständliche und verwirrende, ins klamaukhafte abdriftende Inszenierung wird zu einem „Feuerwerk an szenischen Einfällen“, zu „dramatischem Fluß und dialektischer Klarheit“ umgefälscht.

Rainer Hannemann zitiert in seiner Besprechung das Libretto an jener Stelle, an der Einstein betroffen den Atombombenabwurf über Japan zur Kenntnis nehmen muß. „Ich bin wie einer, der die Hand vorm Aug' nicht sehen will...“. Ich habe den schweren Verdacht, auch Rainer Hannemann hat in dieser Beziehung Probleme.

Johannes Vetter



Erstes bundesweites Treffen für engagierte Musiker

Vom 28. bis 31. August findet in Recklinghausen ein großes Musikertreffen statt.

Musikertreffen — das ist kein Festival im herkömmlichen Sinn, sondern der große Treff von aktiven Musikern aus der ganzen Bundesrepublik, die sich in und mit ihrer Musik politisch-gewerkschaftlich engagieren.

Musikertreffen in Recklinghausen — das bedeutet drei Tage lang Workshops, Konzerte, Diskussionen, Musik-Sessions, Erfahrungsaustausch, musikalische Selbstdarstel-

lung. Es wird eine große Songbörse geben und Infostände von Musiker-Initiativen, Verbänden und Zeitschriften.

Liedermacher, Songgruppen, Blaskapellen, Chöre und Polit-Rock-Gruppen: alles was „Töne hat“ — engagierte Töne, versteht sich — auf nach Recklinghausen!

Anmeldungen und weitere Anfragen an: junges forum. Stichwort Musikertreffen Ruhrfestspielhaus, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361 / 155 21.

Attila József

Die Solidarität

Man schlug uns im Verhör schon bis aufs Blut. Genosse, der du schreitest hoch im Licht, gedenke dessen, der im Finstern ruht, auf Mauern blickend, die kein Strahl durchbricht. Weich ist der Leib, das Lager aber nicht. Wir speien aus den harten Kanten Brot, ein kranker Magen bringt uns noch den Tod. Wer nicht gleich stirbt, den töten die Infamen. Noch kämpfen wir, doch sind wir sehr bedroht. Hilf, Bruder, denen, die zu Falle kamen.

Der Herd zu Haus zeigt Risse und ist kalt, das Essen wird im kalten Topf gemacht, ein bißchen Abfall, Krautzeug — was man halt vom feuchten Marktplatz so heimgebracht. Der Frau wirds vor den Augen schwarz wie Nacht. Die Nachbarin krakeelt im Gang: zum besten hielten wir sie. Es ist wegen den Resten vom Lampenöl, das wir von ihr annahmen. Der Winter kommt. Er gleißt mit Eis und Frösten. Hilf, Bruder, denen, die zu Falle kamen.

Denkt an den Kübel, den verfluchten Stank, die Kränke qualmt aus ihm in unser Loch. Schickt Seife, Pferdefleisch. Es sei euch Dank, habt ihr für uns auch was zum Anzieln noch. Schickt Bücher, sein sie noch so dumm, weil doch die rattenweiche Nacht voll Wahnsinn ist, weil uns die Sehnsucht nach der Frau zerfrißt — ihr, die ihr in Betrieben steht zusammen, du, der du unsre Rote Hilfe bist, hilf, Bruder, denen, die zu Falle kamen.

Wir kämpften treu für die Revolution. Nicht sterben dürfen wir, wir müssen leben. Das Flugblatt wartet auf uns, Hungerlohn, die Bourgeois, die von uns wütend leben, Partei, Familie, Arbeit warten eben... Es wartet unser eine ganze Welt, es blitzt die Sichel, und der Hammer fällt. Die Kerkertüren brechen aus den Rahmen. Und unser Schlachtruf „Hoch die Räte!“ gelte — Hilf, Bruder, denen, die zu Falle kamen.

(1931)

Attila József (1905 bis 1937)



Der ungarische Dichter Attila József zählt neben dem sowjetischen Dichter Wladimir Majakowski zu den Begründern der sozialistischen Lyrik; in seinen Gedichten werden in eindringlicher Sprache und eindringlichen Bildern das Leben und der Kampf des Proletariats, seine welt-historischen Aufgaben und die Perspektiven seines Kampfes gestaltet. Während jedoch Majakowski unter den Bedingungen einer siegreichen proletarischen Revolution dichten konnte, mußte Attila József sein Werk unter den Bedingungen einer niedergeschlagenen Revolution, unter dem Druck der faschistischen Horthy-Diktatur, angesichts einer niedergeworfenen, geschwächten Arbeiterbewegung schaffen. Die prägte, neben unglücklichen persönlichen Lebensumständen, sein Werk. Neben der optimistischen Perspektive klingen auch Töne individueller Verzweiflung an, wird die Erfahrung der

persönlichen Isolation gestaltet.

Attila József war nicht nur ein Dichter des Proletariats; er stammte selbst aus dem Proletariat. Sein Vater, ein Arbeiter, verließ die Familie und wanderte aus, als József drei Jahre alt war. Die Mutter arbeitete als Waschfrau. Attila József besuchte die Schule, später die Universität und verdiente seinen Lebensunterhalt als Gehilfe in den Markthallen, als Brotjunge in einem Kaffeehaus, als Arbeiter auf den Donauschiffen, als Flurwächter, Feldarbeiter, Angestellter in einem Bankhaus, Hauslehrer.

Schon früh wurden seine Gedichte bekannt; schon früh auch begannen die Anfeindungen und Verfolgungen wegen seiner Gedichte. Er wurde wegen Gotteslästerung angeklagt. Wegen eines Gedichts wurde er von der Universität relegiert. Das Regime Horthy setzte ihn auf die schwarze Liste. Attila József lebte als freier Schriftsteller, aber sein Leben war ein Hungerdasein. Materielle Not, Verfolgung, ein sich verschärfendes Nervenleiden, zunehmende Isolation trieben ihn schließlich in den Selbstmord.

Aus dem Werk Attila Józsefs liegt in deutscher Sprache nur eine Auswahl vor: Attila József, „Gedichte“, Corvina-Verlag, Ungarn 1978. Diesem Band haben wir auch das Gedicht „Solidarität“ — in der Übersetzung von Stefan Hermlin — entnommen.

Medienkampagne gegen einen „Verdächtigen“

Die Giftmischer saßen in den Redaktionen

Am vergangenen Samstag, den 21. Juni schrieb ein gewisser Hans-Jürgen Pöschke in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ): „Der Kaffeehaus-Giftmischer ist am Freitagabend gefaßt worden. Ein Tip aus den eigenen Reihen hatte die Fahnder auf den 33 Jahre alten Fred Gaster aus Neumünster aufmerksam gemacht, gegen den in Baden-Baden seit vier Jahren wegen ähnlicher Delikte ermittelt wird.“ — Ähnlich berichteten auch die anderen Zeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen: alle mit voller Nennung des Namens des angeblichen Täters. Am Montag kam dann das Dementi. „Den Falschen erwischte“, schrieb etwa die „Süddeutsche Zeitung“ kleinlaut über eine 15-Zeilen-Meldung.

Anlaß der öffentlichen Vorverurteilung Fred Gasters war eine Serie von Giftanschlägen in Cafés in Düsseldorf, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen. Die Polizeistrategen befragten ihre Karteien und Computer; die Daten Gasters fielen ihnen in die Hände, und Gaster paßte ihnen ins Raster. Die Polizeigewaltigen entschieden: Das ist der Täter. Und sie gaben Daten und Namen Gasters an die Medien weiter, und die Medien wälzten Einzelheiten über seine Person, über sein Leben und seine Krankheiten in schier unglaublicher Weise aus. Unter dem Stichwort „harte Indizien“ wurden persönliche Angelegenheiten öffentlich ausgebreitet.

Doch das war noch nicht

alles. Besagter Hans-Jürgen Pöschke etwa versuchte Gaster sogar mit einer Serie von mysteriösen Gewalttaten in Zusammenhang zu bringen, ja, ihn sogar als einen mutmaßlichen Mörder hinzustellen. Wörtlich heißt es in der WAZ vom 21. Juni:

„Schwer wog auch der Umstand, daß es während der letzten vier Jahre in Gasters Bekanntenkreis zu einer Serie von dubiosen Todesfällen und Erkrankungen (jeweils fünf sind bisher bekannt) gekommen ist, die zum Teil noch heute Gegenstand von Ermittlungsverfahren sind.“

So auch der Selbstmord seiner Frau, die sich vor einem Jahr unter, wie die Kripo meint, „seltsamen Begleitumständen“

erschossen hatte. Zuvor war von ihr eine „Lebensversicherung in erheblicher Höhe“ zugunsten ihres Mannes abgeschlossen worden.

Als „merkwürdigen Unglücksfall“ untersucht die Kripo auch den Tod einer Gaster-Freundin 1977 in Amsterdam. Hinzu kommt, so Hauptkommissar Klingner von der Düsseldorfer Kripo, für den sich das Puzzle der Verdachtsmomente zu einem festen Bild fügte, daß die Leiden der so plötzlich und in Serie erkrankten Gaster-Freunde und Bekannten „stark an die Vergiftungserscheinungen“ der Opfer des Kaffeehaus-Giftmischers erinnern.“

Bereits einen Tag nach Erscheinen dieses Artikels mußte der als Giftmischer und mutmaßliche Mörder dargestellte Gaster wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Alle Berichte waren erstunken und erlogen. Wer aber macht den Schaden wieder gut, den die Giftmischer und Rufmörder in den Redaktionen von Rundfunk, Fernsehen und Presse und ihre Informanten und Zuträger von der Kriminalpolizei angerichtet haben? Von diesen Gaunern sitzt bis heute keiner hinter Gittern.

Was sich die westdeutschen bürgerlichen Medien im Falle Gaster geleistet haben, erinnert fatal an die Methoden der „Bild“-Zeitung.

Justizskandal in Bochum

Spitzel unter Mordverdacht

Am 28. Mai 1980 wurde in Düsseldorf der pensionierte Steuerberater Eugen Sonderrmann in seiner Wohnung erschossen und beraubt. Unter dringendem Mordverdacht nahm die Polizei einen Mann fest, der eigentlich hätte im Gefängnis sitzen müssen: Willi E. war 1974 wegen Mordversuchs zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Bochumer Staatsanwaltschaft jedoch hatte, um ihn als Spitzel verwenden zu können, Willi E. auf freien Fuß gesetzt.

Der Kriminelle Willi E. war in die Dienste der westdeutschen Justiz getreten. Im Frühjahr 1979 war er auf einen Fall von Heroinschmuggel angesetzt und zu diesem Zweck für einen Monat aus der Haft entlassen worden. Der Staatsanwaltschaft, die Willi E. als ihr Werkzeug benutzte, war natürlich sein Strafregister bekannt:

Wegen Diebstahls im Rückfall, Betruges und gefährlicher Körperverletzung war E. zwischen 1967 und 1973 achtmal verurteilt worden. 1974 erhielt er wegen versuchten Mordes und vorsätzlicher Körperverletzung neun Jahre und zwei Monate; dazu wurde ihm die Amtsfähigkeit und Wahlbarkeit abgesprochen.

Dieser gescheiterten Existenz, diesem asozialen Wrack verschaffte die Bochumer Staatsanwaltschaft am 19. März dieses Jahres abermals die Freiheit. Angeblich, um eine Fälschung von Kripomarken und Dienstsigeln aufzuklären, wurde Willi E. für drei Monate auf

freien Fuß gesetzt. E. nutzte die Freiheit auf eigene Weise und beging den Raubmord. Staatsanwaltschaft, wir danken dir!

Der Fall wirft ein grelles Licht auf die Beschaffenheit und die Machenschaften der westdeutschen Justiz. Was müssen das für Dienste sein, zu deren Ausführung sich nur ein gemeingefährlicher Krimineller eignet oder bereithält? Zum Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen setzt die Staatsanwaltschaft Mörder ein.

Witz der Woche

Wir haben „in der Bundesrepublik eines der besten Gesundheitssysteme der Welt: Ärztliche Vorsorge und Versorgung stehen jedem einzelnen in hochqualifizierten ambulanten und stationären Einrichtungen, mit Ärzten der eigenen Wahl und des eigenen Vertrauens zu jeder Zeit zur Verfügung.“ (Helga Thieme in der Monatszeitschrift „Informationen für die Frau“.)



SELIGMACHER

Während einer im Petersdom zusammen mit drei Kardinälen und elf Bischöfen zelebrierten Messe sprach der Papst Johannes Paul Wojtyla die vor 300 Jahren gestorbene Indianerin Kateri Tekakwitha sowie vier Amerika-Missionare selig. Diese Seligsprechungen sind jedoch keine bloße Fortführung mittelalterlichen Aberglaubens, sie sind gleichzeitig politische Handlungen, dreiste Provokationen gegenüber den unterdrückten Indianern Amerikas.

Die seliggesprochene Kateri Tekakwitha vom Stamm der Mohikaner war als junges Mädchen unter den Einfluß christlicher Missionare geraten. Sie trat zum Katholizismus über und wurde von ihrem Stamm verstoßen. Als eine — wie es so schön heißt — „ihres Glaubens wegen Verfolgte“ floh sie aus ihrem Dorf im Norden des heutigen Staates New York und kam in einer Missionsstation in Kanada unter, wo sie bis zum Ende ihres Lebens blieb.

Die vollständige Vernichtung ihres Stammes, das er-

barmungslose Massakrieren von Männern, Frauen und Kindern unter dem Zeichen des Kreuzes, zu dem sie geflohen war, dürfte Kateri Tekakwitha allerdings nicht mehr erlebt haben. Vielleicht hat sie nie erfahren, daß das Weihrauchfaß, die Bibel und das Kreuzifix den Beginn des Indianerschindens und -mordens markierten, das den ganzen Kontinent umfaßte, von der Hudson Bay bis nach Feuerland —, eines Holocausts, dessen Ende immer noch nicht absehbar ist.

Kateri Tekakwitha war eine Verführte; sie hat die Bresche, mit der die weißen Eroberer gegen ihr Volk vordrangen, mit ihrem Glaubenseintritt vergrößern helfen; sie war vielleicht auch subjektiv eine Verräterin. Indem der Papst sie — und mit ihr die vier Missionare — herausstellt, legt er gleichzeitig eine Aureole um das Werk der Zersetzung, Demütigung, Versklavung und Vernichtung der indianischen Völker, von Pizarro bis heute.

Die DDR und die „Schönheit des Krieges“

Der Militärverlag der DDR veröffentlichte ein in der UdSSR erschienenes Buch, in dem die „ästhetischen Kategorien“ und die „Gesetze der Schönheit“ in ihrer Beziehung zum Militärischen behandelt werden. „Ein Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes ist schön“, heißt es auf Seite 71. „Die Freude, die militärische Tätigkeit erweckt, ist deshalb mit der Freude, die uns Kunstwerke bereiten können, in vieler Hinsicht verwandt.“ (Seite 68) (...) „Nach den Gesetzen der Schönheit arbeiten auch die sowjetischen Militärangehörigen“ (Seite 60). (...) „Der Anblick einer startbereiten Rakete bewirkt beim Soldaten ästhetische Gefühle und ein Anwachsen

moralischer Kräfte. Die Begeisterung für die modernste Kampftechnik verschmilzt mit dem Stolz darauf, daß sich diese mächtige Waffe in den Händen von Soldaten befindet, die aktiv für den Kommunismus kämpfen“ (Seite 66). (...) „Man muß nur einmal gesehen haben, wie sich Menschen freuen, um die Stärke ihres Erlebens zu spüren, wenn sie sich mit den Geräten an ein schnellfliegendes Ziel, festkrallen“ (...). Heißt es: das Ziel vernichten, so fallen sich die Soldaten vor Freude in die Arme. Moralisch-ästhetische Gefühle hinterlassen eine tiefe Spur im Gedächtnis“ (Seite 69). (...) „Ein gerechter Krieg für die Freiheit und Unabhängigkeit der Hei-

mat läßt alle fortschrittlichen Menschen das ästhetische Wesen eines solchen Krieges empfinden.“ (Seite 231) (Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten, Autorenkollektiv, Berlin/DDR, Militärverlag)

Das also ist die angebliche „Friedenskämpferschaft“ der angeblich sozialistischen DDR. Würde man in den Auszügen die Worte „sozialistisch“ und „Kommunismus“ durch „nationalsozialistisch“ und „Faschismus“ ersetzen, dann wäre der Text stielich. Denn mit Sozialismus und Kommunismus hat diese perverse Äußerung militaristischen Denkens nichts zu tun.



Samstag, 5. Juli, 22.05 Uhr, West-Nord-Hessen III (Gemeinschaftsprogramm)

Sprechen wir über Heine. — Ein Film mit dem Kölner Schauspieler Lutz Görner, der Texte von Heinrich Heine rezipiert.

Sonntag, 6. Juli, 21.05 Uhr, ARD

Heinrich. Spielfilm von Helma Sanders-Brahms über den Dichter Heinrich von Kleist (1777 bis 1811). Kleist schrieb unter anderem das realistische und zeitkritische Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ und die Novelle „Michael Kohlhaas“.

Montag, 7. Juli, 23.00 Uhr, ARD

Die Spur des Fremden. Amerikanischer Spielfilm (1946) von Orson Welles. (Deutsche Erstausführung) — Es geht um einen ehemaligen Kommandanten deutscher Konzentrationslager, der als Geschichtslehrer in einem amerikanischen College untergetaucht ist.

Dienstag, 8. Juli, 19.30 Uhr, ZDF

Die Braut mit dem schwarzen Schleier. — Türkischer Spielfilm von 1975. Regie: Süreyya Duru. Auf der einen Seite die arme Landbevölkerung, auf der anderen die großen Landbesitzer, die skrupellos ihre Macht ausspielen — das ist der Hintergrund des Spielfilms: Im Auftrag des Aga Mahmut wird das Oberhaupt einer türkischen Kleinbauernfamilie ermordet.

Mittwoch, 9. Juli, 21.40 Uhr, West-Nord-Hessen III

Dreyfus. Deutscher Spielfilm (1930) mit Fritz Kortner, Heinrich George u.a. Regie: Richard Oswald. — 1894 wurde der Jude Alfred Dreyfus — Hauptmann im französischen Generalstab — wegen eines angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt. Seine völlige Rehabilitierung erfolgte erst 1906, nachdem der Schriftsteller Emile Zola in einem Artikel den Fall publik gemacht hatte. — Der den Antisemitismus anprangernde Film war bei der Uraufführung 1930 wütenden Angriffen der Nazis ausgesetzt.

Karikatur der Woche



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 Bochum, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 18-19.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83232, geöffnet: Mo-Fr 17-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 069/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schusterhagen 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-12, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nahe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 KIEB, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/561202, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 11-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegruppe „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 19, Tel.: 089/2607554, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 85, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.